

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 36. Jahrgang
216 | März/April 2013 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

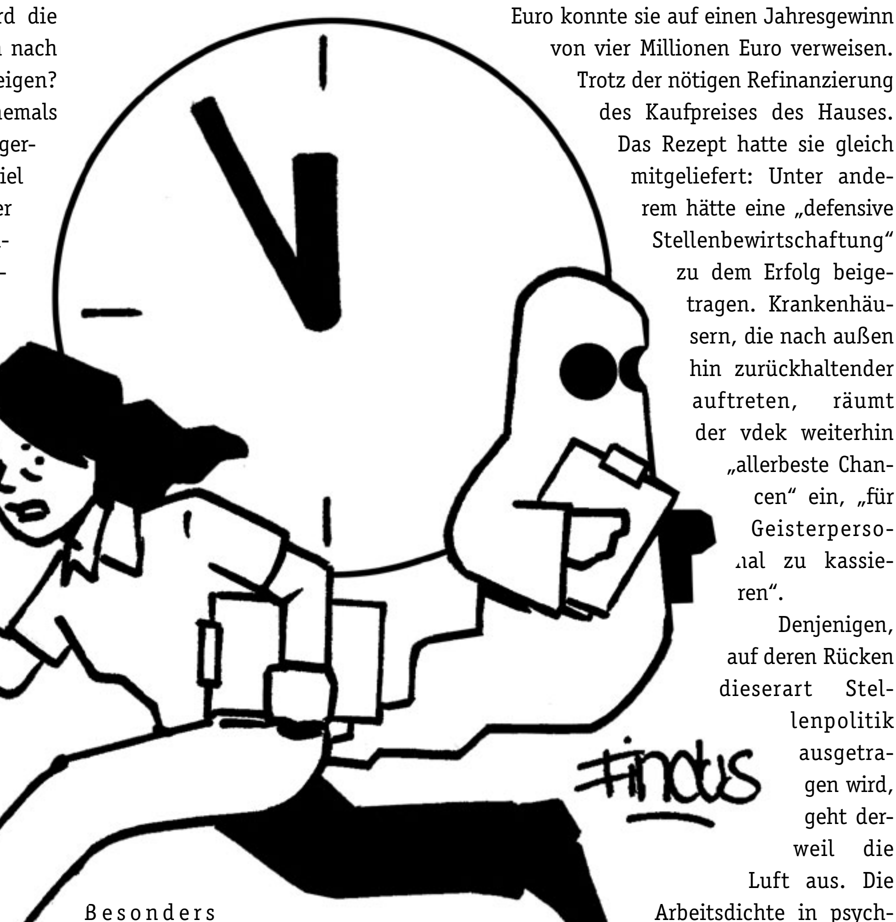
Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Klinisches Geisterpersonal

In Niedersachsen fließt reales Geld in imaginäre Arbeitsplätze. Die Arbeitsdichte für die Beschäftigten steigt

Es ist allgemein bekannt, dass Gesundheitseinrichtungen Einsparpotentiale vor allem beim Personal sehen. Gerade nach Privatisierungen wird die Schere angesetzt. Doch was, wenn nach der Privatisierung die Kosten steigen? Welche Blüten es treibt, wenn ehemals öffentliche Kliniken in private Trägerschaft übergehen, zeigt das Beispiel der psychiatrischen Krankenhäuser in Niedersachsen. In einer Untersuchung kam der Verband der Ersatzkassen in Niedersachsen (vdek) zu dem Ergebnis, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für die acht ehemaligen Landeskrankenhäuser (LKH) 2009 im Vergleich zu 2008 um rund 10 Prozent gestiegen waren. Gegenüber dem Vorjahr mussten die Kassen 23 Millionen Euro mehr für sie aufbringen. Kein gutes Omen, vor allem angesichts der Tatsache, dass der Anstieg der Ausgaben deutlich über dem der übrigen 29 psychiatrischen Einrichtungen im Land lag, die lediglich Mehrkosten von 6,6 Prozent verursachten. Acht der zehn LKH waren 2007 an kommunale, wohlfahrtsverbandliche sowie private Träger verkauft worden. 2008 hatten diese erstmals Budgets mit den Kassen ausgehandelt.

Mit den Patientenzahlen ließ sich das Ganze nicht erklären. Jörg Niemann, Leiter der vdek-Landesvertretung, stellte klar, dass diese in den acht ehemaligen LKH gegenüber 2008 sogar weniger gestiegen seien als in den anderen psychiatrischen Kliniken. Was also ist passiert? Drei Prozent der Mehrkosten bei den privatisierten Häusern seien allein einer angekündigten Aufstockung des Personals geschuldet, unabhängig von Lohnsteigerungen aufgrund von Tarifentwicklungen. Ferner machte der Verbandssprecher zusätzliche Betten und die Einrichtung weiterer teilstationärer Plätze für den Kostenanstieg verantwortlich. Der Verdacht lag nahe, dass die BeitragszahlerInnen indirekt für die Refinanzierung von Investitionskosten privater Träger herhalten müssten.



Urheber: Findus

Besonders sauer stieß den Kassen hierbei die Handhabung der „Psychiatrie-Personalverordnung" auf. Diese zwingt schließlich die Kostenträger, im Voraus Personalkosten nach einem Stellenschlüssel zu übernehmen, unabhängig davon, ob diese Stellen von den Betreibern der Einrichtungen überhaupt besetzt werden. Einen Nachweis darüber dürfen die Kassen nicht verlangen. Der Stellenschlüssel wird allein entsprechend der Zahl der PatientenInnen und des Behandlungsbedarfs ermittelt. „Es ist ein Skandal, dass Krankenhäuser uns zwingen können, echtes Geld für imaginäre Kräfte zu bezahlen", so Niemann.

In seinem Fachblatt „ersatzkasse report" vom September 2012 geißelte der vdek erneut diese Praxis und fand deutlichere Worte. Von „Geisterpersonal" war nun die Rede, für das psychiatrische Kliniken Geld erhalten würden. Diese müssten vom Gesetzgeber in die Nachweispflicht genommen werden.

Neuerlichen Anlass für den Unmut hatte eine ungenannte psychiatrische Klinik in Niedersachsen gegeben. Diese hatte sich öffentlich ihrer Bilanzen gerühmt. Bei einem Umsatz von knapp 40 Millionen Euro konnte sie auf einen Jahresgewinn von vier Millionen Euro verweisen. Trotz der nötigen Refinanzierung des Kaufpreises des Hauses. Das Rezept hatte sie gleich mitgeliefert: Unter anderem hätte eine „defensive Stellenbewirtschaftung" zu dem Erfolg beigetragen. Krankenhäusern, die nach außen hin zurückhaltender auftreten, räumt der vdek weiterhin „allerbeste Chancen" ein, „für Geisterpersonal zu kassieren".

Denjenigen, auf deren Rücken dieserart Stellenpolitik ausgetragen wird, geht derweil die Luft aus. Die Arbeitsdichte in psychiatrischen Kliniken hat sich gerade in den letzten zwei Jahren nochmal sprunghaft erhöht. Von Entlastung durch mehr Einstellungen können die Beschäftigten dagegen nur träumen. Stattdessen wird weiter verfahren nach dem Motto: Es ist noch mehr herauszuholen – besser gesagt: einzusparen. Viele arbeiten, als wären sie auf der Flucht, andere brennen längst aus. Dabei wäre eine angemessene Personalausstattung ein probates Mittel, gerade im Hinblick auf die Patientenversorgung.

Imaginäres ist ein großes Thema in der psychiatrischen Behandlung. Was die angebliche Personalausstattung nach der Psychiatrie-Personalverordnung betrifft, könnte das beschworene „Geisterpersonal" schnell zum Treppenwitz mutieren. „Verrückt" würde es aber wohl erst erscheinen, wenn in der Psychiatrie Tätige anfingen, ihre imaginären KollegInnen auch zu grüßen.

Nandor Pouget (GGB-Hannover)

Keine Reise ins Paradies

Arbeitsmigration, Ausbeutung und schlechte Jobs im Europa der Krise

Der Internetversandhandel Amazon übt sich in Schadensbegrenzung. Nachdem Mitte Februar Berichte über die besondere Ausbeutung der dort über eine Leiharbeitsfirma beschäftigten WanderarbeiterInnen bekannt wurden, feuerte der Konzern die Sicherheitsfirma H.E.S.S., deren MitarbeiterInnen in einem Fernsehbeitrag Kontakte in die rechte Szene nachgesagt wurden. Die um ihren Ruf besorgte Sicherheitsfirma dementierte sofort. Anders ist es mit der ganz normalen Ausbeutung in Europa der Krise. So wird in dem TV-Beitrag berichtet, dass LeiharbeiterInnen aus Spanien, die im Amazon-Logistikzentrum Bad Hersfeld für das Weihnachtsgeschäft arbeiteten, in engen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht wurden. Dort sollen sie vom ins Gerede gekommenen Wachdienst rund um die Uhr kontrolliert worden sein. In der Erklärung der Sicherheitsfirma heißt es zum „Einsatz in Leiharbeitsunterkünften": „Der Grund für die Beauftragung von uns als Sicherheitsfirma liegt darin, dass in der gleichzeitigen Unterbringung einer größeren Anzahl von Menschen, die sich untereinander nicht kennen, ein erhebliches Konfliktpotential liegt".

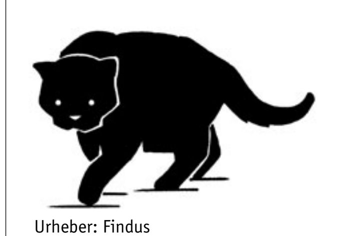
Die Tatsache, dass im 21. Jahrhundert Lohnabhängige in engen Unterkünften zusammengepfercht leben müssen, wird nicht als gesellschaftlicher Skandal wahrgenommen. Solche Horrorvisionen hat der Liedermacher Franz Josef Degenhardt vor 30 Jahren als negative Vision über die kapitalistische Gesellschaft der Zukunft in einem Song dargestellt; „Für eine gute ARBEIT zieht er meilenweit", heißt es dort in einer Zeile. Heute könnte man nicht nur am Beispiel Amazon sagen: Für einen miesen Leiharbeitsjob ziehen viele Menschen im Europa der Krise meilenweit.

Auch die Anwerbung von LeiharbeiterInnen aus ganz Europa ist eine Folge der von Deutschland wesentlich initiierten Sparprogramme. Sie führten zu einer massiven Rezension in den Ländern der europäischen Peripherie und zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Solche Zustände sind die Grundlage dafür, dass die Menschen unter fast jeden Umständen schuften und bereit sind, in engen Gemeinschaftsunterkünften, von einer Sicherheitsfirma mit oder ohne rechte Kontakte bewacht, ihre „Freizeit" zu verbringen. Die Politik trägt kräftig dazu bei, indem sie dafür sorgt, dass erwerbslosen EU-BürgerInnen oft kein ALG2 gewährt wird. Allein in Berlin leben mittlerweile über 174.000 EU-BürgerInnen. Viele werden schlecht bezahlt, manche sogar überhaupt nicht. So haben sich zwei KollegInnen, die im Februar und März 2012 für die in Eimersleben (nahe Magdeburg) ansässige Messebaufirma „Messeshop" gearbeitet haben, an die FAU-Berlin gewandt. Sie wurden als Selbstständige auf den in Berlin stattfindenden Messen „Fruit-Logistica" und „ITB" eingesetzt und warten bis heute auf ihre Bezahlung. Mit einer Online-Petition versucht die FAU Berlin den Druck auf die Firma zu erhöhen. Dort werden die sofortige Auszahlung der vorenthaltenen Löhne der beiden und die Umwandlung der Scheinselbstständigkeit in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gefordert.

Peter Nowak

Link zur Online-Petition: chn.ge/Yku60c

Catwalk



Urheber: Findus

Krise in Europa

In über 30 Städten in Portugal gingen am 2. März mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße um gegen die Sparpolitik der Regierung zu protestieren. Dabei richtete sich der Protest ebenso gegen die Troika, Europäische Zentralbank und Internationalen Währungsfond. Die portugiesische Bevölkerung leidet seit langem unter den Folgen der Einsparungen. Der Protest zeigt: Niemand will sich an das Elend gewöhnen!

Schwarzblättriges Kleeblatt

Die anarchosyndikalistische Zeitschrift „Schwarzes Kleeblatt" der ASJ Berlin feierte im Februar ihr zweijähriges Bestehen. In der aktuellen März-April-Ausgabe widmet man sich daher einem lesenswerten Syndikalismus-Schwerpunkt. Zu finden ist das Schwarze Kleeblatt frei zugänglich unter: schwarzeskleeblatt.blogsport.eu

Zwangsräumungen direkt verhindern

In Berlin entsteht mit der Kampagne *Zwangsräumungen gemeinsam verhindern!* innerhalb der Bewegung gegen steigende Mieten eine neue Aktionsform, die man auch schon aus Spanien kennt: AktivistInnen und NachbarInnen verhindern alltägliche Zwangsräumungen. Die *DA* sagt: Daumen hoch. Verfolgt die neuesten Entwicklungen dazu auf: zwangsraeumungverhindern.blogsport.de

Kauf dich glücklich!

Die *DA* berichtete bereits früh über den staatlich-gesellschaftlichen Rechtsruck vor unserer Haustür, in Ungarn. Holger Marcks, Andreas Koob und Magdalena Marsovszky nehmen die autoritäre Entwicklung in ihrem Buch „Mit Pfeil, Kreuz und Krone" ideologisch, sozial und ökonomisch unter die Lupe.



„Mit Pfeil, Kreuz und Krone"
Unrast Verlag
ISBN 978-3-89771-047-4
14,00 Euro

FAU-Ticker

+++ Die FAU Köln hat an der Konferenz „90 Jahre IAA“ am 5. Januar in London teilgenommen und sich an Demos gegen Knäste, Wohnraumspekulation und Rassismus beteiligt +++ Die FAU Leipzig hat die Spenden für einen Stolperstein für Arthur Holke zusammen und bedankt sich herzlich bei allen SpenderInnen +++ Die FAU Freiburg plant Veranstaltungen zum Workers' Memorial Day im April sowie zu Workers' Centers in den USA +++ Die FAU Dresden unterstützt den im Januar besetzten Raum KOK16 an der TU Dresden und wird am 16. März einen Vortrag zur Funktionsweise der FAU in Cottbus halten. +++ Die FAU Bonn hat jetzt ein beheiztes Gewerkschaftslokal und setzt sich für mehr Freiräume im Rahmen der Kampagne für ein libertäres Zentrum (LiZ) in Bonn ein +++ Die Gewerkschaft Gesundheitsberufe Hannover (GGB) in der FAU Hannover unterstützt das „Europäische Manifest gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens“ +++ Die neu gegründete Foreign Workers' Section der FAU Berlin hat Info-Broschüren zum deutschen Arbeitsrecht in elf verschiedenen Sprachen erstellt. Näheres dazu und weitere Meldungen auf Seite 7 +++

Also spät ist bei der DA oftmals ein Adjektiv, was man verwenden könnte, um einen Zustand anzuprangern. Spät, auf den letzten Drücker, kurz vor knapp, das ist gerade in den beiden großen Ressorts BuG und Globales gängige Tradition, da bringen auch die regelmäßigen Mails über Deadlines nichts. Man möchte meinen, es gehört zum guten Ton, das ordentlich auszureizen – wo bleibt denn sonst Nervenkitzel bei einem Zweimonatsblättchen. Wenn der letzte Text eintrudelt während das Layout schon angefangen hat mit der Arbeit... ach wie schön, wenn Kontinuitäten da sind. Achja... und wo wir bei Kontinuitäten sind: Wo ist denn der Schwerpunkt dieser Ausgabe geblieben? Oh nein, bitte nicht drüber reden, vergessen wir das lieber. Man könnte ein Rätsel daraus machen. Unser Tipp ist die Kolumne Durruti plus die Seite Vier. Schnell mal bei der Aboverwaltung anrufen, ob man nicht eine Hotline dafür einrichten könnte.

In der aktuellen Ausgabe könnt ihr unter anderem etwas darüber lesen, was es mit der Hafenarbeitergewerkschaft contterm auf sich hat und warum sie für ver.di ein großes Ärgernis ist, während die Bundeswehr für den DGB gerade zum neuen Bündnispartner avanciert. Weiter geht es auch mit der Diskussion um Kollektivbetriebe, nachdem die Kritik am Premium-Cola-Kollektiv und die darauffolgende Replik des Kollektivs ein starkes Echo hervorriefen.

Was es mit „Anarchopragmatismus“ und der Renaissance libertärer Manifeste auf sich hat, mit welch widrigen Umständen die IWW bei ihrer Strategietagung in Boston zu kämpfen hatte und warum Schorsch Kamerun Graffitis meist eher auf die Nerven gehen. All das und noch viel mehr in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen,

Eure Redaktion

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, (0151) 17 93 52 90, <fauhb@fau.org>, fau-bremen.comeze.com; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg .... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>.
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr; Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, (0177) 5601030, <fauki@fau.org>
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>
Ostholstein ..... Kontakt über Kiel
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern .... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar .... Kontakt über Westmecklenburg

Region Süd

Aschaffenburg . Kontakt über Frankfurt/M.
Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, nach Absprache, Treffen: Sonntag um 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags von 19.00 - 21.00 Uhr nach Absprache, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
Fulda .... Kontakt über Frankfurt/M.
Karlsruhe .... FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, <fauka@fau.org>, www.fau-karlsruhe.org
Kassel .... Kontakt über Frankfurt/M.
Koblenz .... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Lich .... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz .... Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim .... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg .... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W. .... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, Newsletter faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>, faunbg.blogsport.de,
Regensburg ..... FAU Regensburg, Treffen montags ab 19.00 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Saarbrücken .... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart .... FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, Kontakt über Frankfurt/Main
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... FAU Initiave Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>, www.fau-chemnitz.blogspot.com
Dresden .... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, asd.libertaeres-netzwerk.info, (0177) 5081171, Offenes Treffen: am 2. Mittwoch und 4. Freitag im Monat im „Trotzdem“, Alaunstraße 81
Halle/Saale ...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Meiningen .... Kontakt über Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen
Magdeburg ...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Thüringen .... FAU Thüringen, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

Region West

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Themenabend jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 18.30 Uhr, Raum 102 in der „Bürgerwache“, www.fau-bielefeld.de.vu, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Wolfstraße 76, 53111 Bonn, Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Duisburg .... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden 4. Do. im Monat um 19.00 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, faudu.revleft.com
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster .... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr, (0251) 5389797, <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

AG Jugend & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz .... ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen . <bsy-public-info@list.fau.org>
Leiharbeit .... www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord .... FAU Hannover <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Wien .... Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>, wiensyndikat.wordpress.com
Oberösterreich . Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

„Die Angriffslust auf Contterm steigt“

Interview mit Sascha Schomacker von der Fachgewerkschaft deutscher Seehäfen - contterm

Seit 2009 besteht die Fachgewerkschaft deutscher Seehäfen – contterm *in mehreren norddeutschen Hafenstädten. Zeitweise war die eher kämpferische und eher linksorientierte Spartengewerkschaft Teil des gelben „Christlichen Gewerkschaftsbundes“ (CGB), von dem sie sich jedoch bald wieder trennte. Zuletzt protestierte die Gewerkschaft gegen die Entsendung von Hafenbeschäftigten aus Wilhelmshaven, da dies zur Entlassung von Teilen der dortigen Belegschaft geführt hätte. Die DA sprach mit Sascha Schomacker, einzigem hauptamtlichen Sekretär bei Contterm und ehemaligem Ver.di-Vorstandsmitglied in Bremerhaven, über den bisherigen Weg der Gewerkschaft und das Verhältnis zu DGB und Ver.di.*

Contterm ist mittlerweile in den drei größten deutschen Seehäfen präsent. Erzähl uns doch ein wenig über die Entstehung und das Werden der Contterm.

Etwa 17 Hafenarbeiter wollten sich 2009 die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen im Hamburger Hafen nicht mehr gefallen lassen. Also gründeten sie zunächst einen lokalen Berufsverband, der Mitte 2010 seine Aktivitäten verstärkte. In der Zwischenzeit schloss Ver.di in Bremerhaven Gefälligkeitsvereinbarungen zugunsten der Arbeitgeber ab. Lohneinbußen von 30% im Autofahrertarif stellten einen Affront gegen die aufrichtig arbeitenden Kollegen dar. Ab dem Jahr 2011 haben wir dann auch die Bremer Kollegen verstärkt vertreten. Heute haben wir einige hundert Mitglieder.

Ihr Kollege Wolfgang Kurz erzählte gegenüber der *taz*, dass sich Ver.di nicht nur unsolidarisch gegenüber anderen Gewerkschaften sondern auch gegenüber kritischen Kollegen verhalte. Sie waren einst Funktionsträger bei Ver.di. Wieso der Wechsel zu Contterm?

Ich bin viele Jahre prekär beschäftigt gewesen. Insbesondere Leiharbeit wird von Arbeitgebern skrupellos zur Bereicherung genutzt. Im Jahre 2010 bin ich in Ver.di in den für die Leiharbeit zuständigen Fachbereich in mehrere Vorstandsämter gewählt worden. Ich habe damals schon angekündigt, mich bedingungslos für die Interessen der Leiharbeitnehmer einzusetzen. Am 4. März 2011 erschien in der *Nordsee-Zeitung* ein von mir zu verantwortender Artikel mit der Überschrift: „Ausbeutung mit SPD-Segen?“. Darin habe ich darauf hingewiesen, dass sich die SPD in Bremerhaven mit einer stadteigenen Zeitarbeitsfirma zulasten der Arbeitnehmer bereichert. Equal Pay, faire Entlohnung: Fehlanzeige! Die Folge war, dass die Kollegen in Ver.di sauer reagierten, weil ich angeblich dem politischen Partner zusetze.

Als ich 2011 begann im Hafen zu arbeiten, musste ich feststellen, dass die Interessenskonflikte innerhalb der Gewerkschaft Ver.di wesentlich größer waren als ich jemals für möglich gehalten hätte. Schnell habe ich begriffen, dass die Gefälligkeitsvereinbarungen zugunsten der Arbeitgeber damit in Verbindung standen.



Containerbrücken im Hamburger Hafen

Quelle: Contterm

Gleichzeitig entdeckte ich aufrichtig arbeitende Kollegen, die von anderen Kollegen diskriminiert wurden, nur weil sie einer anderen Gewerkschaft angehören. So bin ich auf Contterm aufmerksam geworden. Die Kollegen in Contterm sind nicht korrupt und standen für faire Bedingungen und eine angemessene Bezahlung. Für mich war es wegweisend festzustellen, dass mit Ver.di im Hafen eine DGB-Gewerkschaft noch „gelber“ ist, als eine Gewerkschaft, die zum besagten Zeitpunkt beim Christlichen Gewerkschaftsbund organisiert war. Das war ein Gewerkschaftsschock.

Der Schritt in den CGB wirft immer noch einen Schatten auf die öffentliche Wahrnehmung von Contterm. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Contterm hat sich schon Ende 2011 vom Christlichen Gewerkschaftsbund gelöst. Übrigens: Die Nähe zum CGB wird heute – wenn überhaupt – nur noch von Journalisten, die dem zuständigen Fachbereich von Ver.di nahestehen, verunglimpfend unterstellt. Hierbei zeigt sich aus unserer Sicht, wie wichtig der Deutsche Journalistenverband ist, wenn es darum geht, die Demokratie zu wahren. Gewerkschaftspluralismus ist daher – anders als 1933 – heute ein Garant für eine funktionierende Demokratie und Meinungsbildung.

Ansonsten hat Contterm damals versucht, bei IG Metall und DGB als eigenständige Fachgruppe unterzukommen. Doch die haben sich geweigert. Da die finanzielle Basis sowie grundlegendes Wissen über die Voraussetzungen zur Gewerkschaftsbildung fehlten, hatte man nach einem Hilferuf nur den Christlichen Gewerkschaftsbund und den DHV, der mit Rat und Tat zur Seite stehen wollte. Doch schon von der ersten Minute an haben sich die Kollegen nichts vom CGB/DHV diktieren lassen. Sie haben sich über die politische Ausrichtung beschwert und einen eigenen – linken – Anwalt verpflichtet. Der DHV hatte im Prinzip damals nur die Satzung ausgearbeitet, die Eintragung ins Vereinsregister gemanagt und den anfänglichem Bürokram gemacht. Einen echten Kooperationsvertrag gab es nie. Auch wenn der DHV darauf gedrängt hat, die zumeist linken Kollegen in Contterm haben den Versuchen sympathisch getrotzt.



Die Contterm scheint für die Funktionärsriege bei Ver.di ein Dorn im Auge zu sein.

Natürlich. Ver.di hat im Hafen Strukturen geschaffen, durch die sie selbst nicht mehr von den Arbeitgebern unterschieden werden kann. Große Interessenskonflikte, wie die Entsendung gleicher Gewerkschafter in die Aufsichtsräte großer Hafenfirmen und zugleich in die Entscheidungsgremien des GHB (Hafenbetreiber in Hamburg), stellen nicht zu leugnende Interessenskonflikte dar.

Zur Zeit wird beim GHBV (Gesamthafenbetriebsverein im Lande Bremen e.V.) in Bremen und Bremerhaven wegen der Veruntreuung von Geldern ermittelt. Ein Bezirksvorstand von Ver.di in diesem Betrieb wurde fristlos entlassen. Contterm setzt sich dafür ein, dass Vorteilsnahme und Veruntreuung zulasten der Arbeitnehmer bekämpft werden. Betroffenen Ver.di-Kollegen schwimmen die Fälle davon und die Nervosität steigt. Die Angriffslust auf Contterm steigt.

Ihr sagt, eure Arbeit sei ehrenamtlich. Wie läuft der Gewerkschaftsalltag ab?

Contterm ist ein gewerkschaftliches Novum in Deutschland. Wir sind eine Spartengewerkschaft, aber nicht elitär, weil wir uns auch für die Beschäftigten mit Niedriglöhnen einsetzen. Wir sind basisdemokratisch. Es gibt zwar klare Hierarchien, aufgrund des bewusst geförderten kollegialen Charakters und des großen demokratischen Selbstverständnisses kann sich bei uns jeder einbringen und wird gehört. Transparenz wird großgeschrieben. International stehen wir für eine enge Zusammenarbeit. So war unser Vorstand Wolfgang Kurz gerade in Italien, um mit Verantwortlichen u.a. der CGIL zu sprechen. Wir haben eine enge Zusammenarbeit vereinbart, damit Hafenarbeiter nicht international gegeneinander ausgespielt werden. Es wird auf jeden Fall auch hier eine ganz neue europäische Gewerkschaftsbewegung mit uns geben, die auf Ausgleich und nicht auf Standortnationalismus setzt, wie ihn DGB-Gewerkschaften praktizieren. Alle Funktionäre, außer mir, sind ehrenamtlich tätig. Meine hauptberufliche Aufgabe besteht auch darin, das Ehrenamtsprinzip mit aufzubauen und zu fördern.



Vielen Dank für das Gespräch!

Interview: Sebastien Nekyia

Das Interview in voller Länge gibt es demnächst auf www.direkteaktion.org

Kolumne Durruti



Was hat sich doch die Welt um mich herum verändert: in meiner Teenie-Zeit tauschten wir Schallplatten, um sie auf Kassette zu überspielen, das Stadion vom FC hatte noch keine Flutlichtanlage, und zur Kontaktaufnahme mit meinen Freunden musste ich einen Telefonapparat mit Wählscheibe benutzen. Mein soziales Netzwerk war der Springbrunnen in der Fußgängerzone, wo wir unser Bier aus Dosen tranken und die vorüberhuschenden Passanten nach harten D-Mark-Münzen anschnorrten.

Aber der wesentlichste, bedeutendste Wandel, dessen Zeitzeuge ich geworden bin, blieb bisher von den meisten unbemerkt. Erst wenn man sich für einen Moment Zeit zur Besinnung nimmt und das Heute mit dem Damals vergleicht, wird die Dramatik dieser Umwälzung begreiflich: es gibt keine Jugend mehr.

Sicher, hier und dort werden noch Kinder geboren. Aber der demographische Wandel hat die Jugendlichkeit zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen lassen. Als ich auf die 30 zumarschierte, wurde noch darüber spekuliert, die Jugend verschöbe sich, so dass sich auch reifere Menschen noch der Jugendkultur zugehörig fühlten, Musikclubs besuchten und der Unvernunft frönten. Vom Jugendwahn war gar die Rede, und das bald selbst 50jährige sich wie 20jährige herausputzten. Es ist anders gekommen. Die Zeit hat diese Etappe übersprungen.

Somit gehöre ich wohl zur letzten Generation, die ihre Jugend in vollen Zügen genießen konnte und sich im gleißenden Licht neidischer Blicke der von der Gesellschaft ins Abseits gestellten Älteren aalte. Vor uns hatte man Respekt, wir waren die wilden Halbstarken, die von ihren Eltern verzärtelt wurden, um aus uns die Elite von morgen zu formen. In Bussen und Bahnen wich man ängstlich vor uns aus, wir galten als gefährlich und kostbar zugleich. Jetzt, da wir am Drücker sind, haben sich die Verhältnisse verkehrt. Der Nachwuchs ist derart dünn gesät, dass wir ihm die Hammelbeine langziehen. Nichts mehr mit Rumhängen, Faulenzen und 20 Semester studieren. Ran an die Arbeit, heißt es nun, schließlich müsst ihr unsere Rente erwirtschaften. Die Eltern von heute finanzieren ihren Sprösslingen deshalb keinen extravaganten Lebenswandel mehr. Das wichtigste Unterpfand ihrer Macht, die Kaufkraft, haben die Jugendlichen eingebüßt. Sie sind nicht mehr Zielgruppe Nr. 1 der Marketingstrategen. Umsätze macht man heute nicht mehr mit Skateboard und Rollerblade, sondern mit dem Rollator. Erst vor wenigen Wochen sah ich erstmals eine Frau mit einem coolen, hippen Rollator. Schnittig geformt, schmal, schneidig und griffig, in leuchtenden Neonfarben lackiert, war diese Gehhilfe der Blickfang im Einkaufszentrum.

Die Jugend ist keine Leitkultur mehr. Warum auch? Backfischgekicher und Hänflinge, von denen selbst kleinste Kleidergrößen in großen Falten herabbaumeln, werden heute als das wahrgenommen, was sie sind: peinlich.

Nach dem letzten Heimspiel lief ich am Bahnhof unverhofft in eine Horde Teenager-Möchtegernhooligans vom Lokalrivalen zu. Früher hätten ähnliche Rabauken dem 40jährigen gezeigt, wie wenig sie von einer dreckigen St. Pauli-Zecke wie mir hielten. Diese aber erstarrten in Ehrfurcht. Ich konnte ihre Angst riechen. Also provozierte ich sie, zog sie auf, machte mir meinen Spaß mit ihnen, bis sie davonrannten. So ist's recht, dachte ich bei mir. Es ist schön, älter zu sein.

Matthias Seiffert

TERMINE

✂ Bielefeld
Fr. 15. März, 19.30 Uhr
Bürgerwache, Raum 104, Siegfriedplatz
Vortrag: „Die vergessene Revolution: März 1920 – Aufstand an Rhein und Ruhr“
Von Rudolf Mühland im Rahmen der Reihe „Schwarze Katze“

✂ Berlin
Sa. 9. März, 20.30 Uhr
Zielona Gora, Grünbergerstr. 73 (U5 Frankfurter Tor)
Kult: Soli-Tresen für die Gewerkschaftsarbeit der FAU Berlin
Mit kühlen Getränken, freiem Kicker und veganen Tapas (Jeden 2. Samstag im Monat)

✂ Bonn
Do. 21. März, 20.00 Uhr
LaVictoria, Bornheimer Str. 57,
Info: „Kämpferisch – Selbstorganisiert – Solidarisch! FAU – Mehr als nur Gewerkschaft“
Die FAU und die Anarcho-Syndikalistische Jugend (ASJ) stellen sich vor. Kurze Vorträge, freie Diskussion und Kennenlernen.

✂ Cottbus
Sa. 16 März, 19.00 Uhr
quasiMono, Erich-Weinert-Str. 2
Vortrag: „FAU – Wie funktioniert das?“
Die FAU Dresden beantwortet Fragen zu Theorie und Praxis des Anarchosyndikalismus

✂ Duisburg
So. 10. März, 10.00 Uhr pünktlich
Treffpunkt am Hauptbahnhof (Hauptausgang)
Fahrradtour: „Die Märzrevolution im Ruhrgebiet“
Bitte bringt ein Fahrrad, wetterfeste Kleidung, Thermoskanne und Picknickkorb mit. Organisiert von der FAU Düsseldorf

✂ Hannover
Do. 25. Apr., 20.00 Uhr
DGB-Haus, Otto-Brennerstr. 1
Vortrag: „Neu aufbrechen oder feiern“
Geschichte und Zukunft des politischen 1. Mai. Mit Oliver Steinke. Veranstaltung der AAH

✂ Kiel
Fr. 29. März, 14.00 Uhr
Hansastrasse 48
Info: Perspektivlosigkeit und Aufbruch in Galicien
Workshops zum Leben in der Krise in der spanischen Provinz

✂ Mannheim
Do. 14. März, 18.00 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Vortrag: „Krise ohne Widerstand?“
Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wenn die Nacht am tiefsten...“

✂ Regensburg
Fr. 8. März, 19.00 Uhr
L.E.D.E.R.E.R, Lederergasse 25
Kino: „Gelebte Utopien“
mit Diskussion, Volxküche und dem Doku-Film „Pfade durch Utopia“

✂ Wismar
Di. 12. März, Abends
Kultur- und Wohnprojekt Tikozigalpa, Dr.-Leber-Straße 38
Kino: „Strike Bike- Eine Belegschaft wird rebellisch“
Lokale Mitglieder der FAU sind auch dabei

Gender Pension Gap

Der Gender Pay Gap ist nur die Vorstufe zur späteren Altersarmut vieler Frauen

Weiter gedacht:

Obwohl sich das Ungleichverhältnis des Gender Pension Gap im gesellschaftlichen Rahmen klar auf ein dichotomes Verständnis von „Frauen" und „Männern" bezieht, möchte unsere Autorin* durch die anfängliche *- Kennzeichnung auf den gesellschaftlichen Konstruktionscharakter von Geschlecht hinweisen.

Bald ist es wieder soweit: Der 21. März 2013 nähert sich. Am so genannten „Equal Pay Day" wird auf den Lohnunterschied zwischen Männern* und Frauen* verwiesen – und Stellung dagegen bezogen. Symbolisch verweist dieses Datum auf die zusätzlich nötige Zeit, die Frauen arbeiten müssten, um auf das vorhergehende Jahr gerechnet den gleichen Lohn wie Männer zu beziehen. Fast drei Monate länger arbeiten ist eine lange Zeit. Ein „Equal Pension Day" läge jedoch noch später im Jahr. Erst am 8. August 2013 werden Frauen* in Deutschland die Rentenzahlungen erhalten haben, die Männer* im Verlauf des Jahres 2012 angesammelt haben.

Die Studie zum Gender Pension Gap des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus dem Jahr 2011 weist auf diesen eklatanten Unterschied zwischen den Renten von Frauen und denen von Männern hin. Mit dem Ziel der Studie, individuelle Aussagen über Alterseinkommen zu treffen, wurde der so genannte Gender Pension Gap aufgedeckt. In diesem Rahmen wurde die statistische Beschäftigung mit dem Thema Rente erstmals von traditionellen Familienmodellen abgelöst, bei denen der Haushaltskontext die Ungleichheiten verschleiert. Ergebnis sind erschreckende Zahlen: Die Rentenlücke beträgt demnach 59,6 %. Während Männer durch selbst-erworbene Rentenansprüche im Schnitt 1595 Euro Rente pro Monat bekommen, liegt der Durchschnitt für Frauen bei 645 Euro. Schon heute sind mit 17 % der weiblichen Beschäftigten sechs Prozent mehr als bei den männlichen Beschäftigten von späterer Altersarmut bedroht.

Das bundesdeutsche Modell der Rentensicherung basiert auf drei Säulen: der gesetzlichen, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. In die Berechnungen flossen dabei Einkünfte aus allen drei Säulen ein. Damit ist der Gender Pension Gap ein direktes Abbild der existierenden Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und bildet die Fehler des Erwerbssystems ab. So zeigt die Studie auch, dass mit steigendem Berufsabschluss der Unterschied geringer wird. Bei Gruppen mit Hochschulabschluss beträgt er nur noch 35,6 % im Gegensatz zu 58,1 % bei Menschen ohne Berufsschulabschluss.

Ebenfalls relevant für den eklatanten Unterschied ist eine Familienpolitik, die durch fehlende Unterstützung zum Beispiel durch Bereitstellung von Kitaplätzen Kinder zu einem relevanten Faktor bei der Rentenberechnung macht. Während ab August 2013 ein Rechtsanspruch auf Kitaplätze bestehen wird, zeigt sich im Vergleich zwischen den Werten der alten und der neuen Bundesländer deutlich der Einfluss familienbedingter Erwerbspausen. Besonders der Einfluss von Eheschließung und Kindern fällt in den neuen Bundesländern absolut und relativ gesehen geringer aus. Im Westen beträgt der Gender Pension Gap demnach für Verheiratete mit Kindern 69,6 % und Verheiratete ohne Kinder 51.6 %, im Osten dagegen nur respektive 39,6 % und 34,3 %.

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass zukünftige Generationen dabei geschlechterübergreifend immer häufiger der Gefahr von Altersarmut ausgesetzt sind. Studien verdeutlichen den Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und der Verbreitung von atypischen Erwerbsverläufen im Rahmen fortschreitender neoliberaler Flexibilisierung. Aufgefangen wird dies aktuell nur noch durch starke staatliche Grundsicherungssysteme, wie sie beispielsweise in den Niederlanden und Dänemark existieren.

Vielfältige Gründe und keine einfachen Forderungen

Die vielfältigen Gründe für den Gender Pension Gap stehen miteinander in enger Beziehung und haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht grundlegend verändert. Fundamental sind dabei sicherlich tradierte Rollenbilder, die dazu führen, dass Frauen tendenziell eher zuhause bleiben und sich um die Kindererziehung kümmern. Wenn Kindererziehungszeiten im Rahmen der gesetzlichen Altersversorge theoretisch aufgefangen werden, so sind für den Gender Pension Gap jedoch vor allem die Unterbrechungen der Berufstätigkeit und die Möglichkeiten des Wiedereinstiegs relevant. Rechnet man die Nachteile mit ein, die den Frauen dadurch im Schnitt entstehen, so wären pro Frau acht Kinder notwendig um den Unterschied auszugleichen.

> *„Die Studie des BMFSFJ fasst die Auswirkungen des immer noch vorherrschenden patriarchalen Rollenverständnisses unter dem Schlagwort der brüchigen Erwerbsverläufe von Frauen. Diese seien stark von persönliche Wünschen und Entscheidungen im Paarkontext geprägt. Deutlicher gesagt, gibt es im Zusammenhang von Familie und Rentensystem keine wirkliche Entscheidungsfreiheit: Das Rentensystem genauso wie das Steuersystem unterstützt die Rolle der Frau als Hinzuverdienerin."*

Die Studie des BMFSFJ fasst die Auswirkungen des immer noch vorherrschenden patriarchalen Rollenverständnisses unter dem Schlagwort der brüchigen Erwerbsverläufe von Frauen. Diese seien stark von persönliche Wünschen und Entscheidungen im Paarkontext geprägt. Deutlicher gesagt, gibt es im Zusammenhang von Familie und Rentensystem keine wirkliche Entscheidungsfreiheit: Das Rentensystem genauso wie das Steuersystem unterstützt die Rolle der Frau als Hinzuverdienerin.

Ein weiterer überaus relevanter Faktor, der zum Auseinanderklaffen der Rentenzahlungen führt, liegt in der Gestaltung der Arbeitswelt begründet. Hier führen unter anderem veraltete Rollenbilder zur Konzentration von Frauen in Sektoren, die als „typische Frauenberufe" gelten, was zu einer allgemeinen Schlechterbezahlung von Frauen führt. Diskutiert wird dieser Umstand unter dem Schlagwort des Gender Pay Gap. Frauen lohnarbeiten demnach im Durchschnitt weniger und zu deutlich niedrigeren Löhnen. Mit großer Mehrheit vertreten sind sie im Einzelhandel, im Gastgewerbe sowie in Erziehung und Pflege. Im Sektor dieser personenbezogenen Dienstleistungen finden sich dabei häufig Anstellungsverhältnisse in Teilzeit, atypische und prekäre Beschäftigungen und Beschäftigungen des Niedriglohnsektors. Der Einfluss solcher Beschäftigungen auf die Rente darf nicht gering geschätzt werden. Selbst nach 45 Jahren durchgängiger Beschäftigung in geringfügig entlohnten Anstellungsverhältnissen wird nur eine Rente in Höhe von 190 Euro ausgezahlt. 3,3 Millionen Frauen und 1,7 Millionen Männer arbeiten aktuell in solchen Beschäftigungsformen.

Keine Änderung in Sicht

Durch die aktuelle Verfassung des Rentensystems schreibt sich der Gender Pay Gap fast unverändert in die zukünftige Rentenlage ein und der aktuelle Unterschied in den Rentenzahlungen wird fortgeführt. Der Gender Pay Gap beträgt laut einer OECD-Studie von 2012 21,6 %. Deutschland belegt damit den letzten Platz der europäischen OECD-Staaten. Allein zwei Drittel dieses Unterschiedes resultieren dabei aus der Art der Arbeit. Während Forschungsinstitute also einen Beschäftigungszuwachs bei Frauen verzeichnen, fällt unter den Tisch, dass dieser hauptsächlich aus Teilzeitanstellungen besteht, die nicht nur schlechter bezahlt sind, sondern darüber hinaus auch schlechtere Aufstiegschancen mit sich bringen.

Aktuelle familienpolitische Programme wie Betreuungsgeld, Elterngeld und das Ehegattensplitting zementieren darüber hinaus ein Familien- und Frauenbild, das einen fundamentalen Wandel im Verständnis von Kindererziehung und Arbeitsteilung unwahrscheinlich erscheinen lässt. Nicht erst die aktuelle Studie „Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen" verdeutlicht dabei, dass konservative Familienpolitik auch ein konservatives Verständnis von Familie nach sich zieht und unterstützt.

Familie – was ist das gleich?

Der demographische Wandel, ausgewiesen durch die niedrigen Geburtenraten, wird das Rentensystem in der jetzigen Form in den kommenden Jahren ähnlich stark strapazieren wie der allgemeine Abbau von sozialstaatlichen Sicherungssystemen und das Umsichgreifen des Neoliberalismus. Eine Diskussion um neue Konzepte und Rentenmodelle muss dabei zwingend das dargelegte System mit einbeziehen, das zu einem Gender Pension Gap mit untragbaren Ausmaßen führt. Es gilt dabei aus kritischer Sicht auch in der öffentlichen Diskussion selten sichtbar gemachte Positionen mitzudenken und zu benennen.

In der politischen Diskussion wird die Frage der Rentenlücke häufig auf eine familienpolitische verkürzt. Frauenpolitik ist jedoch nicht und kann nicht synonym sein mit Familienpolitik, sonst werden überholte Bilder von Familie wieder aufgewärmt und verstärkt. Nicht nur die Problematik der Reproduktionsarbeit, die immer noch zu großen Teilen in Händen der Frauen liegt, verdeutlicht dies. Von tradierten Vorstellungen abweichende Familienmodelle fallen in der öffentlichen Diskussion immer noch hinten über. Familie ist „überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken", definiert das Berliner Zukunftsforum Familie. Egal wie viele Menschen daran beteiligt sind und welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen.

Während die Reproduktionsarbeit, die Frauen im Haushalt leisten, immer noch nicht als Arbeit anerkannt wird, zeichnet sich mit fortschreitender Globalisierung ein neues Ungleichverhältnis ab. Immer häufiger wird gerade diese Arbeit in die Hände von prekär und illegalisiert arbeitenden Frauen gegeben, die mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Deutlich wird an diesem Punkt, dass es nicht nur um eine einseitige Kritik der veralteten Rollenbilder oder der Situation auf dem Arbeitsmarkt gehen darf, auch Komplexe wie Rassismus dürfen nicht vergessen werden.

Und nun?

An der Tatsache, dass Rente neu gedacht werden muss, kommt auch die Politik mittlerweile nicht herum. Neue Konzepte und Rentenmodelle werden in allen Lagern diskutiert. Allen gemein ist jedoch, dass sie keinen grundlegenden Wandel beinhalten. Von der solidarischen Mindestrente der Partei Die Linke über die Garantierente der Grünen, die Solidarrente der SPD und der Zuschussrente der CDU: Letztendlich geht es nur um Unterschiede in der Frage, welche Mindestrente würdig beziehungsweise gerecht sei.

Dem aktuellen Rentensystem und den diskutierten Modellen gemein ist allerdings ein neoliberales Leistungsprinzip, das in der Rente seine Umsetzung findet. Nur wer lange in gut bezahlten Jobs gearbeitet hat, kann auch im Alter auf eine gute Rente hoffen. Nicht nur aus kapitalismuskritischer und queer-feministischer, sondern ebenso aus gewerkschaftlicher Sicht muss die Rente von einem Arbeitsbegriff entkoppelt werden, der sich an Leistung und Produktivität orientiert. In dieser Logik gibt es für alle Lohnabhängigen nicht viel zu gewinnen.

Anna Haucke

Ohne Netz und doppelten Boden

Bundesagentur möchte Aufstockung einschränken

Die Anzahl der Solo-Selbständigen ist auf ein Rekordhoch gestiegen. Die Wirtschaftslage, der Versuch der Arbeitslosigkeit zu entfliehen und die Hoffnung, einen Hauch von Selbstbestimmung zu finden, treibt viele in die Selbständigkeit, häufig aus Hartz IV heraus. Doch diese Rettungsleine soll nun gekappt werden.

Seit 2007 hat sich die Anzahl der Selbständigen, die aufstockend Hartz IV beziehen verdoppelt. Stand Juni 2012 waren es 127.100, von denen jeder Vierte nur 100 bis 200 Euro im Monat verdiente. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, findet, dies seien zu viele und möchte diese „Fehlentwicklung" korrigieren, indem der Zugang zum ALG2 für Selbständige erschwert wird. Dabei ist die Selbständigkeit oft der einzige Ausweg, um aus dem deprimierenden Kreislauf von Bewerbungen und Absagen auszubrechen. So zum Beispiel für Menschen ohne Abschluss, die niemand fest anstellen möchte. Viele erhöhen aus der Grundsicherung heraus Schritt für Schritt ihre Einnahmen. Ohne den Stabilisator ALG2 im Rücken wäre dies kaum möglich. Selbständigkeit ist ein riskantes „Spiel", mit Ups and Downs, ohne Netz und doppelten Boden. Wer das „Spiel" wagen möchte, hat mit der Hartz-IV-Grundsicherung von Miete, Lebenserhaltung und Krankenversicherung sicher bessere Karten als ohne.

Ein anderes Problem ist das der Scheinselbständigkeit, welches in bestimmten Branchen, so zum Beispiel bei Marktforschungsunternehmen, gehäuft auftritt. Die Verantwortung liegt hier allerdings bei den Unternehmen und nicht bei den scheinbar Selbständigen, die sicherlich nichts gegen eine feste Übernahme einzuwenden hätten. An Kontrollen der Selbständigen beim Arbeitsamt mangelt es zudem schon jetzt nicht. Sie stehen bereits unter einem starken Rechtfertigungsdruck, müssen halbjährlich Formulare über Einnahmen und Ausgaben vorlegen, Quittungen und Kontoauszüge offenlegen und ihr Geschäftsmodell rechtfertigen. Es braucht sicher keine weiteren Belästigungen.

Hier soll, ebenso wie bei vergleichbaren Themen, beispielsweise der geplanten Einschränkung der Prozesskostenhilfe (siehe Artikel auf dieser Seite), ein gesellschaftliches Problem individualisiert werden. Dass es sich beim Anstieg der Solo-Selbständigen aber um ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen



Große Augen im Jobcenter

Foto: Matthias Coers

handelt, zeigt der jüngst veröffentlichte Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) über Solo-Selbständige in Deutschland. In dieser Untersuchung wurde festgestellt, dass die Anzahl der Solo-Selbständigen stark angestiegen ist: Vor der Wende war es etwa 1 Million, derzeit sind es etwa 2,5 Millionen, während gleichzeitig die Anzahl Selbständiger mit Angestellten fast gleich geblieben ist. Es ist – wie der Anstieg der Leiharbeitszahlen oder der stärkere Einsatz von Werkverträgen – ein Teilphänomen des generellen Trends der Prekarisierung: der Auflösung von festangestellter Erwerbstätigkeit hin zu flexibleren Wirtschaftseinheiten hierzulande.

Einen besonders starken Anstieg im Jahresdurchschnitt verursachten die pflegerischen Berufe (2000 bis 2004 um jährlich 11,2 %, 2004 bis 2009 um jährlich 20,1 %; insgesamt um jährlich 16 %; von 12.000 Solo-Selbständigen in der Pflege im Jahr 2000 auf 45.800 im Jahr 2009), gefolgt von HausmeisterInnen (12,5 % Anstieg jährlich), ArtistInnen (10,9 %) und Reinigungsberufen (10,4 %). Es liegt nahe, hier Outsourcing-Prozesse zu vermuten, während derweil der traditionell selbständige Uhrmacherberuf (1.900 im Jahr 2000; 700 im Jahr 2009) zunehmend von der Bildfläche verschwindet.

Das Motiv für den Schritt in die Selbstständigkeit ist bei fast 60 % der Betroffenen der Schritt heraus aus der Arbeitslosigkeit. Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern sind übrigens 44 % der Solo-Selbständigen in Deutschland AkademikerInnen, was auch einiges über die Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt aussagt. Auf diese gesellschaftliche Entwicklung versuchen nun Politik und Arbeitsagentur zu reagieren. So gab es in den letzten Monaten verschiedene Initiativen, die letztlich auf eine Reduzierung der Anzahl gering verdienender Selbständiger abzielten. So die Pläne für eine verpflichtende Rentenversicherung der Bundesarbeitsministerin Ursula van der Leyen, weiter die Abschaffung der Unterstützung von Gründern aus ALG1 heraus als Pflichtleistung für alle Versicherten und nun die Pläne des Vorstandsvorsitzenden der Arbeitsagentur, Frank-Jürgen Weise, das Aufstocken mit Hartz IV zu erschweren.

Eine mögliche Motivation hinter diesen ganzen Maßnahmenpaketen könnte sein, die Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt zu halten bzw. wieder zu vergrößern, nachdem die Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Hierdurch könnte der Niedriglohndruck durch Abbau „geparkter" Solo-Selbständiger aufrecht erhalten bleiben. Allerdings: Solo-Selbständige sind selbst oft Niedriglöhner. Es ist wahrscheinlich, dass für die Ent-Selbständigten weiterhin niedrige Löhne und andere prekäre Arbeitsformen, wie Leiharbeit und Werkverträge, die Folgen wären. Motivationen und Realitäten der modernen Solo-Selbstständigen sind jedoch letztlich zu unterschiedlich, um hier generelle Aussagen machen zu können.

Die Pläne der Ministerin für Arbeit und Soziales sind am Widerstand von Selbständigen und Freiberuflern vorerst gescheitert. Es hat sich als Folge sogar ein Verband der Gründer und Selbständigen e.V. gegründet, um „Gründern, Selbständigen, Freiberuflern und kleinen Unternehmen eine Stimme" zu geben. Wie es weitergeht, wird die Zukunft zeigen. Klar ist, alle Maßnahmen um Solo-Selbständige sind im gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Es bleibt des Weiteren nur zu hoffen, dass auch die Plaudereien von Weise nur leere Worte bleiben. Womöglich müssen hier aber auch Betroffene, Gewerkschaften und Verbände gesellschaftlich Zähne zeigen.

Thomas Winzer

Weiter Arbeitskampf bei Biobauer

Unter dem Motto „Für Ausbildung statt Ausbeutung! – Bio geht nur fair!" hat das Allgemeine Syndikat Berlin der FAU auch in den letzten Wochen seine Aufklärungskampagne über die miesen Ausbildungsbedingungen auf einem Biohof bei Berlin fortgesetzt (siehe *DA* 215: Bauer sucht FAU). Nachdem der Besitzer des Hofes „Teltower Rübchen" die Ausbildungsvergütung um 65% erhöht hat, ist es nunmehr nur noch ein kleiner Schritt, um alle Forderungen der FAU Berlin umzusetzen und die Ausbildungsverhältnisse auf dem Hof in geordnete Bahnen zu lenken. Um die interessierte Öffentlichkeit auch weiterhin auf dem Laufenden zu halten, und um den Druck auf den Unternehmer aufrecht zu erhalten, besuchten Mitglieder der FAU Berlin, der ASJ Berlin und der polnischen ZSP in den letzten Wochen wiederholt Berliner Wochenmärkte und informierten Besucherinnen und Kunden. Kundgebungen gab es am 2. Februar auf den Wochenmärkten am Kranoldplatz und am Chamissoplatz, am 9. Februar auf dem Wochenmarkt am Winterfeldtplatz und am 16. Februar auf dem Wochenmarkt am Karl-August-Platz. Bereits am 26. Januar informierten direkt vor den Eingängen der „Internationalen Grünen Woche" auf der Messe Berlin ca. 30 Mitglieder der FAU Berlin über den Arbeitskampf.

Zweite Klasse vor Gericht

Justizministerium will zusätzliche Hürden für finanzielle Unterstützung von Mittellosen

Beratungshilfe oder Prozesskostenhilfe können Menschen erhalten, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, um ihnen theoretisch zustehende Rechte juristisch durchzusetzen. Damit soll eine „Waffengleichheit" zwischen den Streitparteien gewährleistet werden, und zwar unabhängig von der Größe des eigenen Geldbeutels. Dieses Prinzip des Sozialstaats wird nun durch einen Gesetzesentwurf des Bundesjustizministeriums in Frage gestellt. Die vorgesehenen Änderungen wären für GeringverdienerInnen und Hartz-IV-EmpfängerInnen gravierend. Eine Zweiklassenjustiz würde sich noch deutlicher herausbilden.

Der Entwurf, der bereits dem Bundesrat und dem Bundestag vorliegt, hat eine Einsparung von 64,8 Millionen Euro in den Länderhaushalten zum Ziel. Einer angeblichen „ungerechtfertigten Gewährung" von Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe soll damit ein Riegel vorgeschoben werden. Die Gesetzesänderung sieht eine Verschärfung der Bewilligungsvoraussetzungen vor. Die gesetzlich vorgegebene Einkommensschwelle für den Zugang zur staatlichen Hilfe soll um rund 100 Euro gesenkt werden, wodurch vor allem GeringverdienerInnen und Hartz-IV-EmpfängerInnen der Weg vor Gericht erschwert wird. Weiterhin wird die Dauer der Ratenrückzahlungen von vier Jahren auf sechs Jahre verlängert. Bislang werden nach vier Jahren die restlichen Kosten von Staat übernommen. Eine Verlängerung der Rückzahlungsdauer auf sechs Jahre spült somit mehr Geld zurück in die Staatskassen. Für prekär Beschäftigte oder Hartz-IV-Empfänger bedeutet dies neben ihrer Job-Situation, den steigenden Mieten und stagnierenden Löhnen ein zusätzliches finanzielles Risiko. Wer sich in einer solchen Lage befindet, dürfte es sich dann noch öfter als bisher schon überlegen, ob der Weg vor Gericht wirklich beschritten werden kann.

Um die „ungerechtfertigte Gewährung" von Prozesskostenhilfe auch im weiteren Verlauf des Gerichtsprozesses zu „verhindern", sollen die AntragstellerInnen zukünftig Änderungen ihres Einkommens und Vermögens dem Gericht mitteilen. Andernfalls kann die zuvor gewährte Prozesskostenhilfe wieder entzogen werden. Außerdem soll es der Staatskasse künftig einfacher möglich sein, eine zuvor zugesagte Kostendeckung nachträglich wieder zu entziehen, wenn zum Beispiel die hilfebedürftige Person nach einem gewonnenen Gerichtsprozess wieder über Geld verfügt. Beratungshilfe soll zukünftig nur noch in Ausnahmefällen nachträglich beantragt werden können. Stattdessen soll eine vorherige Sondierung von Seiten der Gerichte stattfinden und eine Beratung direkt durch diese übernommen werden. So können die Gerichte die Betroffenen von einer Klageerhebung abbringen.

Die Möglichkeiten, sich gegen diese Änderungen effektiv zur Wehr zu setzen, sind momentan freilich begrenzt. Neben einer Unterschriftenaktion von „ver.di Erwerbslose" gibt es mittlerweile eine Petition an den Bundestag. Noch wichtiger als bislang schon würde es aber nach dieser Gesetzesänderung sein, sich zusammenzuschließen. Denn gemeinsam können die Kosten für einer Rechtsberatung oder einen Gerichtsprozess nun einmal leichter aufgebracht werden.

Pablo Rastenes

One Billion Rising

Statistisch gesehen wird jede dritte Frau in ihrem Leben Opfer von Gewalt – insgesamt eine Milliarde Menschen. Ob es tatsächlich eine Milliarde Menschen waren, die am 14. Februar unter dem Motto „One Billion Rising" gegen Gewalt gegen Frauen streikten, tanzten und aufbegehrten, lässt sich nicht genau sagen. Beeindruckend waren die Bilder und Videos von demonstrierenden und tanzenden Frauen – und natürlich auch Männern – aus der ganzen Welt auf jeden Fall. Die Idee zur weltweiten Kampagne „One Billion Rising. Strike, Dance, Rise!" geht auf die US-amerikanische Feministin, Autorin und politische Aktivistin Eve Ensler zurück. Vor 15 Jahren rief sie dazu auf, den Valentinstag am 14. Februar als „V-Day" wieder anzueignen. Nicht um den Konsum von Blumen und Geschenken in romantischen Zweierbeziehungen sollte es gehen, sondern um eine Thematisierung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, die sich oft auch im Privaten abspielt. Das „V" des „V-Day" steht dabei für „vagina" und „victory over violence". Der globale Aktionstag zum 15jährigen Jubiläum in diesem Jahr sollte auch zeigen, dass Gewalt gegen Frauen und Sexismus nicht nur Probleme in afrikanischen Kriegsgebieten, patriarchalen Gesellschaften in Asien oder migrantischen Communities in Europa sind, sondern eben überall und in allen sozialen Schichten anzutreffende Phänomene, die sich nur durch Aufklärung, Selbstorganisation und Solidarität bekämpfen lassen. Nach dem Aktionstag soll es damit noch lange nicht vorbei sein.

NT

Die Linke spiegelt sich in ihrer Geschichte

Auseinandersetzung über autoritäres Gedenken bringt weitere Widersprüche zutage

Januar bis Frühjahr 1919: Angeleitet und gefördert vom sozialdemokratischen Reichswehrminister Noske wütet eine präfaschistische Soldateska in Berlin. Noske selbst spricht von 1.200 Toten. Symbolisch für den Terror und das Abwürgen der Revolution steht die Ermordung der KPD-MitbegründerInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Schon zu Beginn der 1920er Jahre gab es große Demonstration nach Friedrichsfelde, wo ein Denkmal errichtet worden war. Die Nazis unterbrachen diese Tradition, die nach 1945 wieder aufgenommen wurde. Hatte die KPD schon in den 1920er Jahren Lenin in die Reihe derer, denen gedacht werden sollte, aufgenommen, wurde der Blick auf die revolutionäre Geschichte nun vollends durch Portraits der führenden Genossen und die Ehrentribünen verstellt. Das Ende dieser Phase wurde durch DDR-Oppositionelle eingeläutet, die damals noch einen anderen Sozialismus wollten, Rosa Luxemburg gegen den Strich lasen und mit eigenen Transparenten versuchten, die in der DDR-Verfassung theoretisch garantierte Meinungsfreiheit auf der Demonstration wahrzunehmen. Sie wurden verhaftet und zum großen Teil in den Westen abgeschoben. 1990, als das Kartenhaus schon am Zusammenfallen war, gab es trotzdem ein Gedenken mit beeindruckender Teilnehmerzahl, ab 1992 eine von einer kommunistischen Kleinpartei organisierte und sich in den Folgejahren stark verbreiternde Demonstration.

Von Anfang an war die LL-Demo (von vielen aus dem leninistischen Spektrum LLL-Demo genannt) ein Sammelbecken und eine Selbstvergewisserungsveranstaltung für Gruppen, die aus dem Zusammenbruch des Ostblocks vor allem eine Konsequenz zogen: Jetzt erst recht! Insofern war es nicht verwunderlich, dass viele OrganisatorInnen wie DemonstrationsteilnehmerInnen entweder bruchlos weitermachen wollten oder das Problem gar in der halbherzigen Entstalinisierung von 1956 sahen. Daran änderte auch die Teilnahme des eher antiimperialistischen Flügels der autonomen Antifa-Bewegung nichts. Die Antifa-Bewegung brachte jedoch viele junge Leute auf die Demonstration, von denen einige mit Erschrecken die vielen Stalinportraits registrierten und versuchten, sich auf der Demo davon abzugrenzen. So gab es Versuche, antistalinistische Blöcke zu organisieren oder 1997 ein Transparent mit der Aufschrift *„Wir gedenken Rosa und Karl und den Matrosen von Kronstadt"*. Diese Versuche blieben allerdings episodisch – zu stark war die autoritäre Prägung dieser Demonstration.

2012 versuchte dann die Gruppe „Kritische Selbstreflektion", die Demonstrationsteilnehmer mittels eines Transparent mit den Köpfen Lenins, Stalins und Maos und der Aufschrift *„Nein, nein, das ist nicht der Kommunismus"*



Foto: dielinkebw

Der Stalin des Anstoßes

zum Nachdenken zu bewegen. Ohne Erfolg: Anhänger einer maoistischen Partei beendeten den Denkanstoß mit Hilfe ihrer Fahnenstangen. In der darauf folgenden *Indymedia*-Schlammschlacht ging es hoch her. Für viele KommentatorInnen konnten die TransparentträgerInnen nur „rechte Provokateure", „Antideutsche", oder „Söldlinge des Imperialismus" sein. Soweit nichts Neues. Die ganze Sache hätte man zu den Akten legen können, wenn dieses Jahr nicht ein Gegenbündnis eine zweite Gedenkdemonstration in Westberlin ins Leben gerufen hätte. Ein Schritt, mit dem das traditionelle Gedenkdemobündnis gezwungen wurde, sich zumindest halbherzig von den Stalinportraits zu distanzieren. Leider wurde die Freude darüber getrübt, da die Demonstration in Westberlin von Gruppen organisiert wurde, denen man die im Aufruf gezeigte Radikalität schwer abnehmen kann. Das betrifft insbesondere die Jugendorganisationen von SPD und Linkspartei. Man fragt sich, wie diese so unterschiedliche Dinge wie Steinbrück und Kommunismus unter einen Hut bringen können. Die Empörung seitens der OrganisatorInnen der traditionellen Demo ist dennoch Heuchelei: Schließlich hatten sie noch nie etwas gegen die Teilnahme dieser Organisationen und sind erst auf die schöne Bezeichnung „Noske-Jugend" für die Jusos gekommen, als diese sich an der Organisation der Alternativveranstaltung beteiligten.

Das Ärgerliche an dieser Auseinandersetzung ist, dass sie wenig Raum lässt für die wirklich interessanten Fragen. Warum wird immer nur Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht? Was ist mit den anderen weniger prominenten Ermordeten? Wie könnte ein Gedenken aussehen, das jenseits von Stalinismus und Reformismus stattfindet, dabei nicht sektiererisch daherkommt und es auch noch schafft, den Ereignissen vom Winter/Frühling 1919 gerecht zu werden?

Paul Geigerzöhler

Rote Karte für Rosarot!



Urheber: Findus

Ein Kommentar von Thomas Meyer-Falk

In den letzten Monaten wurde immer mal wieder von Experimenten in Gefängnissen berichtet, sogenannte „B-Zellen" (Beruhigungs- oder Schlichtzellen genannt) in der Farbe Rosa zu streichen, was dann eine beruhigenden Effekt auf die InsassInnen haben soll. Inhaftierte werden in „B-Zellen" untergebracht, wenn sie akut selbsttötungsgefährdet sind oder aber Mitgefangene oder WärterInnen attackiert haben. Der Aufenthalt soll eigentlich nur wenige Stunden dauern, in Fällen dauert er jedoch Tage oder Wochen.

Nackt – weswegen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Bundesrepublik vor einigen Monaten verurteilte – oder mit einem reißfesten Nachthemd sitzen die Betroffenen in der kahlen Zelle, allenfalls eine Matratze auf dem Boden, ein Loch im Boden als Toilette.

Ein berüchtigter Sheriff in Arizona (USA) führte rosafarbene Unterwäsche und Handschellen für die seiner Kontrolle unterstehenden Gefangenen ein. Ob das ein Stückweit Inspiration für bundesdeutsche VollzugsjuristInnen und PsychologInnen war auch hier mir der Farbwahl zu experimentieren?

Aus Sicht der Gefangenen mutet es grotesk an, wie sich hier AnstaltsleiterInnen medial profilieren und sich einen „human touch" geben, denn in der Praxis dürfte es den Betroffenen reichlich egal sein, wenn sie, meist mit Gewalt, in das Loch gezerrt, manchmal auch getreten werden, man ihnen die Kleidung entreißt und sie dann ein Nachthemd tragen lässt.

Es lässt sich hervorragend von viel wichtigeren Problemen, wie beispielsweise der Gewalt unter Gefangenen und auch von Seiten des Personals an Gefangenen, ablenken. Was denken denn auch die DurchschnittsleserInnen wohl? Nicht wenige dürften zu dem Schluss kommen, dass es doch so schlimm im Gefängnis nicht sein kann, wenn man sich schon über die Farbgestaltung Gedanken macht. Daher gilt: Rote Karte für rosarote Zellen.



www.freedom-for-thomas.de
(z.Zt. JVA Bruchsal)



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Vorerst keine Überwachungskonkretisierung

Die Regierungskoalition hat ihr umstrittenes Vorhaben zur Erneuerung des ArbeitnehmerInnendatenschutzes aufgegeben. Union und FDP hatten Ende Januar die im Bundestag geplante Verabschiedung des Gesetzes von der Tagesordnung genommen. Vorangegangen war heftiger Protest von Opposition und Gewerkschaften. Das Gesetz sollte die Überwachung am Arbeitsplatz konkretisieren. So war im Entwurf vorgesehen, dass verdeckte Videoüberwachung von MitarbeiterInnen weiterhin verboten bleiben solle, allerdings die offene Videoüberwachung nun eine gesetzliche Grundlage erhält. Ganz vom Tisch wird dieses Vorhaben nun nicht sein, da der Gesetzesvorschlag mit der Prämisse vom Tisch genommen wurde, es in der nächsten Legislaturperiode zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften neu zu verhandeln. Hans-Peter Uhl (CSU) dazu: „Wir haben das Thema endgültig zurückgestellt. Eine Lösung muss in der nächsten Legislaturperiode gefunden werden."

AR

Erzwungene Hilfspolizisten und Pressefreiheit

Am Mittwoch dem 6. Februar klingelte es in aller Frühe bei Christian Mang, der als freier Journalist für die taz und andere Auftraggeber arbeitet. 12 Polizisten standen vor der Tür, unter anderem von den Landeskriminalämtern Hessen und Berlin. Direkt vorgeworfen wird Mang nichts, die Beamten suchten nach Fotos, die Mang am 31. März vergangenen Jahres in Frankfurt am Main gemacht haben soll. An diesem Tag gab es einige Aktionen im Rahmen des Europaweiten Aktionstages gegen die Krisenpolitik der Europäischen Staaten. Das Interesse der Behörden an den Bildern dürfte darin liegen, linke Strukturen zu durchleuchten. Vier Stunden lang dauerte die Durchsuchung seiner Wohnung. Vor allem interessierten die Beamten die Festplatten seines Computers und seines Laptops. Als sie dort eine verschlüsselte Datei fanden, holten sie auch noch Verstärkung des BKA. Am selben Tag gab es noch weitere Durchsuchungen, unter anderem gegen den Fotojournalisten Björn Kietzmann. Beide gaben an, rechtlich gegen die Durchsuchungen vorgehen zu wollen. Insgesamt wurden zeitgleich zehn Wohnungen von Pressefotografen in Frankfurt, Berlin, NRW, Baden-Württemberg und Brandenburg durchsucht. An mehrere Journalisten wurde das Material nun zurückgeschickt. Man sei zuvor nicht davon ausgegangen, dass es sich bei den Durchsuchten um tatsächliche Journalisten handele.

AR

International Day for Privacy

Dieses Jahr fand erstmalig am 23. Februar der International Day for Privacy statt. Weltweit gingen die Menschen auf die Straße um gegen die immer weiter zunehmende Überwachung zu protestieren: Die AktivistInnen erklärten, moderne, zur Überwachung geeignete Technik würde sich immer mehr in das alltägliche Leben einschleichen. Vor allem möchte man sein Augenmerk auf nationale und internationale Überwachungstechnologien legen. Dabei stünden INDECT, SOPA, CETA und die Vorratsdatenspeicherung an vorderster Stelle. Die Aktionen fanden in Deutschland in über 40 Städten statt.

AR

Re-Start: Bundestrojaner

Zwar kamen in der Vergangenheit Bundestrojaner schon zum Einsatz, aber ohne klare gesetzliche Regelungen, und auch ohne das notwendige technische Know-how. Dies soll sich nun ändern: Staatsanwälte wollen zur Aufklärung von Straftaten auch Computer infiltrieren dürfen, um Internet-Telefonie und E-Mail-Verkehr zu überwachen. Auch in der Schweiz verabschiedete nun der Bundesrat eine gesetzliche Regelung zur Anwendung der Spitzeltechnologie. Es sollen dort ähnlich schwammige Kriterien eingeführt werden wie in Deutschland. Demnach sind Online-Durchsuchungen möglich wenn es um eine bestimmte Schwere der Tat geht. In Deutschland baue derzeit das BKA eine Fachgruppe zum Entwickeln einer eigenen Software auf. Dies ging aus einer kleinen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion an die Regierung hervor. Für das Vorhaben müsse die Behörde zunächst einmal geeignetes Personal gewinnen. Laut *bundestag.de* rechnet die Regierung daher damit, dass die Software erst Ende des Jahres 2014 fertig sein wird. Das BKA hatte schon im Jahre 2011 ein Kompetenzzentrum eingerichtet um staatliche Spähsoftware zu entwickeln. Im September 2012 erschien dann ein Stellenangebot des BKA welches eine/n Softwaredesigner/in „zur Konzeption und Entwicklung technischer Überwachungsmethoden bei Straftaten im Zusammenhang mit Computernetzwerken" suchte.

AR

Fehlende rechtliche Regelung für Überwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter

Die Überwachung von entlassenen Sicherungsverwahrten folgt keiner einheitlichen Regelung, sie wurde bis jetzt über die so genannten Polizeigesetze zur Abwehr von Gefahren auf Landesebene geregelt. Im Dezember 2012 empfahl das Bundesverfassungsgericht der Landespolitik eine spezielle Regelung der Dauerüberwachung im Polizeigesetz. Nun will Baden-Württembergs Regierung eine klare Regelung schaffen, da schon im Herbst 2011 der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim erste Zweifel an der rechtlichen Grundlage der Dauerobservation geäußert hatte. Anfang Februar erklärte der VGH in einem Fall aus Lörrach dann ausdrücklich, dass im Land eine Rechtsgrundlage fehle. Der VGH hatte allerdings vor allem damit argumentiert, dass im konkreten Fall keine Gefährdung durch den Mann nachgewiesen sei. Die Gesetzesvorschläge werden sich nun also darum drehen, wie die Gefährlichkeit von Ex-Häftlingen beurteilt werden könne und dann auch eine Dauerüberwachung möglich sei.

AR

Deutschland. Ein Wintermärchen

Bruchstücke des Alltagsrassismus

Eine Zumutung

In der Sendung des *Deutschlandradio Kultur* vom 22. Februar morgens um kurz vor acht geht es um die vielen Roma-Familien, die in letzter Zeit nach Berlin, vor allem nach Neukölln, gezogen sind. Der O-Ton eines ortsansässigen Sozialarbeiters wird gesendet: „Die Kinder von denen [sic!] wissen noch nicht mal, was ein Wasserklosett ist!" Überhaupt sind die Berliner und Neuköllner Behörden überfordert mit den Roma, kann man den Äußerungen einer SPD-Stadträtin entnehmen. Abschieben könne man sie ja nicht, als Staatsangehörige Rumäniens und Bulgariens seien sie schließlich EU-Bürger. Die Moderatorin, eine Frau Wuttke, ergänzt: „Auch die deutsche Wirtschaft, das muss man ja vielleicht in diesem Zusammenhang mal betonen, verdient gut durch die EU-Partner Rumänien und Bulgarien, durch billige Arbeitskräfte vor Ort." Da ist der Zuzug der Roma eben ein Problem, um das man sich auf höherer staatlicher Ebene kümmern muss. Denn: „Es ist ja auch eine Zumutung für die Anwohner, das muss man sagen" sagt die Moderatorin Wuttke. Eine Zumutung. Das muss man sagen.

Wo kommst du denn her?

Eine aktuelle Untersuchung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass MigrantInnen insgesamt deutlich weniger Lohn als ihre deutschen KollegInnen erhalten. Beim Einstieg betrage der Durchschnittslohn ausländischer ArbeiterInnen 64 Prozent, nach acht Jahren 72 Prozent des Gehalts der Eingeborenen. Besonders schlecht werden EinwanderInnen aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens bezahlt, etwas besser Menschen aus Ungarn und Tschechien. Dagegen werden ÖsterreicherInnen, US-AmerikanerInnen, BritInnen und NiederländerInnen nicht selten von Anfang an besser als Deutsche bezahlt.

Taschengeldkürzung für eingesperrte Flüchtlinge

Wie die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 13. Februar berichtet, erhalten ankommende Flüchtlinge in der sogenannten „Erstaufnahmeeinrichtung" im Frankfurter Flughafen-Transitbereich weniger als die Hälfte des vom Bundesverfassungsgericht im Juni 2012 festgesetzten Mindest-Taschengeldes von 137 Euro pro Monat. Das Taschengeld soll eine „soziale und kulturelle Teilhabe" der Asylsuchenden gewährleisten. Das Land Hessen zahlt lediglich 57 Euro und hat dafür eine perfide Begründung parat: Viele Leistungen könnten „aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht abgerufen werden". Schließlich dürften sich die Asylsuchenden „noch nicht außerhalb der Einrichtung bewegen" und hätten also etwa „keine Kosten für Transportmittel". Wer eingesperrt ist, braucht auch kein Geld.

Zusammen ist man weniger allein

***DA*-Kollektiv-Reihe: Eine Reportage aus Berlin und was Adorno mit dem Falschen meinte**

Georg will los: „Es gibt für morgen früh zwei Bestellungen, die noch vertickt werden müssen!" „Alles klar", sagt Patrick, der die Dispo-Schicht gerade von Georg übernommen hat. Dispo steht für Disposition oder Dispatch, für die Arbeit in der Kommunikationszentrale von Fahrwerk, einem Kollektivbetrieb von KurierfahrerInnen in der Warschauer Straße im Berliner Bezirk Friedrichshain. Patrick sitzt vor zwei großen Monitoren, auf denen die aktuellen und die geplanten Kurieraufträge gemanagt werden. Eigentlich wollen wir das Interview anfangen, aber das Funkgerät meldet sich. „Wer ruft?" fragt Patrick. „Hier 2-6. Ich finde den Namen nicht am Klingelschild." Patrick ruft beim Auftraggeber an. Innerhalb von zwei oder drei Minuten hat sich das Problem geklärt: Der Name des Auftraggebers steht nur an einem Briefkasten, nicht an der Klingel. Es ist ein anstrengender Job, bei Fahrwerk in der Dispo zu arbeiten. Obwohl es schon abends ist, klingeln in einer Tour abwechselnd Telefon und Funkgerät. „Ganz schön stressig", sage ich. „Ja" gibt Patrick zu und lächelt.



Auch ein schmaler Grad zwischen kollektiver Freiheit und kollektiver Selbstausbeutung? Das Kurierkollektiv Fahrwerk aus Berlin

Basisdemokratie braucht Zeit

Fahrwerk ist Berlins einziges Fahrradkurierkollektiv und wurde 2009 gegründet. „Es fängt damit an, dass einfach einige Leute in einem Berliner Kurierforum gepostet haben, dass sie unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen sind", erzählt Patrick. Daraufhin sei eine lose Gruppe entstanden, aus der sich schließlich eine Gruppe von Leuten herauskristallisiert habe, die allesamt genug vom Einzelkämpfertum und der harten Konkurrenz untereinander hatten und die deshalb einen solidarischen Kollektivbetrieb gründeten. „Bei uns herrscht ein guter sozialer Zusammenhalt, wir sind miteinander befreundet und machen zum Beispiel auch gemeinsam Ausflüge am Wochenende" sagt Patrick. Andere Dinge haben dagegen nicht so gut geklappt wie erhofft: „Am Anfang dachte ich, bis in drei Jahren könnten wir durchschnittlich 10 Euro pro Stunde verdienen. Derzeit sind es aber leider nur 5 Euro und manchmal ein bisschen mehr." Wenig Geld dafür, bei Wind und Wetter und oftmals unter starkem Zeitdruck mit dem Fahrrad durch Berlin zu düsen.

Das wichtigste Gremium bei Fahrwerk ist das zweiwöchentliche Plenum, an dem sich gegenwärtig etwa 10 der insgesamt knapp 20 Kollektivmitglieder regelmäßig beteiligen. Keine schlechte Quote. Hier werden alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam im Konsens getroffen. Derzeit wird ein ausführlicher Binnenvertrag von einer AG erarbeitet, der die demokratische Mitbestimmung sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder endlich verbindlich regeln soll. „Wir waren alle ziemlich unerfahren, als wir angefangen haben. Es war ein Sprung ins kalte Wasser – learning by doing", sagt Patrick. „Die Entscheidungen, die wir treffen, sind gut durchdacht; dafür dauert alles furchtbar lange." Was Fahrwerk besonders fehlt, meint Patrick, seien mehr Leute mit betriebswirtschaftlichem Sachverstand, insbesondere für ein verbessertes Controlling und für die Neukundenakquise.

Kein richtiges Leben im Privaten

Mit den 31 anderen Berliner Kollektiven, die sich auf der Internetseite *kollektiv-betriebe.org* zusammengeschlossen haben, arbeitet man bei Fahrwerk teilweise gut zusammen. „Insbesondere Hinkelstein Druck hat uns am Anfang tatkräftig unterstützt, wofür wir sehr dankbar sind", sagt Patrick. Synergien zu nutzen innerhalb eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Kollektivbetrieben – scheint das nicht eine geradezu traumhafte Perspektive zu sein auf dem Weg zu einer alternativen, befreiteren Arbeitswelt? Die 32 Berliner Kollektive treffen sich jedenfalls regelmäßig zum gemeinsamen Austausch, seit sie vor gut zwei Jahren eine gemeinsame Konferenz mit dem von Adorno ent- und gewendeten Titel „Das Richtige im Falschen" im ebenfalls als Kollektivbetrieb organisierten Nachtclub ://about blank auf die Beine gestellt hatten.

Der Frankfurter Sozialphilosoph Theodor W. Adorno hatte in einem Aphorismus seiner „Minima Moralia" postuliert, dass es kein richtiges Leben im Falschen gebe. Unter dem Titel „Asyl für Obdachlose" wendet sich Adorno darin gegen das fetischisierte Privatleben in der bürgerlichen Gesellschaft: „Die Kunst bestünde darin, in Evidenz zu halten und auszudrücken, daß das Privateigentum einem nicht mehr gehört, in dem Sinn, daß die Fülle der Konsumgüter potentiell so groß geworden ist, daß kein Individuum mehr das Recht hat, an das Prinzip ihrer Beschränkung sich zu klammern; daß man aber dennoch Eigentum haben muß, wenn man nicht in jene Abhängigkeit und Not geraten will, die dem blinden Fortbestand des Besitzverhältnisses zugute kommt."

Kollektive Ziele

Gut 5 Euro Stundenverdienst sind wohl zu wenig, um jener Not, nämlich dem Zwang zur normalen Lohnarbeit, ganz zu entgehen. Aber auch eine möglichst große Verdienststeigerung gehört schließlich zum „work in progress" bei Fahrwerk, und eben als ein kollektives und nicht privat und vereinzelt verfolgtes Ziel.

Kollektivbetriebe sind in Berlin wieder in. Zuletzt entstand etwa das Veganladenkollektiv Dr. Pogo im Neuköllner Stadtteil Rixdorf. Ob es hier wieder so wie in den 70er Jahren in West-Berlin werden wird, wo im Zuge der Kollektivbewegung Tausende Alternativbetriebe entstanden, ist aber zweifelhaft, zumal eine kritische Auseinandersetzung mit den Gründen für das weitverbreitete Scheitern der Kollektivbewegung bislang nur in Ansätzen stattfindet.

Innerhalb der FAU wird das Thema jedenfalls weiter diskutiert. In einem Positionspapier der FAU Hamburg von 2011 etwa werden folgende Punkte als Zielvorgaben für die gute Praxis von Kollektivbetrieben vorgeschlagen: Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen, die Herstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte, Mitgliedschaft aller Arbeitenden im Kollektiv (keine Lohnarbeit), keine Privatisierung von Überschüssen, gerechte Entlohnung, Transparenz, Kooperation statt Konkurrenz und schließlich das Vorhandensein eines Statuts; also eine schriftliche, rechtsverbindliche Niederlegung der Strukturen und Verfahren eines Kollektivbetriebs unabhängig von der bürgerlichen Rechtsform des Betriebes. Kritisch zu überprüfen, ob und inwieweit heutige Kollektivbetriebe diesem Idealzustand entsprechen, wäre eine überaus wichtige gewerkschaftliche Aufgabe. Indes klingelt bei Fahrwerk wieder das Telefon.

Hedwig Hegel

Scheiß Arbeit am linken Institut

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena haben studentische MitarbeiterInnen im Fachbereich Soziologie begonnen, sich zu organisieren. Die DA *sprach mit einem Mitglied der FAU vor Ort, die die Initiative unterstützt.*

Wie kam es dazu, dass sich die studentischen MitarbeiterInnen organisieren und welche Rolle spielt dabei die FAU?

Ausgangspunkt war die Unzufriedenheit einiger TutorInnen über die mangelnde Stundenzahl, die ihnen berechnet wird. Die TutorInnen bekommen 50 Stunden für das ganze Semester (43 Stunden, sofern sie schon einen Bachelor-Abschluss haben). Die tatsächliche Arbeitszeit liegt aber, selbst wenn sie niedrig angesetzt wird, bei mindestens 130 Stunden. Womit sich der Stundenlohn de facto auf weniger als 2,75 Euro beläuft. Da ich selbst als Tutor gearbeitet habe, war die FAU von Anfang an mit im Boot. Schnell haben sich dann weitere studentische Beschäftigte des Instituts gefunden, welche ebenfalls unzufrieden sind mit ihren Arbeitsbedingungen.

Was sind eure wichtigsten Forderungen?

Grundlegend ist es, zunächst einmal die gesetzlichen Mindeststandards durchzusetzen: Urlaubsanspruch, keine unbezahlte Arbeit, öffentliche Ausschreibung der Stellen, verbindliche Tätigkeitsbeschreibung. Allein dies wurde auf Seiten des Instituts teilweise schon als Versuch der Kapitalisierung und Verrechtlichung der wissenschaftlichen Lebenswelt verstanden. Was umso erschreckender ist, weil sich das Institut nach außen immer als linkes darstellt, wo selbst noch der Kapitalismus als Ganzes kritisiert wird.

Welche nächsten Schritte sind geplant?

Momentan sind wir dabei, die eigenen Positionen zu bestimmen, wobei sich ein zentraler Konflikt zwischen denjenigen, die auf Dialog mit dem Institut setzen und denjenigen, die den Protest ausweiten wollen, schon abgezeichnet hat. Die FAU unterstützt dabei natürlich letztere, da die Probleme viel umfassender sind, als dass sie am Institut gelöst werden könnten und außerdem erstickt ein dröges sozialpartnerschaftliches Vorgehen jedes Protest- und Mobilisierungspotential.

Meldungen aus der FAU

Berlin

Die neu gegründete Foreign Workers' Section der FAU Berlin hat eine Infobroschüre über die wichtigsten Grundzüge des Arbeitsrechts in der BRD erstellt. Sie richtet sich an Neuankömmlinge in Deutschland, die kein Deutsch sprechen und hier arbeiten oder arbeitssuchend sind. Die Broschüre behandelt unter anderem Probleme beim Kündigungsschutz oder der Nichtauszahlung von Gehältern. Sie ist bisher u.a. auf Griechisch, Schwedisch, Dänisch, Türkisch, Tschechisch, Norwegisch, Russisch und weiteren Sprachen verfasst. Sie kann auf der Homepage der FAU Berlin heruntergeladen werden und wird auch gedruckt verbreitet.

Hannover

Am 24. Januar haben sich ein halbes Dutzend AktivistInnen der FAU Hannover zusammen gefunden, um Flugblätter vor dem Biosupermarkt denn's zu verteilen und gegen die Arbeitsbedingungen in der Biobranche zu protestieren. In den Flyern wurde angeprangert, dass denn's die Beschäftigten unter Tarif bezahlt und mit seiner aggressiven Expansionspolitik kleinere Bio-Läden massiv unter Druck setzt. Die Filiale ist seit langem im Stadtteil Hannover-Linden umstritten, da sie als sichtbarer Ausdruck der beginnenden Gentrifizierung wahrgenommen wird.

Hamburg

Am 17. Februar protestierte die FAU Hamburg bei der Geschäftsstelle von Adecco in der Rathausstraße gegen die Geschäftspraktiken bei Eulen und ABB in Cordoba (Spanien). Die Aktion war Teil eines internationalen Aktionstages zur Unterstützung der streikenden KollegInnen bei ihrem Kampf gegen die Unzumutbarkeit der Leiharbeit. 34 ArbeiterInnen des Dienstleistungsunternehmens Eulen, die seit Jahren für spanischen Maschinenbauhersteller ABB in Cordoba arbeiten, befinden sich seit über einem Jahr in einem unbefristeten Streik für gleichen Lohn. Obwohl sie die gleichen Tätigkeiten wie ihre KollegInnen ausgeübt haben, erhielten sie weniger Lohn und es standen ihnen geringere Rechte zu. ABB kündigte nach Streikbeginn den Vertrag mit Eulen und heuerte LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen von Eurocen/Adecco an. Darufhin entließ Eulen die Mitglieder des Streikkomitees sowie sämtliche GewerkschafterInnen unter den Streikenden.

Bundeswehreinsatz im Inneren der Gewerkschaft

Zum Schulterschluss zwischen DGB-Führung und Bundeswehr

Die Freude bei Michael Sommer war groß, als am 5. Februar 2013 der Oberbefehlshaber der Bundeswehr, Thomas de Maizière, an einer Vorstandssitzung des DGB teilnahm. Es war das erste Mal seit 30 Jahren, dass ein deutscher Verteidigungsminister den DGB besucht hatte, ja sogar eingeladen wurde. Nach einem „wirklich tollen Gespräch" (Sommer) soll nun eine neue gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr erarbeitet werden. Man wolle prüfen, in welchem „gemeinsamen Geist" eine künftige Zusammenarbeit gestaltet werden kann. Sowohl Sommer als auch de Maizière zeigen dabei keinerlei Berührungsängste. Während Sommer eine bessere Ausrüstung sowie „Schutz und Achtung" für Soldaten einfordert, verortet de Maizière die Bundeswehr neuerdings im Lager der Friedensbewegung, ohne dass Sommer dem widersprochen hätte. Beide Seiten sind sich nunmehr einig, dass das Verhältnis zwischen bewaffneten Streitkräften und Gewerkschaften einst historisch belastet gewesen sei, dies aber heute keine Rolle mehr spiele.[1]



Einheitsgewerkschaft & Bundeswehr beim gemeinsamen Marsch

Das Auftreten Sommers ist der bisherige Kulminationspunkt einer Anbiederungsstrategie des DGB an die Bundeswehr. Dass Sommer diese schon länger verfolgt, zeigt eine Rede vom März 2011.[2] Bedauernd stellte der DGB-Chef damals fest, dass sich zwischen den Gewerkschaften und der Bundeswehr in den 1960er -und 70er-Jahren lediglich ein „gleichgültiger Frieden" entwickelt habe und seit der Ära Schmidt/Leber faktisch nichts mehr passiert sei, um das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr zu verbessern. Unverständlich bleibt für ihn, wieso es heutzutage unvorstellbar sei, dass ein Gewerkschaftsführer Verteidigungsminister werden könnte. Die Frontstellung der Gewerkschaften habe sich ja nie gegen das Militär an sich, sondern gegen eine konkrete Ausgestaltung gerichtet. Für Sommer steht derweil fest, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr das Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht verschlechtern. Im Gegenteil sogar, dass deutsche Streitkräfte Einsätze auf Grundlage internationaler Mandate durchführen, trage sehr zur Entspannung des Verhältnisses bei. Er selbst wolle sich für eine intensivere Kooperation einsetzen und wies dabei auf die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene hin.

Gereifte Tradition

In welcher historischen Kontinuität steht das Gebaren Sommers und was für eine Gewerkschaftskonzeption ist es, die ihn darin bestärkt? Neu ist zwar die Offenheit, mit der das Bündnis mit den Streitkräften gesucht wird, doch dem ging ein langer Annäherungsprozess voraus. Es ist beispielsweise ein Trugschluss zu glauben, der DGB hätte in seiner Frühphase eine starke Haltung gegen die Remilitarisierung Deutschlands in den 1950er Jahren eingenommen. Als ein paar Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges im Zuge des Kalten Krieges in Westdeutschland eine Debatte über die Wiederbewaffnung entflammt war, befürwortete die Vorstandsebene des DGB eine solche im Gegensatz zur SPD tendenziell schon sehr viel früher. Damit stand sie in Opposition zu einem großen Teil der Bevölkerung, der seiner feindseligen Haltung gegenüber Remilitarisierungsbestrebungen mit dem Slogan „Ohne mich!" Ausdruck verliehen hatte und damit den Beginn der bundesdeutschen Friedensbewegung markierte.

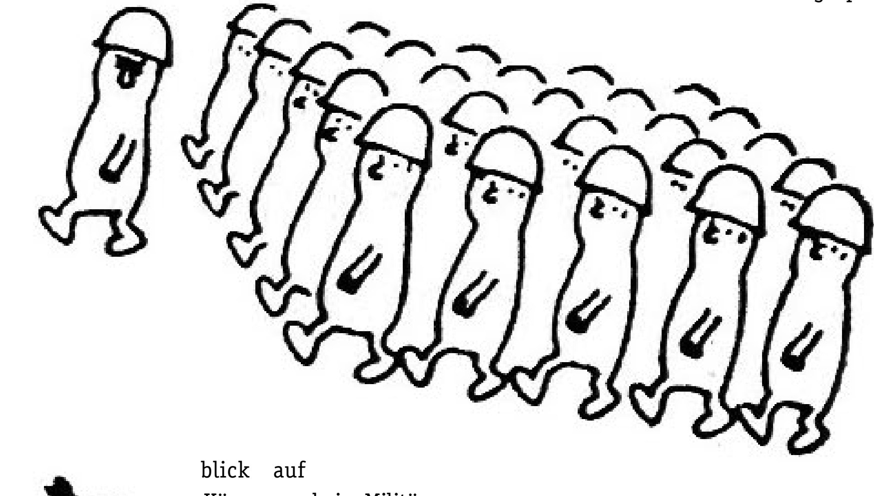
Die erste öffentliche Äußerung des DGB in dieser Frage stammt von 1950 und bekräftigt die grundlegende deutsche Wehrbereitschaft zur „Verteidigung der westlichen Kultur" – jedoch vorerst noch unter der Bedingung eines vereinigten Europa. Zwei Jahre später löste Hans vom Hoff, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Vorstandes, einen innergewerkschaftlichen Streit aus, als er auf einer Pressetagung davon sprach, dass die Entscheidung über die Remilitarisierung einzig und allein Sache des Parlamentes sei. Zudem sei ein deutscher Wehrbeitrag wie eine Betriebsfeuerwehr: Auf beide könne man nicht verzichten. Im gleichen Jahr hatte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter in der Neujahrsausgabe der Wochenzeitung *Welt der Arbeit* in einem Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Mit uns!" konstatiert: „Wem die Freiheit lieb ist, der wird zu Opfern bereit sein".

1954 wurde auf dem DGB-Bundeskongress zwar ein die Remilitarisierung ablehnender Beschluss gefällt, jedoch betonte der Bundesausschuss wenig später, dass der Beschluss von Frankfurt den „Charakter einer reinen Demonstration" trage und den DGB nicht zur Aktivität verpflichte. Ein von nun an immer wiederkehrendes Muster: verbale, symbolische Ablehnung ohne die Bereitschaft, dem auch konkrete gewerkschaftliche Maßnahmen folgen zu lassen. So lehnte der DGB-Vorstand im Herbst 1958 selbst einen völlig harmlosen 5-minütigen Warnstreik gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen mit der Begründung ab, das Volk sei für derartige Aktionen nicht reif. An dem Willen der Bevölkerung hätte es Umfragen zufolge aber nicht gemangelt.[3]

Sozialdemokratische Arbeitsteilung

Die oben beschriebene Handlungsunfähigkeit bzw. -unwilligkeit ist historisch gewachsen und entstammt aus bester sozialdemokratischer Tradition.[4] Die organisatorische Trennung und Kompetenzaufteilung zwischen „politischen" und „gewerkschaftlichen" Aufgaben im Zuge langjähriger Organisationsdebatten innerhalb der Sozialdemokratie hat letztlich Gewerkschaften hervorgebracht, die ihren eigenen Aktionsradius in einem extrem eng gesteckten, apolitischen Rahmen verorten. Das letzte Wort in allen politischen Angelegenheiten steht demnach dem Parlament zu, während sich die Kompetenz der Gewerkschaften auf Lohn- und Tarifangelegenheiten beschränkt. Die Unfähigkeit des DGB, in der Bundeswehr strukturell etwas anderes zu sehen als einen „normalen Arbeitgeber" und Tarifpartner hat viel mit dieser Reduzierung auf das gewerkschaftliche Tagesgeschäft innerhalb eines vorgegebenen Rahmens zu tun. Innerhalb dieses hat sich die Gewerkschaft um wirtschaftliche und soziale Belange der ArbeiterInnen zu kümmern, nicht aber aus eigener Kraft die Rahmenbedingungen selber zu ändern.

Die jüngsten Auswirkungen dieser seichten Denkweise ließen sich etwa 2011 in Kiel beobachten, als Ver.di völlig unkritisch gegen die Schließung des Marinearsenals zum Protest aufrief,[5] oder als die IG Metall 2010 im Hinblick auf Kürzungen beim Militäretat vor geringeren Rüstungsausgaben warnte, um Arbeitsplätze zu schützen. Die Frage nach dem Inhalt der Arbeit sowie dem Sinn und Zweck von Produktion stellte sich dabei vor lauter Borniertheit gar nicht erst. Hier wird wieder jene nationale Beschränktheit sichtbar, die der DGB auch in Lohnfragen stets an den Tag legt.



Der Weg zur gemeinsamen Erklärung

Während antimilitaristisches Gedankengut nach Kriegsende durchaus eine Massenbasis in der Bevölkerung hatte, drang dieses doch hauptsächlich in sozialen Bewegungen außerhalb der Arbeitswelt an die Oberfläche und verlagerte sich so Schritt für Schritt in eine Alternativszene. Der DGB war währenddessen damit beschäftigt, an seinem Einzug in die Kasernen zu arbeiten und den Soldaten gewerkschaftliche Rechte zu verschaffen. Dieses Ziel wurde zum Teil 1966 mit dem sogenannten „Gewerkschaftserlass" erreicht, der Soldaten das Koalitionsrecht und das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung zusprach. 1971 erlangte die ÖTV, eine Vorgängerorganisation von Ver.di, schließlich das volle Werbungs- und Veranstaltungsrecht innerhalb der Kasernen. Später hat man diesen Vorgang als „Großen Friedensschluss" bezeichnet, ganz als ob den Möglichkeiten legaler gewerkschaftlicher Betätigung im militärischen Rahmen nicht schon aus Prinzip sehr enge Grenzen gesetzt wären.

Ein Jahr später ist mit Georg Leber ein Gewerkschafter Verteidigungsminister geworden. Leber gehörte zum rechten Gewerkschaftsflügel und hatte sich schon 1963 dahingehend geäußert, dass man nicht mehr von einer „Willkür der Unternehmer" oder von „Ausbeutung" sprechen könne und trat stets als Fürsprecher eines sozialpartnerschaftlichen Kurses auf.[6] Er war als Verteidigungsminister wegbereitend für die gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr im Jahre 1981, wobei er schon 1977 vor dem deutschen Bundestag konstatierte, dass der „Konsens zwischen Arbeiterschaft und Armee" nunmehr hergestellt sei. Zentrale Gemeinsamkeit beider Organisationen in der Sieben-Punkte-Erklärung von 1981 ist die Selbstverortung als unverzichtbare Ordnungsmacht des demokratischen Staates. Außerdem war man auch hier schon bemüht, den Dienst an der Waffe als friedensstiftend umzudefinieren: „Während der Kriegsdienstverweigerer eine waffenlose Welt erhofft, trägt der Soldat durch sein Mitwirken an der militärischen Abschreckung zu einem Zustand bei, in dem Krieg kein praktikables Mittel der Politik mehr sein kann" (aus Punkt 6 der Erklärung).

Bei so viel Vertrauen in die Wirkung von militärischer Abschreckung mag es verwundern, dass der DGB zu Protesten gegen den NATO-Doppelbeschluss aufrief. Dennoch fand am 5. Oktober 1983 sogar einer der ganz wenigen politischen „Streiks" in der Geschichte der BRD statt: eine 5-Minuten-Auszeit gegen die Nachrüstung. Zuvor hatte sich der DGB-Vorsitzende Ernst Breit entschieden gegen die Durchführung von Streiks ausgesprochen, so wie sie von verschiedenen Untergliederungen der Gewerkschaften gefordert worden waren. Solche Streiks seien rechtswidrig, da sie nicht die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen beträfen. Auch kurz vor dem Ausbruch des Irakkrieges 2003 führten die großen Gewerkschaften aus Protest eine 10-minütige Arbeitsniederlegung durch, doch sollte man nicht glauben, dass sich aufgrund solcher Pinkelpausen für den Weltfrieden ein neues kritisches Verhältnis zum Militär entwickelt hat.[7] Ganz im Gegenteil, nach der Zustimmung des DGB-Vorstands zum völkerrechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr im Kosovo-Krieg 1999 konnte auch die Verwicklung der Bundeswehr in den Luftangriff bei Kunduz in Afghanistan 2009, bei dem bis zu 142 Menschen ums Leben kamen (davon viele Zivilisten, oder passender: ArbeiterInnen) nichts an dem Willen der DGB-Führung ändern, engere Beziehungen mit den Streitkräften anzustreben.

Nicht wahrgenommene Gefahren

Vor dem Hintergrund zunehmender Militarisierung der Außenpolitik aber auch der Militarisierung nach innen, etwa durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 2012, durch das der Einsatz von militärischen Mitteln im Inneren erlaubt wurde, wirkt der neuerliche Schulterschluss von DGB und Bundeswehr gleich noch eine Stufe bizarrer – aber eben nur, wenn man die Dinge nicht durch die sozialpartnerschaftliche Brille betrachtet. Hinzu kommt die stärkere mediale Präsenz der Bundeswehr, die sich durch Rekrutierungskampagnen und Werbung im öffentlichen Raum und in Schulen bemerkbar macht. Ver.di sah sich in diesem Zusammenhang sogar schon genötigt, sich von Protestaktionen u.a. ihrer eigenen Mitglieder gegen die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag 2011 zu distanzieren.

Es gibt außerdem genügend Anzeichen für ein Revival des militärischen Streikbruchs auch in der westlichen Welt. Besonders viel Aufmerksamkeit erregte der spontane Streik der spanischen Fluglotsen im Dezember 2010, wegen dem die Regierung den Ausnahmezustand verhängte und die Fluglotsen anschließend mit militärischer Gewalt zur Arbeit zwang. In Griechenland greift der Staat seit Ausbruch der Krise mehr und mehr in Streiks ein, um die Arbeitsordnung sicherzustellen. Auch in den USA und Frankreich drohten die Regierungen jüngst mit dem Einsatz des Militärs gegen Streikende. Es sind vor allem die neuralgischen Punkte einer Wirtschaft wie die Transportindustrie, an denen der Staat geneigt ist, mit Hilfe des Militärs für Ordnung zu sorgen.[8] Letztendlich wird er es aber überall dort versuchen, wo Entschlossenheit und Stärke der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen ihn dazu herausfordern.

Felix Zimmermann & Christopher Voß

Anmerkungen

[1] *Verteidigungsminister de Maizière zu Gast beim DGB* (Audiomitschnitt des gemeinsamen Pressestatements vom 5. Februar 2013 auf www.dgb.de).

[2] Rede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer am 8. März 2011 an der HSU/UniBwH zum Thema „Die Gewerkschaften und ihr Verhältnis zur Bundeswehr" – Persönliche Aufzeichnungen von Oberst Dr. Uwe Hartmann über die frei gehaltene Rede. Download unter www.hsu-hh.de.

[3] Im April 1958 sprachen sich ganze 52% der westdeutschen Bevölkerung für politische Streiks gegen die atomare Bewaffnung aus, während 83% die Bewaffnung zumindest ablehnten. Siehe Lucy Redler: *Der politische Streik in Deutschland nach 1945*, Hamburg 2004, S. 52.

[4] Siehe dazu: *Wer hat uns verraten...*, in: *DA* 197.

[5] Siehe dazu: *FAU-Kritik an der Kampagne für den Erhalt des Marinearsenals Kiel*, in: *Graswurzelrevolution* Nr. 366.

[6] 1963 ist auch das Jahr, in dem der DGB mit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm dem Klassenkampf endgültig abschwor.

[7] Siehe dazu: *Abschied vom Antimilitarismus. Begrabt die Illusionen über den DGB*, in: *Graswurzelrevolution* Nr. 284.

[8] Siehe dazu: *Die Militarisierung des Arbeitskampfes*, in: *DA* 214.

Literatur/Quellen

Trottenberg, Wilhelm: *Bundeswehr und Gewerkschaften (1945-1966): Ende einer hundertjährigen Feindschaft*, Münster 1995.

Mowinski, Jürgen: *Gewerkschaften und Militär in Deutschland: Zu einem historischen Spannungsverhältnis*, Hamburg 1981.

Krasemann, Peter (Bearb.): *Gewerkschaften und Bundeswehr: Das Verhältnis des DGB zum Militär und die Organisierung von Soldaten*, Frankfurt a.M. 1981.

Die kapitalistische Junta schreitet voran!

Griechenland beschneidet Grundrechte

Dass demokratische Grundrechte im zunehmend autoritären Kriseneuropa immer weniger gelten, ist bekannt. In Griechenland greift die Regierung aus konservativer Néa Dimokratía, sozialdemokratischer Pasok und Dimar (Demokratische Linke) zur Zerschlagung von Streiks nun auf Gesetze der Militärdiktatur (1967–1974) zurück. Nach den rassistischen Massenverhaftungen, den Folterungen und tausenden Abschiebungen von MigrantInnen seit Sommer 2012 und dem folgenden Angriff auf die Infrastruktur der anarchistischen Bewegung, ist dies die nächste Eskalationsstufe zur Absicherung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse.

Nach einwöchigem Streik der Athener Metrobeschäftigten hatte der konservative Ministerpräsident Antónis Samarás am 24.01.2013 die Zwangsrekrutierung der Streikenden angeordnet. Diese hatten trotz eines Gerichtsurteils, das den Ausstand am Tag zuvor für illegal erklärte, ihren Streik zunächst fortgesetzt. Ihr Widerstand richtet sich gegen drastische Gehaltskürzungen, erneute Fahrpreiserhöhungen, Kündigungen und die Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Mit dem Gesetz aus der Zeit der Obristenjunta, das Arbeitskämpfe für illegal erklärt, wenn sie dem nationalen Interesse schaden, gelang es der Regierung den Streik vorerst zu brechen.

Um 4 Uhr früh des 25.01. waren, wie bei den Räumungen der besetzten Häuser Villa Amalias und Skaramangá in den Wochen zuvor, die vermummten polizeilichen Terroreinheiten EKAM in das von den Streikenden besetzte Metrodepot im Stadtteil Sepólia eingedrungen. Diesen wurde dann der sogenannte Marschbefehl - ein amtliches Schreiben zur Zwangsverpflichtung zur Arbeit - überreicht. Wer sich ab diesem Zeitpunkt noch weigerte die Arbeit aufzunehmen, sollte verhaftet und darüber hinaus entlassen werden.

Die Beschäftigten der übrigen Athener Verkehrsbetriebe, die zuvor täglich stundenweise die Arbeit niedergelegt hatten, erklärten zwar ab 7 Uhr in den unbegrenzten Streik treten zu wollen, nachdem jedoch auch der von einem Gericht für illegal erklärt wurde, blieb es bei stundenweisen Arbeitsniederlegungen und einem landesweiten Solidaritätsstreik der Bahnbediensteten am 26. und 27. Januar.

Zur Stimmungsmache war Verkehrsminister Kostís Hatzidákis (ND) in den Tagen zuvor mit falschen Zahlen an die Öffentlichkeit gegangen. Ihm zufolge beträgt das durchschnittliche Monatsgehalt von Angestellten der öffentlichen Verkehrsbetriebe, unter Einbeziehung von Überstunden, Nacht- und Feiertagszuschlägen zwischen 2.167 und 4.095 Euro. Der Vizechef einer Gewerkschaft der Verkehrsbetriebe, ein dort seit 22 Jahren angestellter gelernter Elektriker, legte daraufhin seine Bezüge offen, die sich aus einem monatlichen Bruttolohn von 750 Euro und zwei Zuschlägen von 150 und 120 Euro zusammensetzen.

Der nächste Angriff auf das Streikrecht erfolgte am 6. Februar. Für die Auszahlung ausstehender Löhne, die Unterzeichnung von Kollektivverträgen und gegen eine geplante Schifffahrtsreform, die zu massiven Lohnkürzungen und Massenentlassungen führe, waren die Seeleute seit 31. Januar im Streik. Nachdem Gespräche zwischen ihrem gewerkschaftlichen Dachverband PNO und der Regierung gescheitert waren, verlängerten sie den Ausstand um 48 Stunden. Es gibt „keinen Raum für weitere Diskussionen“, ließ Schifffahrtsminister Kostís Mousouroúlis (ND) verlauten und Regierungschef Samarás schritt erneut zur Zwangsverpflichtung. „Wir werden die Dienstverpflichtung zerreißen und in den Mülleimer der Geschichte werfen“, antwortete Antónis Dalakogiórgos, Präsident der PNO, in einem Radiointerview. Die vollmundige Ankündigung führte zu breiten Solidaritätsmobilisierungen zum Hafen in anarchistischen und linksradikalen Kreisen. Scharfe Kritik an der Notstandsverordnung kam von der stalinistischen KKE, in deren Gewerkschaftsfront PAME viele Seeleute organisiert sind. Auch die stärkste Oppositionspartei, die Linksallianz Syriza, verurteilte das Vorgehen der Koalition. Ihr Abgeordneter Panagiótis Lafazánis nannte die Regierung eine „Junta des Kapitals auf Kosten der Arbeiterklasse“. Die Gewerkschaftsdachverbände GSEE und ADEDY erklärten sich solidarisch mit den Seeleuten und riefen für Mittwoch zum Generalstreik in Athen auf.



Quelle: Vera Drake

Die Metro ist noch immer das wichtigste Transportmittel in Athen

In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar begann die Polizei dann im Hafen gegen Streikende vorzugehen. Unter dem Druck von Zwangsrekrutierung und MAT-Sondereinsatzkommandos, nahmen die Seeleute ihre Arbeit auf. Eine Solidaritätsdemonstration von über 10.000 Menschen wurde schon wenige hundert Meter außerhalb des Hafens von starken Polizeikräften gestoppt und löste sich auf. „Wenn die Regierung so weitermacht“, sagte ein Demonstrant, „wird bald ganz Griechenland per Zwangsverpflichtung an den Arbeitsplatz geschleift. Dann holen sie dich morgens mit der Pistole im Rücken zu Hause ab und bringen dich zur Arbeit.“

Was 2010 mit der Zwangsrekrutierung spanischer Fluglotsen und griechischer Tanklastwagenfahrer begann, wird immer alltäglicher. Ganz ohne Panzer wird der Angriff der kapitalistischen Junta auf das Streikrecht durchgesetzt.

Ralf Dreis

Vier gewinnt

Einführung der Vier-Tage-Woche in Gambia

Gambia ist eines der ärmsten Länder der Welt. Laut des United Nations Development Programms leben 60 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, wodurch der autoritär regierte Kleinstaat auf Platz 168 von 194 des Human Development Index steht. Auch im Zuge von Wirtschaftskrisen gab es einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts: Schlechte Erträge aus der Landwirtschaft, stagnierender Tourismus, zurückgehende Geldüberweisungen von ehem. Gambiern – die Hauptsäulen des Haushalts, bezüglich dessen mittlerweile 22 Prozent zur Schuldentilgung aufgebracht werden muss. Auch Analphabetismus und eine geschätzte 40-prozentige Jugendarbeitslosigkeit machen der Bevölkerung zu schaffen.

Bei solchen Zahlen ist es kaum zu glauben, auf vermeintlich fortschrittliche Prozesse in der Arbeitswelt zu stoßen. Doch seit dem 1. Februar gilt in Gambia für den öffentlichen Dienst eine 4-Tage-Woche, verfügt durch den islamistischen Präsidenten Yayha Jammeh. Der vom Spiegel einst als „Präsident Gnadenlos“ betitelte Herrscher putschte sich 1994 als jüngster Staatschef mit 29 Jahren an die Macht, führte die Scharia als geltendes Recht ein und erregte mehrfach die internationale Aufmerksamkeit: Ob nun durch persönliches Aids-Heilen per Handauflegen und einem selbstgemixten Gebräu, unter der Voraussetzung das Aids-Erkrankte ihre Medikamente absetzen würden, oder über die Vollstreckung sämtlicher Todesurteile, wenn die Kriminalitätsrate nicht zurückgehen würde – Jammeh ist mitnichten zum Wohltäter mutiert. Auch die Verkürzung der Arbeitswoche entpuppte sich schnell als Finte. Während die reguläre Arbeitszeit bei acht Stunden täglich lag, also von 9-17 Uhr, liegt sie nun bei 10 Stunden, also bei 8-18 Uhr – die 40 Stundenwoche bleibt also erhalten. Weshalb gerade der Freitag zum „Beten und Ausruhen“ dienen soll, wo er gleichzeitig postuliert, dass am Samstag verloren gegangene Arbeitszeit bei Bedarf nachgeholt werden kann, bleibt schleierhaft. Womöglich gibt es auch gar keinen tieferen Sinn. Die Devise „Zurück auf das Land und anbauen, was wir essen und essen, was wir anbauen“ steht angesichts der Landwirtschaftspolitik ebenso im Zwielicht. Gambia, zu dessen Haupterzeugnissen Erdnüsse zählen, exportiert diese massenhaft. Gleichzeitig wird nicht ausreichend Reis, welcher ein Grundnahrungsmittel darstellt, angebaut, wodurch in der Vergangenheit der teure Import nötig wurde. Es lässt sich nur mutmaßen, ob der selbstherrliche Machthaber womöglich davon überzeugt ist, durch die Arbeitszeit-Umstrukturierung gegen Hunger ankommen zu können, weil nun mehr selbstständiger Anbau stattfinden würde und man sich teure Importe ersparen könne. Allgemein ist den meisten BeobachterInnen schleierhaft welche Intentionen hinter dieser Handlung stecken. Jermaine Jackson, Bruder des verstorbenen Popidols Micheal Jackson lobt Jammeh als „sehr, sehr echten Menschen“. Seine Vier-Tage-Woche mag vielleicht „echt“ sein, die Verkürzung von Arbeitszeit, in der mehr Zeit „zum Beten und Ausruhen“ bleiben soll, ist es jedoch nicht.

Sebastien Nekyia

Prekärer Aufstand

In Italien wehren sich migrantische ArbeiterInnen

Als er vor zehn Jahren nach Italien kam, hatte sich der aus Ägypten stammende Mohamet Arafat seine Zukunft im Land der „dolce vita“ sicherlich anders vorgestellt. Nach seinem Hochschulabschluss in Ägypten war der Sohn einer Lehrerin und eines Ingenieurs nicht etwa aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa gekommen, sondern um – wie er selbst sagt – Erfahrungen zu machen, sein eigenes Leben zu leben.

Was er allerdings vorfinden sollte, war keineswegs das erwartete Paradies, sondern blankes Elend: zunächst Hunger und Ausbeutung als Arbeiter im Orangenanbau in Süditalien, dann vom Regen in die Traufe in das norditalienische Piacenza, wo er in einem Logistikzentrum der TNT anheuerte.

Entgegen der in Aussicht gestellten acht Stunden pro Tag, wurden die ArbeiterInnen oft nur für wenige Stunden am Tag, je nach Bedarf beschäftigt und verdienten oft somit nicht mehr als 2-300 Euro im Monat. Gleichzeitig gab es Arbeitsspitzen, in denen das Doppelte des tatsächlich beschäftigten Personals nötig gewesen wäre. Die Überlastung führte zu häufigen Erkrankungen. Gleichzeitig hielt der prekäre Arbeitsalltag der ArbeiterInnen (die zudem zu 90 % aus dem nichteuropäischen Ausland stammten) die Bereitschaft sich zu wehren niedrig. Im Gegensatz zu Mohammet Arafat dürfte die meisten seiner KollegInnen bei Verlust des Arbeitsplatzes nicht etwa eine mögliche Rückkehr in den heimischen gehobenen Mittelstand, sondern das Nichts und eine hungernde Familie erwartet haben.

Um jedoch die Angst der KollegInnen zu verringern, begannen Mohammet und eine Handvoll MitstreiterInnen ihre KollegInnen – allem voran die verschiedenen Nationalitäten – zu vereinen. Hierzu besuchten sie ihre KollegInnen zu Hause oder luden sie zu sich ein, um über die verschiedenen Probleme am Arbeitsplatz zu sprechen und sich auszutauschen.

Nachdem es ihnen gelungen war, die KollegInnen größtenteils zu einen, versuchten sich die ArbeiterInnen an eine Gewerkschaft zu wenden. Was zunächst einfach schien, da die migrantischen ArbeiterInnen durchaus Gewerkschaften frequentierten, sollte sich letztlich schwerer darstellen als erwartet. Für beide Seiten beschränkte sich der Kontakt zumeist auf Dienstleistungen, wie das Ausfüllen von Formularen oder Hilfe in Fragen des Ausländerrechtes. Auch schienen viele Gewerkschaften nicht gerade kampfwillig zu sein. Mit Hilfe der SI Cobas (Sindacato Intercategoriale Cobas – Lavoratori autorganizzati) gelang es ihnen jedoch letztlich zu streiken und durch die strategische Blockade der Werkstore dem Unternehmen empfindliche Schäden zuzufügen. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: am Ende des Arbeitskampfes erwirkten Mohammet und seine KollegInnen die Anerkennung des nationalen Tarifvertrages, Lohnerhöhungen, dreizehnten und vierzehnten Monatslohn, Urlaub und Freistellungen für gewerkschaftliche Arbeit. Auch ausserhalb von TNT hatte der Konflikt seine Wirkung. Seit dem Arbeitskampf demonstrieren die MigrantInnen von Piacenza alle zwei Wochen. Auch wurde versucht, den Kampf auf andere Betriebe wie die Supermarktkette Esselunga, den Kurierdienst SDA und den Paketdienst GLS auszuweiten. Letzten Endes gelang es durch die vielfachen migrantischen Arbeitskämpfe sogar den Giganten IKEA – bei dem ArbeiterInnen mit mehr als 30 Nationalitäten arbeiten – in die Knie zu zwingen und die Anerkennung des Nationalen Tarifvertrages sowie der Würde und der gewerkschaftlichen Vertretungen der ArbeiterInnen durchzusetzen. Was ähnlich begann, wie der italienische heiße Herbst von 1969, hat sich für die migrantischen ArbeiterInnen in einen Hauch arabischen Frühlings verwandelt. Es bleibt zu hoffen, dass sich vielleicht auch die italienischen ArbeiterInnen ein Beispiel nehmen und anstatt vergangenen Ritualen nachzuhängen den heißen Herbst der Vergangenheit überlassen und sich einem Frühling neuer Kämpfe öffnen.

Lars Röhm

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Griechenland – Generalstreik, Repression und Selbstverwaltung

Am 20. Februar kam es zum 27. Generalstreik seit der Unterzeichnung der Sparauflagen. Aufgerufen hatten eine Vielzahl verschiedener Organisationen. Allein in Athen sprachen die Gewerkschaften von 80.000 Menschen auf der Straße. Die konservative Regierung forciert indes die Aushebung bestehender Betriebs- und Branchentarifverträge, auch soll nach neueren Erwägungen das Streikrecht erheblich eingeschränkt werden. Die Spannungen sind groß zwischen Politik und Bevölkerung. Doch neben der permanenten Auseinandersetzung ist auch von ökonomischer Schöpfung durch ArbeiterInnen zu berichten: In Thessaloniki produziert der Baustofferzeuger „Vio-me" seit dem 12.02. in Selbstverwaltung. Die Belegschaft entschloss sich zu diesem Schritt infolge einer Besetzung, nachdem die Besitzer die Fabrik verließen und ein Handeln der Ministerien, die man um Unterstützung gebeten hatte, ausblieb.

Spanien – eine Feuerwehr mit Statements

Als die spanische Feuerwehr zum Krisenhelfer gemacht werden sollte, reichte es ihr. Nun weigern sie sich unter dem Motto „Wir retten Menschen, nicht Banken", Zwangsräumungen zu vollziehen. Vorangegangen war ein Fall am 18. Februar in La Coruna, wo man sich weigerte, eine Haustür aufzubrechen, um eine 80-Jährige, die eine Monatsmiete nicht gezahlt hatte, ihres Wohnumfeldes zu entreißen. Die Politik verwarnte die ansässige Feuerwehr, woraufhin diese allerdings beschloss zukünftig die Beteiligung an solchen Aktionen prinzipiell abzulehnen. Nur wenige Tage später erklärten ihre Katalanischen KollegInnen und die andalusische Feuerwehr-Gewerkschaft ähnlich vorgehen zu wollen. Die weitere Entwicklung bleibt zu beobachten.

Kolumbien – mehr Kohle für die Kohle

Seit dem 29.November letzten Jahres ziehen sich die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung hin. Seit Anfang Februar sind sie im Streik: die Beschäftigten von El Cerrejon, einer der größten Tagebauzechen der Welt. Gut die Hälfte der 12.000 Angestellten befindet sich in Leiharbeit. Doch ist das nicht der einzige Grund, warum die fest Beschäftigten mit 98,5 % für den ersten Vollstreik seit Bestehen der Kohlegrube stimmten. Auch weil 12-Stunden Schichten und niedrige Löhne zu ihrem Alltag gehören, schreiten sie nun zur Wehr. Nicht zuletzt geht es ihnen zudem um 700 Fälle nicht anerkannter Berufserkrankung durch das Management. Viele der Kumpels leiden unter Lungenproblemen.

Indien – größter Streik seit 1947

Ein Subkontinent steht still: Alle elf großen Gewerkschaften des Landes riefen auf zum Generalstreik am 20. und 21. Februar. Anlass war die zeitgleich stattfindende Haushaltstagung des indischen Parlaments. In ihr wurde beraten, wie Indiens Volkswirtschaft angekurbelt werden solle (und auf wessen Kosten). Neben einer Absage der Streikenden an eine weitere Teuerung ihrer Lebenssituation, forderten sie zudem einen Mindestlohn, sowie unbefristete Beschäftigungsverträge für die landesweit mehr als 50 Millionen LeiharbeiterInnen. Der Ausstand war vor allem im öffentlichen Nahverkehr und im Bankensektor zu spüren. Kurz darauf zeigten sich viele Regionalregierungen und Indiens Arbeitsminister zwar gesprächsbereit, welche Motivation dahinter steckt, bleibt allerdings fragwürdig.

Iran – ErdölarbeiterInnen legen Arbeit nieder

In einem Land, wo es eigentlich keine Gewerkschaften gibt, macht mindestens eine und gleichzeitig auch die wichtigste Branche immer wieder von sich reden: Anfang Februar traten im Südwestiran rund 600 ÖlarbeiterInnen erneut in den Streik, nachdem ihr Verhandlungsführer von der Unternehmensleitung entlassen wurde. Genaue Informationen aus diesem „abgeschotteten" Land zu beziehen bleibt aber - vor allem auf diesem Gebiet - leider eher schwierig.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

Schneesturm, Strategie und Sexismus

Die IWW trifft sich in Boston

Alle zwei Jahre kommen die aktiven Organizerinnen und Organizer der Industrial Workers of the World (IWW) zusammen, um ihre Erfahrungen im Arbeitskampf, aus Kampagnen und ihre Strategien auszutauschen und voneinander für zukünftige Kämpfe zu lernen. Anfang Februar fand der diesjährige sogenannte *Organizing Summit* in Boston statt. Ein Schneesturm sorgte allerdings für Chaos, da die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr fuhren, das Befahren der Straßen verboten wurde und daher viele angemeldete TeilnehmerInnen, u.a. auch Noam Chomsky, nicht kommen konnten. Durch Improvisation wurde das Programm angepasst und das Privathaus einer der Koordinatoren der Veranstaltung spontan zum Tagungsort umfunktioniert, bei dem auch alle Teilnehmenden untergebracht wurden, da ihnen der Transport zu anderen Übernachtungsmöglichkeiten polizeilich untersagt wurde.



Quelle: ucblibrary3.berkeley.edu/Goldman/Documents/fx-2i.jpg

Trotz der widrigen Umstände konnte ein konstruktiver und erkenntnisreicher Austausch organisiert werden, bei dem in Kleingruppen und im Plenum, in Workshops und in Trainings über eine Vielfalt von Themen diskutiert wurde. Von der strategischen Planung von Kampagnen, über die wirksame Einbeziehung direkter Aktionen bis hin zur sinnvollen Organisierung von Zuliefererketten. Außerdem gab es formelle und informelle Treffen verschiedener Arbeitsgruppen, wie dem Netzwerk aller Organisierungskomitees im Lebensmittel- und Einzelhandelbereich, der Kommission für Internationale Solidarität, dem Organisierungskomitee der TrainerInnen und dem Komitee Widerstand gegen das Patriarchat in der IWW. Beim interaktiven Workshop zur direkten Aktion ging es vor allem darum, wie man ganz konkret den Boss davon abhalten kann, das zu bekommen, was er will, bis wir das erhalten, was wir wollen. Der Sieg ist dann wahrscheinlich, wenn es das Unternehmen mehr kosten würde Widerstand gegen unsere Kampagne aufrechtzuerhalten als Zugeständnisse zu machen. Beispiele hierfür sind nicht nur Besetzungen und die darauf folgende Umwandlung in Selbstverwaltung, sondern auch die Taktik des Sekundärdrucks. Hierzu gehört etwa das Einbeziehen von Zulieferer-Ketten, etwa indem man Geschäftspartner dazu bringt Lieferungen zu stoppen. Druck kann natürlich auch auf involvierte PolitikerInnen oder allgemein mit Hilfe der Öffentlichkeit ausgeübt werden. Die zentrale Frage hierbei ist, wie wir als Angestellte in einem Betrieb Macht aufbauen und Legitimation schaffen sowie Solidarität unter unseren KollegInnen entwickeln können.

Strategie des „Scaling up"

Im Plenum wurden auch einige der „Vorzeige"-Kampagnen vorgestellt, etwa bei der weltweiten Kaffeehauskette Starbucks oder dem amerikanischen Sandwich-Franchise Jimmy John`s. Hierbei wurde auch über die Taktik des *Scaling up* gesprochen. *Scaling up* meint, die Kampagne über die Unternehmensgrenzen hinweg auf den gesamten Industriezweig auszuweiten. Das steht im Gegensatz zu *Scaling down*, wo der einzelne Betrieb oder die einzelne Niederlassung eines größeren Unternehmens im Mittelpunkt steht. Wenn jedoch in vielen verschiedenen Niederlassungen des selben Unternehmens organisiert wird, wird aus taktischen Gründen oft statt allein des IWW-Logos eher das Label einer „Unternehmensgewerkschaft" benutzt, wie etwa im Falle der „Starbucks Worker's Union", zur einfacheren Identifizierung für neue Mitglieder. Eine andere Möglichkeit des *Scaling up* ist die Organisierung eines ganzen Sektors. Innerhalb der IWW etwa, gibt es ein USA-weites Netzwerk für den Lebensmittel- und Einzelhandelsbereich, deren Mitglieder basisdemokratisch gemeinsame Strategien entwickeln und im regelmäßigen Austausch stehen, um koordinierte Aktionen auf die Beine zu stellen. Hierfür ist es wichtig, etwa durch Organizer-Trainings, immer wieder OrganizerInnen zu produzieren, was besonders in Franchiseunternehmen aufgrund der ähnlichen Problemlagen sinnvoll ist. In solchen Trainings lernt man, wie man strategisch organisiert, seine KollegInnen anspricht, Risiken antizipiert und im Kollektiv erfolgsgerichtet plant. Zur systematischen Verbreitung dieser Trainings gibt es ein eigens für diesen Zweck eingerichtetes Koordinationskomitee. Mittlerweile gibt es in fast jeder Ortsgruppe TrainerInnen. Dadurch wird an immer mehr Arbeitsplätzen in den USA, aber mittlerweile auch in Europa, Kanada und Australien organisiert, ohne dabei jedesmal bei Null anfangen zu müssen.

Mitglied sein und auch bleiben

Durch erfolgreiche selbstgeführte Arbeitskämpfe wächst natürlich auch die Mitgliederzahl. Zumindest vorübergehend. Oft wurde jedoch die Erfahrung gemacht, dass beendete Kampagnen schnell auch das Ende der Mitgliedschaft einiger neuer Mitglieder bedeutet. Hierfür haben Ortsgruppen in Kalifornien ihre eigene Methode der Mitgliederbetreuung entwickelt, die sie mit den Anwesenden teilten. Hier ging es vor allem darum, wie man neue Mitglieder in die IWW einbindet und wie man die Mitgliedschaft durch politische Bildung und gemeinsame Freizeitaktivitäten attraktiver und sinnvoller gestaltet, so dass sich alle mit der IWW identifizieren können, gern auch zu Arbeitstreffen kommen und nach der Anmeldung auch langzeitlich aktiv bleiben. Sinn und Zweck dieses Gruppenbildungsprozesses ist es, die IWW kontinuierlich qualitativ und quantitativ aufzubauen und zu stärken. Es ist wichtig, dass die Mitgliedschaft den ArbeiterInnen einen Mehrwert gibt. Und zwar nicht nur ideologisch und sozial, sondern auch ganz konkret materiell. Viele Mitglieder sind zur IWW gekommen, weil sie sich der Basisgewerkschaftsbewegung, dem Anarchismus oder dem Syndikalismus ideologisch nahe fühlen. Doch die Erfahrung zeigt, dass diese Art der ideologischen Gemeinschaft nicht ausreicht, um emanzipatorisch und ganz konkret am Arbeitsplatz zu organisieren. Wichtig ist es auch durch direkte und strategisch geplante Aktionen materielle Vorteile zu verschaffen. Und zwar nicht nur für einen besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch und vor allem für die Widerherstellung der Würde und die Erlangung des Respekts. Bei diesem Ansatz geht es vor allem um das Ziel, sich aus dem Sumpf der „Szene" zu befreien und die Rolle einer emanzipatorischen Gewerkschaft ernst zu nehmen, die zu mehr fähig sein sollte als nur hoch theoretische Diskussionsrunden zur Verherrlichung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert zu veranstalten - zu der sowieso nur die immer gleichen Verdächtigen kommen.

Inklusion und Exklusion in der Gewerkschaft

Doch auch zum *Organizing Summit* kamen fast ausschließlich jene üblichen Verdächtigen. Der Großteil der Anwesenden waren weiße, studierte Mittelschichtjungs. Die meisten Anarchisten. Das ist natürlich an sich erstmal nicht schlecht. Wenn man sich jedoch überlegt, dass in den prekären, unterbezahlten Arbeitsplätzen, die sie organisieren, in den USA vor allem nichtakademische MigrantInnen, People of Colour und Frauen überrepräsentiert sind, fragt man sich, warum diese auf der Tagung kaum zu sehen waren. Das wurde glücklicherweise des öfteren thematisiert und auch nach Auswegen aus dem Teufelskreis gesucht. Es scheint jedoch schwer zu fallen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen gendergerechter Sprache und nicht zu akademischen Ausdrucksweisen. Kürzlich hat sich bezüglich des Genderthemas zumindest das „Patriarchy Resistance Committee" gegründet, das das Machtgefälle zwischen Männern und anderen Geschlechtern aufzuheben sucht. Allerdings widmen sich hauptsächlich Frauen dieser anstrengenden und mühevollen Aufgabe, während Männer die wirklich spannenden Dinge verwirklichen, Verantwortlichkeiten übernehmen und sich als Organizer weiterbilden. Somit reproduziert sich noch einmal dieses ungleiche Verhältnis, da der Kampf gegen Sexismus Zeit und Kraft beansprucht, die sonst in die Aktivitäten investiert werden könnten, die die Männer derweil machen können. Bezüglich der „szene-fremden" Menschen wurde jedoch leider nicht sehr viel gesagt. Bei der abschließenden Reflektionsrunde gab es jedoch einige Kommentare, die deutlich machten, dass viele ihre KollegInnen nicht zu so einer Veranstaltung wie dem Summit mitbringen würden, da sie sich nicht wohl, sondern ausgeschlossen fühlen würden in diesem Paralleluniversum der vegan-essenden, sich mit Geschlechtskodierungen anredenden und nahezu ausschließlich Englisch sprechenden Leute. Das Organizer-Training etwa gibt es bis heute nicht auf Spanisch, trotz der großen und wachsenden Anzahl lateinamerikanischer MigrantInnen in der Arbeiterklasse in den USA. Es ist interessant, wie die Art der Bemühungen eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, in der etwa alle Geschlechtsidentitäten sich willkommen fühlen, dazu führt, dass sich wieder andere, die diese Sprache nicht kennen, entfremdet und nicht dazugehörig fühlen und somit einmal mehr eine emanzipatorische Veranstaltung, die Menschen handlungsfähig macht, ohne sie stattfindet.

Myrto Adrianopoulou

„Wir schließen uns zusammen"

Ein Gespräch über Syndikalismus und Peronismus in Argentinien

Neben der spanischen Confederación Nacional del Trabajo (CNT), war die argentinische Federación Obrera Regional Argentina (FORA) die vielleicht weltweit einflussreichste syndikalistische Organisation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vielen ist sie durch die tragische Geschichte des „Aufstand in Patagonien" bekannt, die von Osvaldo Bayer recherchiert, aufgeschrieben und verfilmt wurde. Doch auch heute noch existiert die argentinische Schwestergewerkschaft der FAU.
In der Nähe des weltberühmten Stadion der Boca Juniors, liegt ihr Lokal in einem ärmeren Viertel des Stadtteils, in das sich TouristInnen und Auswärtige eher selten verirren. Das Lokal ist seit vielen Jahrzehnten im Besitz der Organisation und war einst der Sitz der FORA-Hafenarbeitergewerkschaft. Die DA sprach dort mit Néstor, einem Telekommunikationsarbeiter, der der „FORA Zona Norte", aus der Provinz Buenos Aires, angehört und Ramón, einem Drucker, der in dem Gewerkschaftslokal wohnt und für dessen Instandhaltung zuständig ist, über Syndikalismus, und Peronismus in Argentinien.



Quelle: Robert Ortmann

Dominant: Die peronistischen Gewerkschaften in Argentinien

Könnt ihr zunächst auf die momentane soziale und wirtschaftliche Situation in Argentinien eingehen?

Néstor: Die Lage ist besser als vor 10 Jahren, als die aktuell regierende Strömung des Peronismus an die Macht kam. Die Regierung stößt aber nun an ihre Grenzen. Die sozialen Konflikte nehmen an Schärfe zu, weil die wirtschaftliche Strategie, auf welche die Regierungen von Cristina Fernández de Kirchner und Néstor Kichner im letzten Jahrzehnt gesetzt haben, zunehmend an Wirksamkeit verliert. Dieses Modell setzt auf einen beständig wachsenden Export von Soya. Aktuell sind aber keine Zuwächse mehr zu verzeichnen.

Viele Lohnabhängige haben begonnen ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation in die Öffentlichkeit zu tragen. Es gibt eine sehr hohe Inflation in Argentinien, wodurch die Einkommen entwertet werden. Die Regierung erkennt die tatsächliche Inflationsrate und damit auch die Entwertung der Einkommen aber nicht an. Dies erzeugt großen Unmut, auch weil die Steuerregelungen nicht entsprechend angepasst werden. Die Inflation frisst die Gehälter der ArbeiterInnen und die Regierung verschärft die Situation durch ihre Ignoranz noch zusätzlich.

Ramon: Die Regierung hat eine klientelistische Sozialpolitik betrieben und populistische Maßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel die Verstaatlichung der Live-Übertragungen aller Spiele der ersten Fußballliga. Nun haben sie weniger zu verteilen. Das Geld, was sie ausgeben, kompensiert nicht mehr die Beträge, die sie den Leuten abnehmen, damit solche Dinge aus den öffentlichen Haushalten finanziert werden können. Aber wenn sie kein Geld mehr haben, mit dem sie die Leute ruhig stellen können, droht eine erneute soziale Explosion wie 2001.

Néstor: Diese Sozialpläne haben die Funktion eines Beruhigungsmittels gegen die Arbeitslosigkeit. Damit haben sie die sozialen Bewegung der Erwerbslosen zunächst entwaffnet und dann vereinnahmt. Früher haben die Erwerbslosenorganisationen (Anm. d. Übers.: die sogenannten „Piqueteros") diese Gelder eingefordert. Sie blockierten Straßen, um Sozialpläne für die Erwerbslosen zu erzwingen. Heute verwalten die Gemeinden die Sozialpläne. Sie geben den Erwerbslosen eine Aufgabe, die eigentlich ein Gemeindearbeiter oder eine Gemeindearbeiterin machen sollte, wie die Säuberung der öffentlichen Plätze oder das Kehren der Straßen. Die Gelder, mit denen dies finanziert wird, werden den Rentenfonds entnommen.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Prekarisierung. Nach offiziellen Zahlen sind 40 % der Arbeitsplätze prekär. Wenn das schon die offizielle Zahl ist, dann kannst du dir ausmalen wie hoch erst die realen Zahlen sein müssen. Ein großer Teil dieser prekarisierten ArbeiterInnen hat keinen Bezug zu Gewerkschaften. Aber die prekarisierten Lohnabhängigen, die in der Industrie arbeiten, die haben nach wie vor einen Beziehung zu ihnen.

Wie steht es um die Gewerkschaftsfreiheit in Argentinien?

Ramon: Sie existiert nicht.

Néstor: Schon seit über 20 Jahren fordert die International Labour Organisation (ILO) der Vereinten Nationen Gewerkschaftsfreiheit in Argentinien ein. Das Land hat die entsprechenden internationalen Abkommen unterzeichnet, hält sich bis heute aber nicht daran. Nach wie vor ist eine perverse Gesetzgebung aus den 1960er Jahren in Kraft. Sie schränkt die Möglichkeit der Arbeiterorganisationen an Tarifverhandlungen teilzunehmen ein, wenn diese nicht staatlich anerkannt sind. Dies ist ein Erbe der peronistischen Gewerkschaftsbewegung, der politischen Bewegung innerhalb des Gewerkschaftsdachverbandes Confederación General del Trabajo (CGT).

In Argentinien gibt es eine Gewerkschaft für jeden Teilbereich der Wirtschaft, die als Mehrheitsgewerkschaft gilt und offiziell anerkannt ist. Dies ist immer eine der peronistischen Gewerkschaften. Bei den Gewerkschaftswahlen versucht die Linke ihnen stets diese Positionen streitig zu machen. Bis heute ist dies aber niemals gelungen, denn wenn eine Gewerkschaft die Wahl gewinnt, die in Opposition zum Peronismus steht, dann setzen sie deren Mitglieder unter Druck, damit sie die Gewerkschaft verlassen oder gründen eine Parallelgewerkschaft unter selbem Namen, die dann die Position dieser Oppositionsgewerkschaft einnimmt. Außerdem versucht die Linke sich als Opposition in den peronistischen Gewerkschaften festzusetzen. Aber bei den internen Wahlen kommt es dann immer wieder zu Manipulationen. Sie kommen einfach und nehmen die Wahlurne mit. Sie setzen auch auf Einschüchterung, Gewalt und solche Dinge. Durch diese mafiösen Machenschaften wird garantiert, dass immer Peronisten die einflussreichen Posten besetzen. Dies sind seit langem übliche Praktiken innerhalb der argentinischen Gewerkschaftsbewegung.

2010 wurde der Student Mariano Ferreyra erschossen. Er hatte einen Konflikt für die Rechte der ArbeiterInnen im Eisenbahnsektor unterstützt. Die Proteste richteten sich gegen Outsourcing-Maßnahmen und deren Folgen für die Beschäftigten. Für den Mord angeklagt und vor Gericht gestellt, wurden schließlich die Führer der Gewerkschaft der Eisenbahner. Dieser Fall zeigt die Allianz zwischen dem Staat und diesen Gewerkschaften beispielhaft auf: Im Prozess wurde unter anderem aufgedeckt, dass der Arbeitsminister dem Gewerkschaftsführer empfohlen hatte, dafür zu sorgen, dass Peronisten die wichtigen Positionen im Betrieb einnehmen sollten, damit kein Raum für die Linke bleibt, die den Arbeitskampf der ausgegliederten ArbeiterInnen vorangetrieben hatte.

Wie ist die aktuelle Lage der FORA in diesem sozioökonomischen und politischen Umfeld?

Ramon: Es ist schwierig. Du kommst an diesen Mafiagewerkschaften, die mit den Bossen kooperieren, kaum vorbei. Es ist aber wichtig eine Alternative hierzu zu etablieren und zwar in Form der Vollversammlung. Das ist etwas, was sie ablehnen. Wenn es dann doch einmal Versammlungen gibt, dann werden sie von immer den gleichen Delegierten, die mit den Bossen gemeinsame Sache machen, dominiert. Diese kooperieren auch mit der peronistischen Gewerkschaft und der Arbeitskampf endet dann, wenn diese Gewerkschaft es sagt, nicht wenn die Versammlung es entscheidet. Wir müssen mit dieser Delegiertenkultur des Peronismus brechen. Dieser Idee einer „erleuchteten Person", eines Caudillo, der kommt und uns alle führt. Dieses Modell haben die meisten ArbeiterInnen verinnerlicht. Wichtig wäre demgegenüber eine horizontale Versammlung zu etablieren, wo Partizipation erzeugt werden kann. Wo ein radikaler Arbeitskampf entsteht, der so lange geführt wird, bis die Forderungen erfüllt sind.

Wir schließen uns zusammen und versuchen Betriebsgruppen zu bilden, über die wir Einfluss am Arbeitsplatz ausüben können. Aber es gibt eine Menge Faktoren, die dem im Wege stehen. Das ist unser Kampf heute: Versammlungen im Betrieb zu organisieren und darüber Partizipation zu entwickeln. Was wir vorschlagen sind gewerkschaftliche Aktivitäten am Arbeitsplatz, ohne die peronistische Gewerkschaft, deren Mitglied wir aber gleichzeitig sein müssen. Wir haben keine andere Wahl, denn jede gewerkschaftliche Aktivität, hinter der nicht eine offizielle Gewerkschaft steht, ist ein Kündigungsgrund.

Syndikalismus in Argentinien heute. Was ist das? Welche Konzepte und Möglichkeiten habt ihr?

Ramon: Der Peronismus hat der FORA als gewerkschaftliche Organisation in den 1940er Jahren den Gnadenstoß versetzt. Einige Jahrzehnte später haben die GenossInnen wieder bei null angefangen. In den letzten zehn Jahren konnten wir einige Erfahrungen nach dem „try and error"-Prinzip sammeln Wir haben versucht Aktivierungsprozesse am Arbeitsplatz anzustoßen, ohne dabei unsere Prinzipien aus dem Blick zu verlieren. Gewerkschaftliche Arbeit in Argentinien ist nicht absolut unmöglich. Es ist eben nur sehr schwierig etwas außerhalb der offiziellen Strukturen zu machen. Wenn du Delegierter werden möchtest, kannst du Delegierter werden. Wenn du eine betriebsinterne gewerkschaftliche Kommission gründen möchtest, ist auch dies möglich.

Néstor: Aber dies alles eben nur im Rahmen der offiziellen Strukturen. Die Organisationsform ist vorgegeben. Aktuell ist die FORA eine dem Syndikalismus nahe stehende Organisation. Sie erfüllt nicht alle Merkmale des Syndikalismus. In ihr organisieren sich ArbeiterInnen aus verschiedenen Branchen in Gruppen, die wir „sociedades de resistencia" nennen (Anm. d. Übers.: Entspricht den „Allgemeinen Syndikaten" in Deutschland). Früher war dies die übliche Form der gewerkschaftlichen Organisation in Argentinien. Durch den Peronismus und die peronistische Gesetzgebung wurde sie aber verdrängt. In diesen Gesetzen sind Regelungen enthalten, die diese Organisationsform behindern. So können zum Beispiel die ArbeiterInnen einer Branche keinen Streik aus Solidarität mit den ArbeiterInnen einer anderen Branche durchführen. Solidaritätsstreiks sind verboten. Wir haben Mitglieder in der Bildungsbranche, in der Druck- und Grafikbranche und in anderen Branchen, aber unsere Dachorganisation sind diese „sociedades de resistencia".

Interview: María Robbiano und Robert Ortmann

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien)
Cordoba und Pilar de la Horadada: Vier neue Gewerkschaftssektionen.
Trotz der harten und ernstzunehmenden Angriffe des spanischen Staates gegen die Arbeiterklasse gründen sich immer neue anarchosyndikalistische Betriebsgruppen der CNT. In Cordoba gibt es eine neue Sektion beim Unternehmen EULEN im Hospital Reina Sofia. Eine weitere Sektion findet sich neuerdings im Unternehmen CLECE, das ArbeiterInnen im Bereich der häuslichen Pflege unterhält. In Pilar de la Horodada gründeten sich ebenso zwei neue Sektionen, eine am Gymnasium Mar Menor und eine im Unternehmen Abad & Asociados, das ArbeiterInnen im Bereich der Haus- und Wohnungsverwaltung beschäftigt.
Granollers: IMESAPI entlässt vier ArbeiterInnen.
Nach einer Vereinbarung zwischen dem Unternehmen IMESAPI und einem Streikkomitee der CNT und CGT, bei der die Rücknahme von Massenentlassungen und die Beibehaltung der Tarifverträge von 2012 beschlossen worden war, hat sich das Unternehmen nun für den 36-tägigen Streik gerächt und vier ArbeiterInnen entlassen. Die CNT ruft zu neuen Mobilisierungen auf. Der Fall wurde bei der Demonstration am 15. Februar thematisiert, die im Rahmen der Kampagne „¡Que el paro no te pare!" abgehalten wird.

FORA (Argentinien)
Buenos Aires: Entlassungen bei Ramon Chozas.
Das im Kunstgewerbe tätige Unternehmen Ramon Chozas hat zwei ArbeiterInnen entlassen, die beide Mitglied der FORA sind. Der einzige Grund bestand im Versuch sich selbst zu organisieren. Außerdem hat das Unternehmen Anzeige gegen vier ArbeiterInnen erstellt, die vor dem Eingang eine Solidaritätsaktion abhielten. Die Entlassung der ArbeiterInnen geschah mit dem Einverständnis der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsbürokratie, die sich zufrieden darüber äußerte, dass „gefährliche" ArbeiterInnen ausgeschaltet werden. Die FORA wird ihren Kampf solange fortsetzen bis die ArbeiterInnen wieder eingestellt wurden und die sozialpartnerschaftlichen Parteien die Unterdrückungsmaßnahmen beenden.

SolFed (Großbritannien)
Drei neue Syndikate.
Wie auf der Delegiertenkonferenz der Solidarity Federation am 24.01.2013 bekannt gegeben wurde, hat die britische Sektion der IAA drei neue Syndikate anerkannt, nämlich in Calderdale, Hastings und der Gegend um Solent (Südküste Englands). Hinzu kommt eine Initiative in Belfast, deren Ziel es ist, bei der nationalen Konferenz im April dieses Jahres als eigenständiges Syndikat anerkannt zu werden.

USI (Italien)
Mailand: 244 Arbeitsplätze in Gefahr.
Das San Raffaele Krankenhaus in Mailand ist von den rücksichtslosen Kürzungsmaßnahmen des italienischen Staates bedroht. 244 ArbeiterInnen sollen entlassen und der erst kürzlich abgeschlossene Tarifvertrag gekündigt werden. Die von den Streichungen betroffenen GenossInnen der USI kämpfen gemeinsam mit den KollegInnen anderer Gewerkschaften gegen diese Maßnahmen.

Zeit der Manifeste

Der Widerstandskämpfer Stephané Hessel hat es vorgemacht: Mit „Empört euch!" hat er ein streitbares, wenn auch gar nicht so radikales Manifest abgeliefert, dass sich binnen kürzester Zeit millionenfach verkaufte. Neben dem „Unsichtbaren Aufstand" gilt es als eine der wichtigen inhaltlichen Grundlagen der sozialen Protestbewegungen in der Krise.

Es war kaum anders zu erwarten, Manifeste erleben seitdem eine Art Renaissance: Zahlreiche dünnseitige (und oft auch inhaltlich dünne) Pamphlete erschienen zu vergleichsweise geringem Preis, die Parolen – vernetzt euch, engagiert euch, organisiert euch... - wurden teilweise hohle Phrasen. Man muss sich angesichts dieser Dünnbuchwelle fragen, warum eigentlich die gute alte Broschüre – selbe Menge Inhalt, geringerer Preis – kein Revival feiert.

Nichtsdestotrotz: Ein aktuelles lesbares Manifest wäre etwas Tolles und Brauchbares. Auch aus anarchistischer Perspektive gibt es dazu Versuche. Anlässlich der zweiten Anarchistischen Buchmesse in Mannheim, bei der die *Direkte Aktion* als Medienpartner mit im Boot ist, präsentiert die Redaktion Hintergrund zwei solcher libertärer Manifeste, die ausdrücklich als Einladungen zur Diskussion geschrieben wurden und der Diskussion auch wert sind: *Die libertäre Gesellschaft* von Gerd Stange entwirft dabei eine utopische Gesellschaft von morgen, während sich Oskar Lubin in *Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen* um eine Bestandsaufnahme und eine strategische Neuorientierung bemüht.

Redaktion Hintergrund

Gerd Stange:
Die libertäre Gesellschaft. Grundrisse einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.
Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2012.
ISBN 978-3000397035.
78 Seiten, 6,80 Euro.

Die Wahrheit von morgen

Gerd Stange formuliert eine libertäre Utopie

Gerd Stange, Aktivist seit den 1970er Jahren, kehrt in die politische Bewegung zurück mit einem Text, der deutlichen Manifest-Charakter hat und in dem er eine Lanze für die Utopie bricht – eben mit dem Zitat Victor Hugos, dass die Utopie die Wahrheit von morgen sei.

Revolutionär Neues muss man dabei nicht erwarten – und vielleicht ist das auch vollkommen in Ordnung so, denn die alten Ideen und Utopien sind ja nun teilweise so verschütt gegangen, dass es ein durchaus lohnenswertes Projekt darstellt, diese noch mal in Erinnerung zu rufen und neu zu kombinieren – gerade in einer Zeit, in der Utopien als „utopisch" gelten.

Mut zur Utopie

Dass sie das nicht sind, hat der Frankfurter Sozialwissenschaftler Alex Demirovic mal auf den Punkt gebracht, als er betonte, dass die VertreterInnen des Neoliberalismus im Gegensatz zur Neuen Linken Mut zur Utopie bewiesen hätten – und ihre Utopie dann eben auch durchgesetzt haben.

Gerd Stange schlittert dabei allerdings manchmal nur haarscharf an der Grenze zwischen der Formulierung einer Utopie und einem Utopismus vorbei: Der Utopismus der FrühsozialistInnen, der ab den 1840er Jahren vermehrt von der aufkeimenden Arbeiterbewegung kritisiert wurde, war eben nicht nur die Formulierung einer Welt von morgen, sondern in vielen Beispielen eine sehr konkrete Formulierung von Einzelpersonen die dann – im Kern autoritär – genauso von den arbeitenden Massen vollzogen werden sollte, ohne dass sie sich selber in die Ideendebatte einbringen konnten. Die Idee der Demokratie war hier noch keineswegs selbstverständliches Element der sozialen Bewegungen.

In diesem Sinne stößt Stange manchmal mit seinen sehr konkreten Vorschlägen – bei denen zu betonen ist, dass es sich eben um Vorschläge handelt, die nicht von heute auf morgen realisierbar sind – über das Ziel hinaus: Etwa, wenn er ein recht eindeutiges Bezahlungssystem vorschlägt, in dem jeder das gleiche verdient und aber darüber hinaus, sozusagen für „Luxus", aber ohne die Möglichkeit der Akkumulation (der Anhäufung von Reichtum), mehr arbeiten und damit auch mehr verdienen darf. Oder aber auch mit dem Vorschlag eines (wenn auch individuellen) Kontingents an Bildungsstunden – mir persönlich will es ehrlich gesagt nicht in den Kopf, dass „Bildung" überhaupt in Einheiten aufgeteilt und verteilt werden muss. Das misst die Bildung schon mit heutigen Wertverständnissen. Gerd Stange umgeht das Problem – sowohl der Bezahlung wie auch des zugestandenen Bildungskontingents – damit, dass er Arbeitspflicht, Bildungsrecht und Bezahlung jeweils mit so niedrigen (im ersten Fall) oder hohen (bzgl. Bildung und Bezahlung) Zahlen ansetzt, dass sich Protest dagegen erübrigen würde. Dennoch: Bei allem Mut zur Utopie ist ein wenig Realismus angebracht, und der sagt uns, dass diese Zahlen nicht sofort erreicht werden können. Und wenn diese nicht erreicht werden, heißt das, die Bezahlung oder auch die Möglichkeiten der Bildung müssten reglementiert werden. Hier wäre eine Diskussion zu führen, wie dies unter der Beteiligung aller überhaupt möglich wäre, ohne gleich wieder in ein neues Herrschaftsverhältnis abzurutschen.

Gerd Stange

DIE LIBERTÄRE GESELLSCHAFT

Grundrisse
einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus

Mythen über die Arbeiterklasse

Wie viele – wohl die meisten – Linken und Libertären beruft Gerd Stange sich auf Geschichte und Tradition. Das ist in erster Linie die Geschichte der Arbeiterbewegung. Und da sich die verschiedenen linken und libertären Traditionen immer auch auf verschiedene Geschichten berufen, besteht auch bei Stange hier ein Abgrenzungsbedürfnis, um die Tradition neu zu formulieren: „Die traditionelle Linke bezieht sich auf die Arbeiterklasse, worunter sie diejenigen versteht, die einen Arbeitsplatz haben und gewerkschaftlich organisiert sind" (S.15). Nanu? Das mag vielleicht dem Umstand geschuldet sein, dass linkslibertäre Strömungen nicht als „traditionelle Linke" gelten oder aber auch dem, dass Gerd Stange sich nahezu zwei Jahrzehnte aus einer entsprechenden Diskussion herausgehalten hat, aber es ist eigentlich nicht neu, dass die „Arbeiterklasse" keineswegs nur aus Berufstätigen und erst recht nicht nur aus GewerkschafterInnen besteht. Neben Anti-Atom-Protesten und den Protesten gegen den Irak-Krieg 2003 waren immerhin die größten sozialen Proteste der 2000er Jahre die Proteste gegen die Hartz-Gesetzgebung. Und die wurden teilweise, wenn auch zum Leidwesen vieler Beteiligter, von sehr, sehr traditionellen „Linken" begleitet.

Worauf Stange hinaus will, ist freilich das Spannungsverhältnis mit den Neuen Sozialen Bewegungen, das es zu überwinden gälte. Und wenn man als „Arbeiterbewegung" die großen, korporatistischen Gewerkschaften im Auge hat, ist hier tatsächlich einiges im Argen: Wir müssen uns nur mal den Konflikt zwischen ArbeiterInnen in den Atomkraftwerken und den zu Recht zahlreichen VerfechterInnen des Atomausstiegs vor Augen halten oder – noch deutlicher – die Verlautbarungen aus den Reihen der DGB-Gewerkschaften zum Thema Bundeswehr.

Mit der daraus resultierenden Ablehnung der Berufung auf eine solche Tradition baut Gerd Stange dann teilweise eine schon fast absurde Argumentationskette auf: „Viele Tätigkeiten und Aktivitäten finden allein oder im Verein statt, die ohne Lohnarbeit auskommen. Man nehme zum Beispiel das Engagement, mit dem zahlreiche junge Menschen das freiwillige soziale, ökologische oder europäische Jahr machen. Sie bekommen ihren Lebensunterhalt annähernd bezahlt, ohne Lohnarbeiter zu sein. Trotzdem leisten sie Erstaunliches. Oder gerade deswegen" (S.32).

Hier fehlt leider vollkommen die Einbettung in eine Kritik des Kapitalismus: Gerd Stange hatte zuvor, ganz richtig, das Genossenschaftswesen dahingehend kritisiert, dass es nach wie vor in kapitalistischer Konkurrenz steht und zur Selbstausbeutung tendiert. Im selben Sinne ist es doch – und es gibt ja auch zahlreiche entsprechende Kritiken von Freiwilligendiensten – überdeutlich, dass FSJ, FÖJ etc. Lohnarbeitsstrukturen sind, die dazu noch von einer Überausbeutung geprägt sind. Stange selbst schreibt das ja sogar: Die Bezahlung reicht „annähernd" für den Lebensunterhalt. Und folglich sind FSJler u.ä. eindeutig LohnarbeiterInnen – hier wird lediglich die rechtliche und die politische Kategorie durcheinandergeworfen. Jedenfalls sind diese Strukturen staatlich subventionierter Überausbeutung bestimmt nicht geeignet, um aus ihnen eine Utopie zu formulieren.

Ein solches Verständnis von „Arbeiterklasse" war noch nie richtig und es ist letztlich auch nicht das „traditionelle", sondern ein in Weimarer Zeit mit ihren Rationalisierungsdebatten aufkommendes Klischeebild, das insbesondere von kommunistischen Parteien aufgenommen wurde und auch in den 1960er und 1970er Jahren als „Proletkult" fröhliche Urstände feierte – daher wird Gerd Stange es sicherlich auch haben. Nichtsdestotrotz war es schon immer schlicht falsch. Und aus einer Kritik an dieser Sicht formuliert Stange dann auch, dass die „klassenlose Gesellschaft" nicht Ziel des Kampfes des Proletariats sei – sondern daraus lediglich eine neue Klassenherrschaft resultieren könne – und zieht sodann den Nationalsozialismus als Beispiel einer Herrschaft von vielen über wenige heran (S.47).

Kurz: Aus einem begrenzten Klassenbegriff resultiert die Annahme eines begrenzten Ziels des Klassenkampfs. Die Schlussfolgerung ist – in jedem Fall – eine Untauglichkeit des Klassenbegriffs. Die Konsequenz daraus ist für Gerhard Stange die vollkommene Verwerfung des Klassenbegriffs. Die syndikalistische Schlussfolgerung wäre eine andere Formulierung des Klassenbegriffs.

Syndikalistische Aspekte

Das waren letztlich in der Geschichte immer zwei: Ein relativ eng an Marx orientierter, der die Arbeiterklasse an den Aspekt der Besitzlosigkeit und der daraus resultierenden Notwendigkeit zum Verkauf der Arbeitskraft definierte, und der an dem Punkt der Betonung einer Arbeitermacht, die zu direkter Aktion und zum Generalstreik befähigt, über Marx hinausging; sowie ein kultureller, der die Errungenschaften der Arbeiterbewegung, aber auch soziokulturelle Aspekte wie gemeinsame wirtschaftliche Lage, in den Mittelpunkt stellte. Kann Gerd Stange auch an diese Position anschließen? Oder: Kann ein aktueller Syndikalismus an Stange anschließen?

Ja, denn in der Gesamtbetrachtung ist Gerd Stanges *Die libertäre Gesellschaft* trotz der erwähnten Mankos durchaus lesens- und auch diskutierenswert. An dieser Stelle die Kritikpunkte hervorzuheben, ist auch deutlich dem Wunsch von Autor und Verlag geschuldet, über den Text in die Diskussion zu kommen. Und wenn Gerd Stange in seinen manchmal zu konkreten Zukunftsvisionen eine doppelte Netzstruktur mit einem „regionalen Netz zwischen Gleichen" und einem „inhaltlichen Netz zwischen Verschiedenen" vorschlägt, knüpft er damit an die Doppelstruktur syndikalistischer Gewerkschaften (Branchen- und Regionalstruktur) an. Besonders deutlich wird die Anschließbarkeit im Aspekt der Sozialisierung des Eigentums: Gerd Stange macht deutlich, dass es nicht einfach reicht, einige „selbstverwaltete Projekte" zu haben, die vor sich hinwurschteln. Heutige „autonome Strukturen" wie etwa linke Zentren leiden zumeist daran, dass eine ebenso „autonome" Clique sie verwaltet, die Regeln bestimmt und das Ganze zu einem Szeneloch versumpfen lässt. Gerd Stange schlägt für solche „autonomen Strukturen" neutrale Prüfungskommissionen vor (S.43).

Das klingt autoritär, ist es aber nicht, im Gegenteil: Wenn man den Anspruch ernst nimmt, dass irgendwann alles allen gehören soll, dann darf man keine Cliquen dulden, die allein ihre Interessen durchsetzen, sondern benötigt basisdemokratische Kontrollinstanzen, die den gesamtgesellschaftlichen Anspruch aufrechterhalten. Denn Anarchie ist ja schließlich nicht Chaos, sondern, wie es so schön heißt „Ordnung ohne Herrschaft".

Teodor Webin

Seien wir unmöglich, versuchen wir das Realistische!

Oskar Lubin erfindet den „Anarchopragmatismus"

Fallen wir ruhig mal mit der Tür ins Haus, denn der Aufschrei ist vorprogrammiert: Im achten Abschnitt seiner Streitschrift fordert Oskar Lubin „solange das Parteiensystem besteht, eben trotz Stasi-Vergangenheit vieler Führungskader die Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke zu suchen, wenn es um die Abschaffung von Hartz IV und anderer neoliberaler Zumutungen oder um die Durchsetzung der Vermögenssteuer geht".

Das sind Töne, die man aus spezifisch anarchistischen Publikationen selten hört. Und Oskar Lubins *Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen* ist sehr spezifisch anarchistisch. Der Autor baut seine gesamte Argumentation ausschließlich auf anarchistischen Schriften und Diagnosen auf. Wie kann man dann, so werden nicht wenige fragen, um Himmels Willen auf die Idee kommen, mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten? Ist das nicht schon bei der Russischen Revolution, bei der deutschen Revolution, bei der Spanischen Revolution ... schiefgegangen?!

Man sollte Lubin nicht falsch verstehen, dieses Missverständnis fürchtet er auch selbst und betont mehrfach, dass es sich eben nicht um einen Wahlaufruf handele. Aber: Es macht eben doch einen Unterschied, „an wen und wofür die Rosa-Luxemburg-Stiftung Stipendien verteilen kann [...] oder ob Presseförderungen an feministische Zeitschriften gehen oder gestrichen werden, ob Frauenhaus-, Asyl- und Weltladeninitiativen Geld bekommen oder nicht". Und daraus schließt Lubin eben nicht nur die Notwendigkeit einer punktuellen Zusammenarbeit mit der Linkspartei, sondern viel allgemeiner „mit Pro Asyl gegen die restriktive Flüchtlingspolitik", „mit medico international und Südwind für linke Positionen in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit", „Umweltstandards einfordern mit Robin Wood, BI Lüchow-Dannenberg" usw. – kurz und gut, es geht um die im Titel der Schrift angemerkten „Allianzen". Denn „ohne Allianzen – temporäre, zweckgebundene, strategische Bündnisse mit den Unzufriedenen etablierter Kräfte – drohen selbst die beeindruckenden Bewegungen plattgemacht und von noch regressiveren, konservativen Kräften erdrückt zu werden".

Gegenwartsanalyse

Oskar Lubins leidenschaftliches Plädoyer für neue Allianzen über die Grenzen des Anarchismus hinaus, basiert auf seiner Gegenwartsanalyse aus libertärer Sicht: „Sich [...] einzugestehen, weder in der Gegenwart noch in naher Zukunft Teil einer Massenbewegung zu sein oder sich auch nur in einem den libertären Ideen wohl gesonnenen gesellschaftlichem Umfeld zu befinden, muss der Ausgangspunkt auch für strategische und taktische Überlegungen sein". Dabei gibt der Autor zu, dass sich das gesellschaftliche Klima offenbar schon verändert hat, während er an seiner Zeitschrift arbeitete, denn die Mobilisierungen der Jahre 2011 und 2012 angesichts der Krise, insbesondere der Massenerfolg der Texte David Graebers, ließen den Schluss zu, der Anarchismus befinde sich im Aufwind. Aber weit gefehlt: Der Anarchismus, selbst bei Zunahme an Projekten, Organisationen, Webpages und sogar Personen, bleibt vorerst eine Randerscheinung und hat keinerlei gesellschaftliche Relevanz.

Der Begründungen dafür gibt es viele, und einige spricht Oskar Lubin sehr konkret an: Da wäre zum einen das „Schmoren im eigenen Saft". „Wir sind echt nicht viele / und wir werden auch nicht mehr/ ein paar springen ab, ein paar kommen dazu /und ein paar laufen hinterher" sang der autonome Liedermacher Yok Quetschenpaua vor zwei Jahrzehnten – aber anstatt das zu ändern, wurde weiterhin lieber dem autonomen Lifestyle gefrönt. Libertäre Räume, so schließt Lubin, sind heute „oft überreguliert". Das beurteilt er jedoch nicht nur negativ: Das ist mit Ausgrenzungsmechanismen verbunden, aber auch ein „Ringen um die richtigen Regeln, das jedem Sozialismus, auch dem libertären, immer eigen" ist.



Zum zweiten befindet sich der Anarchismus heute in unsympathischer Nachbarschaft: Angesichts der Pervertierung des Begriffs der „Freiheit" als marktradikaler Ideologie durch Liberale, konservative „Freiheitliche" und vor allem durch die sogenannten „Libertarians" plädiert Lubin strategisch für eine linkslibertäre Identität. Wenn sich der Kapitalismus selber als anarchistisch fantasiert, müsse man deutlich betonen, dass man etwas anderes im Sinne hat: Also die Gleichheit – nicht eine bestehende, sondern eine als Ziel formulierte politische und rechtliche Gleichheit, „das sozialistische Moment" müsse unbedingt betont werden.

Und das heißt für Lubin auch: „Ein strategischer Anarchismus heute sollte sich keinesfalls aus der Geschichte der Linken herausschreiben lassen". Es geht eben nicht nur um eine Sitzbeschreibung im Parlament, sondern tatsächlich um gemeinsame Ziele, Wünsche und Strategien: Lucien van der Walt u.a. haben nicht umsonst, einen eurozentrischen Ansatz kritisierend, deutlich gemacht, dass global gesehen der Anarchismus in vielen Ländern weit einflussreicher als der autoritäre Sozialismus war (vgl. *DA* 209, S.12 f.), Bernd Hüttner von der Rosa-Luxemburg-Stiftung betonte kürzlich erst, dass Anarchismus und insbesondere der Anarchosyndikalismus „zum Kanon linker Geschichte" gehören. In Deutschland muss man die Geschichte des Anarchosyndikalismus unweigerlich mit der Geschichte und den Spaltungen der Sozialdemokratie in Kontext setzen – von heute aus gesehen ist es eben keine „Notwendigkeit", dass sich der sozialdemokratisch-reformerische Weg durchgesetzt hat. Und um anarchistischer Theorie und Praxis zur Anerkennung zu verhelfen, ist es lohnenswert, zu betonen, dass die anarchistische Option immer bestand – um daraus folgern zu können, dass sie auch heute noch besteht.

Post-was-auch-immer

Mittlerweile, spätestens seit dem Erfolg David Graebers, ist es recht deutlich: Poststrukturalistische Ansätze sind im Gegenwartsanarchismus nicht gut angesehen. In diesem Sinne wird sicherlich ein zweiter Aufschrei folgen, denn die Referenzen Lubins auf den Poststrukturalismus sind eindeutig, auch wenn er sie nicht zitiert. Er spricht sogar sehr deutlich von einem „Postanarchismus". Dabei muss man sicherlich deutlich betonen, dass „Postanarchismus" in Analogie zu „Postmoderne" oder auch „Postsozialismus" eben nicht anti- meint, sondern die undogmatische Weiterentwicklung. Und man muss, um Lubins Vorschläge zu teilen, auch nicht Anhänger poststrukturalistischer Theorien sein, um Lubin zuzustimmen. Denn schließlich kritisiert auch der Autor Vorschläge aus dem poststrukturalistischen Spektrum, kann dem aber ebenso Gutes abgewinnen: Die Kritik der Repräsentation – der Vertretung also – wird hier direkt aus dem Anarchismus fortgeschrieben. Die Konsequenz der „PostanarchistInnen" allerdings, dass keinerlei organisatorische Arbeit mehr möglich sei, teilt Lubin nicht. Im Gegenteil: Wenn der Anarchismus sich weiter entwickeln will, muss er organisatorisch tätig bleiben, und wenn dies nicht aus eigener Kraft geht, dann eben in „Allianzen". „Allianzen" setzen voraus, dass man auch die Unterschiede untereinander wahrnimmt, und diese Unterschiede sind es ja eben, die für den Anarchismus immer Argument waren, nicht vertreten werden zu wollen, andererseits aber auch nicht allein zu handeln: „Gleichheit als Ziel erfordert Differenzierungen im Weg". Oder, um mit antisozialistischen Begrifflichkeiten der FDP dieser zu widersprechen: Gleichmachen statt „Gleichmacherei". Das setzt ein gewisses Maß an Toleranz voraus, die eben nicht nur verschiedene Lebensweisen, sondern auch verschiedene inhaltliche Ansichten umfassen muss.

Auch hier geht es in erster Linie nicht um eine wahre oder unumstößliche Theorie, sondern um eine Theorie, die aus der Praxis entsteht: Die Prämisse ist, nach der Analyse eines schwachen Anarchismus, diesen zu stärken. Und die Antwort ist: Raus aus „Szeneghettos", rein in die Gesellschaft, rein also auch in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, rein in die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die fernab des Anarchismus stattfinden bzw. ihn bislang ausschließen.

„Rein in die Kräfteverhältnisse!"

Es geht also schlicht um „eine Frage der konkreten Erfahrung". Rolf Cantzen beschrieb vor eineinhalb Jahrzehnten in seinem Buch *Weniger Staat – mehr Gesellschaft* die Kritik spanischer Anarchistinnen an ihren männlichen Genossen: „Wenn sie Männer sind, sind sie keine Anarchisten mehr". Dem folgend könnte man heute sogar polemisieren: Wenn sie gesellschaftliche Relevanz erlangen, sind sie keine Anarchisten mehr. Sobald ein bekennender Anarchist kommunalpolitisch, wissenschaftlich oder im Betrieb Erfolge erringt und mit erklärten Nicht-AnarchistInnen diskutieren muss, geniert er oder sie sich wegen seiner/ihrer politischen Identität. Lubin erklärt letztlich auch, dass dies nicht so sein müsse. Mit seinem Ansatz kann man AnarchistIn bleiben, auch wenn man in der Lage ist, politisch etwas zu verändern oder gar politische Erfolge errungen hat. Denn: „Anarchistische Positionen sind notwendig, damit ein radikal Anderes denkbar bleiben kann und damit das Nicht-Einverständnis mit der Welt [...] einen utopischen Ausdruck findet. Aber sie sind auch notwendig, um Arbeitskämpfe nicht nur um höhere Löhne zu führen, um systematischen Diskriminierungen nicht nur mit Gleichbehandlungsbeauftragten zu begegnen und der Atomenergie nicht nur mit Windrädern". Angesichts der Vorschläge Lubins wird so manch eineR „Reformismus" wittern, doch letztlich geht es Lubin nicht um eine Umwälzung durch Reformismus, sondern um Reformen, die das Leben verbessern, so lange die Umwälzung noch nicht da ist. Nahtlos schließt er dabei an Rudolf Rockers *Der Kampf ums tägliche Brot* an oder auch an Noam Chomskys Reformoffenheit. Nicht umsonst nennt Lubin als positives Beispiel die Satzung des Allgemeinen Syndikats der FAU Berlin.

„Direkte Aktion ist [...] das trotzige Beharren darauf, so zu handeln, als wäre man bereits frei" argumentierte David Graeber in den Diskussionen über Occupy für den Anarchismus. ‚Aber wir sind nun mal nicht frei!' protestiert Oskar Lubin, ‚die größte Lüge, die sie je verbreitet haben, behauptet, wir seien frei'. Diese Zeile aus dem „Postmodern Protest Song" der Band Daddy Longleg, die ich dem Autoren in den Mund legen möchte, weist auf die zentrale Problematik hin, die Lubin thematisiert: So zu handeln, als wäre man bereits frei, führt nicht immer so direkt ans Ziel, wie man es von einer Direkten Aktion erwarten sollte. Und wenn dieses Kriterium nicht erfüllt ist, sollte man es wagen, andere Wege zu gehen: Anarchismus, Aktivismus, Allianzen.

Torsten Bewernitz

Oskar Lubin:
Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen. Kleine Streitschrift für ein Upgrading.
Edition Assemblage, Münster 2013 (im Erscheinen).
ISBN 978-3-942885-43-0.
Ca. 104 Seiten, 9,80 Euro.

Patriarchales Erbe

Hartz IV ist sicher

Dass es gilt, Arbeit abzuschaffen und man lieber heute schon selbstbestimmt auf der Parkbank sitzen und die Eichhörnchen füttern solle, anstatt auf die offizielle Erlaubnis dazu mit 67 zu warten, wissen wir nicht erst seit gestern. Dass wir mit dieser Ansicht aber scheinbar immer noch eine Minderheitenmeinung vertreten, ergibt immer weniger Sinn. Als im September 2012 durch Frau von der Leyen mal wieder bestätigt wurde, dass sich Leistung nicht mehr lohnt und die Rente schon lange nicht mehr sicher ist, blieb es beim bekannten kurzen Aufschreien, als hätte man es so noch nicht gewusst und als dürfe das so auch nicht sein, verifiziert haben wir unsere Empörung aber auch diesmal nicht: Keine brennenden Autos am nächsten Morgen, keine Masseneigenkündigungen bei den Verleihbuden und auch Riesterverträge wurden neu abgeschlossen. Mittlerweise darf auch die menschenverachtendste Wahrheit von der deutschen Regierung ausgesprochen werden. Für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung ist es einfach nicht vorgesehen, dass er auch bei unbedingter Einsatzbereitschaft jemals über das Niveau des von der Regierung nach Gutdünken festgelegten Existenzminimums hinauskommt. Dieser wachsende und überwiegend weibliche Teil der Bevölkerung arbeitet nicht für die Rente und er arbeitet nicht, um sich vom Lohn seiner Arbeit seinen Anteil am süßen Leben zu sichern. Warum arbeitet er dann noch? Er arbeitet, weil es keine Alternative zum Arbeiten gibt, zumindest ist es keine Alternative als arbeitssuchend zu gelten und sich den Schikanen des Jobcenters auszusetzen. Damit entpuppt sich Hartz IV wieder einmal als perfides universales Herrschaftsinstrument zur gesellschaftlichen Disziplinierung. Die Schlichtheit dieser Antwort klingt nur leider zu sehr nach Verschwörungstheorie, als dass man sich traute, diese Wahrheit permanent zu wiederholen.

Seit Jahren wird versucht, Alternativen zu Rentensystemen und Lebensarbeitszeitmodellen zu entwickeln, aber mehr als der Bundesfreiwilligendienst, Lesepaten in Kitas und *public gardening* als zusätzliche Nahrungsquelle für verarmte Großstadtrentner ist bisher nicht zu verzeichnen. Jedoch, die Hoffnung stirbt zuletzt und wenn wir mit 67 nicht mehr erwerbspflichtig sind, bleibt noch genügend Zeit, sich weitere Gedanken zu machen.

Rohkunst und Käsespießchen

Ein Besuch in der Siebdruckwerkstatt des Künstlerkollektivs Czentrifuga

Berlin-Friedrichshain, knapp an der Grenze zu Lichtenberg, ein paar Räume im oberen Stock eines früheren DDR-Kindergartens, in dem ein Polit-Techno-Club Hauptmieter ist. Vor dem Haus ein bemalter Holzzaun, ein paar Bauwagen stehen da noch, es gibt weitere Künstler und Handwerker auf dem Gelände. Rundherum eher Niemandsland, der Bahnhof Ostkreuz, derzeit eine Baustelle. Wenn der mal fertig ist, dann wird vielleicht auch diese Gegend „aufgewertet", zudem schiebt sich die Gentrifizierung vom Boxhagener Kiez her vor. Aber heute noch nicht.[1] Es ist 11 Uhr vormittags, draußen Dauerfrost, drinnen ein Holzofen schon in Gang gesetzt, trotzdem ist es recht frisch und die Zimmertür bleibt besser zu. Hierfür gibt es einen automatischen Türschließer: als Gegengewicht fungiert eine gefüllte Wasserflasche, die an einem Bindfaden hängend über einen Bügel läuft - willkommen in der DIY-Welt.



„Nils Holgerson" von Gabba Reifenstihl

Als Zusammenhang besteht Czentrifuga seit 2001, damals gegründet als „Fleischerei", in einer früheren Fleischerei in Berlin-Mitte. 2008 mussten sie da raus, fanden neue Räume am Mariannenplatz in Kreuzberg (in dem Zuge erfolgte auch die Umbenennung in Czentrifuga), 2010 ging's dann nach Friedrichshain.

Schon diese Wanderschaft zeigt, die Czentrifuga ist wandelbar, aber es gibt Kontinuität, oder auch: Beharrlichkeit. Zu den Konstanten gehört eine Kerngruppe von etwa 6-7 Leuten, die die Infrastruktur aufrechterhalten, was angesichts permanenten Geldmangels schwer genug ist. Diese Leute gehören zumeist der Generation an, die sich Ende der 80er Jahre für Hausbesetzungen, Wagenplatz-Leben usw. interessierte, andere, auch jüngere, sind hinzugekommen. Die zweite Konstante ist die Anbindung an den Verein „Unter Druck – Kultur von der Strasse e.V.", der sich die Förderung von Selbstbehauptung und Partizipation Wohnungsloser und anderer sozial Ausgegrenzter zum Ziel gesetzt hat. Czentrifuga ist der „Geschäftsbetrieb" des Vereins, unterstützt diesen mit Plakat- und Flyergestaltungen, Benefiz-Auktionen und anderweitig, etwa die Theaterprojekte, die ein wichtiges Element der Arbeit des Vereins sind. Diese Kooperation ist mal intensiver, mal weniger, und so ist es auch mit einer Vielzahl von Einzelpersonen und Projekten, mit denen zusammengearbeitet wird, kurz- oder längerfristig, auch erneut nach langen Pausen. Dazu gehört, mit wem eine Zusammenarbeit klappt. Wie vielfältig dieses Netzwerk ist, lässt sich schon sehen, wenn mensch sich mal durch die entsprechenden Websites klickt.

Im Zentrum steht die Siebdruckwerkstatt. Gedruckt werden Bücher, Plakate, Platten-Cover, Flyer, T-Shirts usw., zumeist eigene Projekte, teils aber auch Auftragsarbeiten. Zur Czentrifuga gehören aber auch GoGo Trash (Performances unter Verwendung von aus Plastik-Abfällen gefertigten Kostümen) sowie Leute, die Stop-Motion-Trickfilme herstellen, oder Coost, der vor allem Musik und Performance macht. Angeboten werden auch Workshops, und schließlich machen die Kooperationen einen wesentlichen Teil der Arbeit aus.

Eine wichtige Rolle spielt die Verknüpfung unterschiedlicher Medien, vor allem mit Musik. Überhaupt, Musik machen so einige von denen. Der Live-Bezug sei ihr wichtig, sagt eine, wie es auch bei Flyern, Plakaten usw. eben darum ginge, Kunst zu machen, die in den Alltag reicht. Coost sagt (mit englischem Akzent), die Musik sei auch für den Zusammenhang der Leute wichtig, gerade weil sie so international seien. Diese Internationalität sei von Anfang an vorhanden gewesen, und besonders, seitdem Czentrifuga an Projekten mit Grundtvig-Förderung[2] beteiligt sei. Ihres heißt: „DIY – Do It Yourself! Self Empowerment through Skill Sharing" – 10 Wohnungslosen-Projekte aus 6 Ländern sind mit dabei. Dass solche Förderung auch kontrovers diskutiert werden kann, ist ihnen klar, aber sie haben sich doch dafür entschieden: „Letztlich machen wir nur das, was wir sowieso machen", nur intensiver, weil eben mehr Geld für Reisen usw. da sei. Zudem: auch wenn die Förderung mal weg sei, die Kontakte mit den Gruppen blieben bestehen.

Themen und künstlerische Ansätze sind nur schwer auf den Begriff zu bringen, auch worin denn das Politische an dieser Kunst besteht. Rohkultur oder Rohkunst nennen sie es selber. „Recht auf Stadt" kommt vor und einiges aus dem Bereich Gender. Beat sagt, er arbeite zu dem, womit er konfrontiert werde. Einer geht es um Alternativ-Bilder zum Normierten. Es sei heute politisch, auf dem Recht auf einen eigenen Ausdruck zu bestehen. Dann gibt es da aber auch kühl-konstruierte Arbeiten und freundlich-bizarre – es ist nicht leicht zu fassen.

Und die Struktur? Wie funktioniert das? Wer eine Idee hat, teilt es den anderen mit, persönlich oder eben per E-Mail. Die, die das interessiert, nehmen den Faden auf. Und wenn es mal richtig was zu entscheiden gibt, die In-



„Nobody is perfect" von Olivia Pils

frastruktur betreffend oder größere Gemeinschaftsprojekte: dann gibt's eben ein Meeting. Das Politische an Kunst kann eben im Inhalt liegen, in der Form oder in der Unterstützung von Initiativen etc., in der Organisationsform selbst oder im sozialen Zusammenhang selbst. Als kürzlich anderswo die Eröffnung einer kleinen Czentrifuga-Ausstellung anstand, wurde mit vereinten Kräften ein Buffet zusammengeschraubt, mit Käsespießen und Bulettchen und Rührkuchen. Wer sich ein Bier nahm, fragte, wer denn jetzt das Geld dafür bekäme.

Mittlerweile sind zwei weitere MitstreiterInnen eingetroffen, dazu ein Hund. Kalt ist es immer noch, obwohl's im Ofen glimmt. Aber sie haben ja jetzt diesen Ofen, und sowieso, nicht einmal am Ostkreuz kann jeden Monat Januar sein.

Eine große Czentrifuga-Ausstellung gibt es vom 8.3. bis zum 1.4. 2013 in der Galerie Neurotitan (Berlin).

Heiko Schmidt, Berlin

[1] Eine Diskussion des behaupteten oder tatsächlichen Zusammenhangs von dem Zuzug von Künstlern und Gentrifizierungsprozessen passt hier vom Platz her nicht.

[2] Ein EU-Programm für Erwachsenenbildung. Eine unglückliche Namenswahl: Dieser Grundtvig war ein dänischer Theologe und Liberaler des 19. Jahrhunderts, der als einer der Begründer der modernen Erwachsenenbildung gilt. Dazu vertrat er besonders irre völkische Theorien, weshalb sich heute auch Neu-Rechte auf ihn beziehen.

„Die Waffen nieder – die Hämmer nieder!" (Rudolf Rocker, 1919)

Im Verlag Schmetterling erscheinen seit rund 10 Jahren Einführungen in verschiedene linke Theorien und Debatten. Neu in die Reihe hat es Wolfram Beyer (Graswurzelrevolution, IDK, WRI) mit einer Einführung in die „Ideengeschichte des Pazifismus und Antimilitarismus" geschafft.

Wenngleich das Thema zweifelsohne zeitlos ist, tut die Auseinandersetzung doch gerade jetzt besonders not. Denn während die EU 2012 mit dem Friedensnobelpreis dafür ausgezeichnet wurde, dass sie Europa nach innen befriedet hätte (die *DA* berichtete), tobt der Krieg Europas nach außen umso heftiger. Jüngstes Beispiel ist der Krieg in Mali.

In der FAU ist diese Entwicklung und Antimilitarismus ganz allgemein eher ein Randthema. Dabei gab es immer schon Verbindungen von einzelnen Anarcho-SyndikalistInnen zur Friedensbewegung. Beyer dokumentiert das vorrangig mit Bezug auf Aussagen von Rudolf Rocker, der mit Augustin Souchy und Fritz Oerter u.a. nicht nur den proletarischen Kampf mit der Waffe kritisiert, sondern auch Arbeiter und Arbeiterinnen zum Boykott der Rüstungsindustrie aufgerufen hatte. Auch sei die zentrale Stellung der direkten, gewaltfreien Aktion eine wesentliche Gemeinsamkeit von AS und Friedensbewegung.

All das und einiges mehr kann in dieser theorie.org-Einführung nur flüchtig gestreift werden. Daher bietet der Schmetterling-Verlag einen kostenlosen Downloadbereich zur Vertiefung einiger Punkte an.

Minou Lefebre

Beyer, Wolfram:
Pazifismus und Antimilitarismus,
1. Auflage 2012, 240 Seiten, kartoniert, Schmetterling, ISBN 3-89657-666-6.

Schatten der Vergangenheit

Spaniens Umgang mit dem Erbe Francos

Um den schwierigen Umgang Spaniens mit seiner Geschichte ging es bei der Veranstaltung am 28. Oktober in Berlin im Kino Babylon Mitte am Rosa-Luxemburg-Platz, das sonst eher durch den FAU-Thriller mit mehreren Sequels bekannt ist. Die beiden Grimme-PreisträgerInnen Lucia Palacios und Dietmar Post luden zur erstmaligen Vorführung ihres größtenteils durch Crowfunding finanzierten, investigativen Films *Die Siedler Francos* (Bericht in *DA* 213) ein, in dessen Mittelpunkt die Bewohner von Llanos del Caudillo, auf Deutsch - Hochebene des Führers - stehen, eines kleinen Dorfes in Kastilien-La Mancha, das während Francos Diktatur 1955 im Zuge des Umsiedlungsprojekts vom Instituto Nacional de Colonización errichtet wurde, den neuen faschistischen Menschen hervorbringen sollte und das bis heute durch seinen Namen den Diktator würdigt.

„Die Wahrheit der Sieger"

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion, die mit Emilio Silva, dem Vorsitzenden der Vereinigung zum Wiedererlangen des historischen Gedächtnisses, Felipe González, dem spanischen Ministerpräsidenten von 1982 – 1996 und mit Carlos Castresana, dem Generalstaatsanwalt des obersten spanischen Gerichtshofes interessant besetzt war, wurde schnell deutlich, dass in punkto Vergangenheitsbewältigung noch einiges im Argen liegt und dass die Spuren von Francos Diktatur auch weiterhin überall in der spanischen Gesellschaft zu finden sind. Bezeichnend auch, dass Fernando Suárez von der konservativen Partido Popular seine Teilnahme absagte und mit welcher Begründung er dies tat: Die Organisatoren würden Franco als Diktator bezeichnen und seine Machtergreifung als Putsch, das wolle er nicht unterstützen. Und wie er, würden viele denken, so die einhellige Meinung der Gesprächsrunde.

Laut Emilio Silva, der durch die Rekonstruktion des Schicksals seines Großvaters, der 1936 von Franco-Anhängern verschleppt und erschossen wurde, den Anstoß gab zur Öffnung der ersten Massengräber, sei die spanische Gesellschaft nach wie vor zutiefst gespalten. Während die Menschen, die an der Errichtung der Diktatur beteiligt gewesen seien, nach ihrem Tode als Demokraten in Erinnerung bleiben, seien solche wie sein republikanischer Großvater, der freie Wahlen forderte, lange Jahre in Massengräbern verschwunden.



Podiumsdiskussion: Schatten der Vergangenheit

Die, die ihre Privilegien durch Gewalt erhalten hätten, seien immer noch die herrschende Klasse in Spanien. Der Film sei ein Röntgenbild der Spuren, die Franco bis heute in der Gesellschaft hinterlassen habe.

Es sei die Wahrheit der Sieger, so Regisseur Dietmar Post im Gespräch.

Die Veranstaltung wurde von play loud! productions in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Cervantes Institut und dem Deutschen Spanischlehrerverband organisiert und war nur geladenen und namentlich angemeldeten Gästen zugänglich, was zwar verständlich ist, da der Film mangels finanzieller Mittel noch nicht endgültig fertiggestellt wurde, aber andererseits auch ein Manko, da es so eher zum Vortrag , denn zur Diskussion geriet.

Und einzelne Einwürfe, wie beispielweise der Hinweis auf den Wrangel-Kiez, so Dietmar Post, seien unberechtigt, weil hier die Dimension nicht stimme.

Die komplette Diskussion ist auf play loud!, der Website von Dietmar Post und Lucia Palacios als Filmstream und Audio-Download erhältlich.

So überwältigend die Reaktionen aller waren, die den Film bisher gesehen haben und so viele UnterstützerInnen es auch gibt - Carlos Castresana meinte gar, der Film solle am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgeführt werden - bleibt doch festzustellen, dass bislang keine Aussicht besteht, ihn regulär im Kino zu sehen, auch Festivals haben abgesagt.

Dietmar Post und Lucia Palacios wollen dem mit ihrer Idee vom „ambulanten Kino" begegnen, sprich: sie werden Filmvorführungen in ausgewählten Städten mit Diskussionsrunden organisieren.

Karin Hoog

www.playloud.org/archiveandstore/en

Dissen mit gutem Gewissen

Linke Musikerinnen und Musiker schließen sich im bundesweiten Rap-Zusammenhang „Ticktickboom" zusammen

So ziemlich jeder deutscher Rapper (die männliche Form ist hier bewusst gewählt), der in den letzten Jahren irgendwie erfolgreich war, hat schon mehrfach einen Abgesang auf den „toten" Rap angestimmt – in der Semantik des „alle wack bis auf mich und meine Freunde", freilich mit der Absicht, sich derart als „last man standing" in Szene zu setzen. Der dabei angestimmte pseudo-nostalgische Ton über die guten alten Zeiten wirkt jedoch oftmals als billiger Abklatsch der Old-School-Romantik der US-amerikanischen Vorbilder. Ohne die kulturelle Leistung der ersten Deutsch-Rap Pioniere der 80'er Jahre in Abrede stellen zu wollen, ist die Suggestion, sich per Konsum einer bestimmten Art des HipHops einer ursprünglichen HipHop-Szene zurechnen zu können, nichts weiter als einigermaßen clevere Verkaufstaktik. Umso abgedroschener klingen Versversatzstücke wie „Wir war´n schon immer da", die sich wortwörtlich gleich bei mehreren Rap-Acts finden lassen und nur noch als Teil des unzählbar oft durchgekauten Battlerepertoires fungieren. Überhaupt ist es so eine Sache mit der HipHop-Kultur in Deutschland und ihrer Rezeption. So gab es in den 90'er Jahren eine ausgeprägte Underground-Attitüde in vielen deutschen Rapsongs und auch im Verhalten vieler Fans dieser Musik, ohne dass es einen solchen Underground im Sinne verschiedener, sich überlappender und abstoßender Szenen gegeben hätte, die sich wirklich von einem Mainstream hätten abgrenzen können; vielmehr war die Subkultur „HipHop" in den 90'ern ganz wesentlich von der Aufmerksamkeit vor allem des Musikfernsehens geprägt. Die Explosion an Acts, Events und Fankultur war direkt an die Profitinteressen der Unterhaltungsindustrie gebunden – ob Freundeskreis, Absolute Beginner, Dynamite Deluxe oder Curse, sie alle beschworen zwar ihre Autonomie und Distanz gegenüber dem Business, und doch entsprangen sie alle dem Hype, an den sie durchaus glaubten. Dass alsbald von denselben Akteuren Lieder über ihre angebliche Verbitterung über eine Kommerzialisierung des HipHop angestimmt wurden, ist schon fast selbstironisch. Diese Underground- und Old-School-Romantik hat ihre soziale Basis paradoxerweise erst heute: Durch die vereinfachten Bedingungen bei der Selbstproduktion von Rapstücken und der Erschließung dieser Musik für die in Deutschland seit eh und je populären Ausdrucksformen aggressiver Männlichkeit durch die entsprechenden Ikonen Sido, Bushido und wie sie alle heißen, gibt es nun in jeder Region eine entsprechende Szene, die diese Art der Interpretation des Raps auch tatsächlich lebt – selbstorganisiert, fernab des Kommerzes und des Mainstreams, aber vollgepumpt mit den schlimmsten Formen des Bewusstseins einer falschen Gesellschaft.

Und wenn du denkst, es geht nichts mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her

Natürlich gab und gibt es nebenher schon immer auch jene Musik, die sich – ob als Fremd- oder Selbstzuschreibung – als „Politrap" oder „linker HipHop" bezeichnen ließe. Alles andere wäre auch verwunderlich, ist doch der Rap die Musikgattung, in der am meisten Text und somit vermeintlich auch Inhalt in einen Song gepresst werden kann. Und so hören sich viele linke HipHop-Beiträge auch an; Politrap ist bisher zwar nicht ausschließlich, aber doch größtenteils die Sache von dezidierten Chefideologen gewesen, die sich oftmals einem speziellen linkem Spektrum zuordneten und deren Themen eins nach dem anderen durchkauten. Statt gelebtem HipHop-Lifestyle von links fand so eher eine Adaption linker Flugblattrhetorik unterlegt mit Beats statt. Dass es auch anders geht, will nun der Künstlerinnen- und Künstlerzusammenschluss „Ticktickboom" unter Beweis stellen. Von Nürnberg bis Bremen, von Berlin bis Hamburg vereinigten sich mal mehr, mal weniger bekannte Acts unter einem Dach und stellten am 17.1. im Berliner SO36 und am 19.1. in der Hamburger Roten Flora eine so genannte „Zeckenrap-Gala" auf die Beine. Beide Gigs wurden heillos überlaufen, die SO36 war lange vor dem Datum ausverkauft, vor der traditionell vorverkaufsfreien Roten Flora bildete sich eine lange Schlange wartender und vor Kälte bibbernder Menschen, viele von außerhalb angereist, und so einige konnten wegen Überfüllung nicht mehr in die Flora hineingelassen werden. Somit waren die beiden Abende als Auftakt von Ticktickboom schon mal ein deutliches Statement gegenüber der Rap-Szene, wie es ja auch schon der Slogan der Zeckenrap-Gala war. Der hier zum Ausdruck kommende spielerische Umgang mit den Zuschreibungen und Abwertungen innerhalb des Rap-Genres markiert schon eine gewisse Lockerheit, der so einigen verbissenen Politrappern eindeutig fehlt. So geht es bei Ticktickboom auch ganz wesentlich um grundsätzliche Haltung, um Attitüde und die Kontexte, in denen Musik und Konzerte stattfinden – und nicht in erster Linie um die Entfaltung einer thematischen Programmatik. Ticktickboom zeichnen sich dabei auch durch künstlerische Vielfalt aus, was der Neologismus „Zeckenrap" aufgrund beschriebener einschlägiger Erfahrungen erstmal nicht unbedingt vermuten lassen würde. Die Neonschwarz-Combo um den schon etwas länger in autonomen Kreisen bekannten Johnny Mauser etwa gehen die Sache etwas sanfter an als ihre Bremer Kollegen von Radical Hype. Und bei Refpolk, Kobito oder Sookee aus Berlin werden schnelle Raps und ausdrucksstarke Hooks über Beats gelegt, die ohne die Stimmen auch als eigene Tracks auf Elektropartys laufen könnten. Eine wichtige Motivation für die Zusammenarbeit bei Ticktickboom ist den Künstlerinnen und Künstlern indes, so auch etwas Neues entstehen zu lassen – also die auch und gerade zwischen den linken Spektren und Rapstilen vorhandenen Abgrenzungstendenzen zumindest im Kleinen positiv aufzuheben, und so die eigene Wirkung zu vergrößern. Davon profitieren werden aktuelle Projekte, wie etwa die Überschüsse des Konzertes im SO36 dem Refugee Protest Camp in Berlin zugutekamen. Was die erhoffte Wirkung in die Rapszene hinein angeht, so wurde auf den Galen deutlich, dass es sich weder um eine arrogante, belehrende Aktion des erhobenen Fingers, noch um eine anbiederische Strategie zur politischen Erschließung dieser Subkultur handelt: Ausgiebig wurde an den beiden Tagen der „Zeckenrap" gefeiert, wurde ausgelassen die Idee der HipHop-Kultur mit Leben gefüllt.

Marcus Munzlinger

Versinkt der Aufstand der Zeichen in Inhaltslosigkeit?

Gespräch mit Schorsch Kamerun über kulturelle Interventionen, nervende Graffiti und die notwendige Solidarität mit dem Hamburger Sprayer OZ

In Hamburg steht der Sprayer Walter F. alias OZ zum x-ten Mal wieder vor Gericht. Insgesamt 8 Jahre musste der unermüdlich seine Zeichen auf verdreckte Tunnelwände, graue Bunkerwände und Verteilerkästen sprühende OZ dafür in den letzten 30 Jahren im Gefängnis verbringen. Für das Buch *Free OZ!* fragte ich Schorsch Kamerun, Sänger

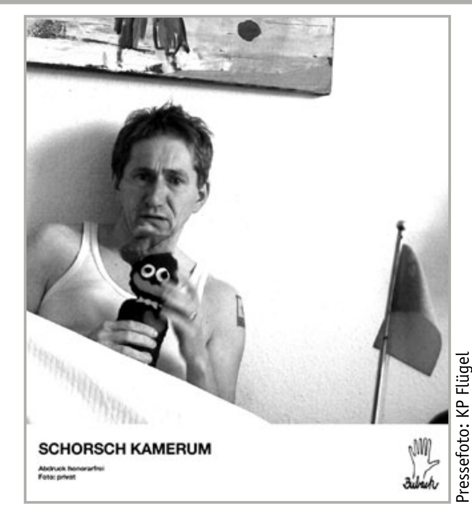


Pressefoto: KP Flügel

der Goldenen Zitronen und inzwischen auch Theatermacher, ob er sich mit ihm solidarisch fühle. „Ganz grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass es bei OZ erst mal um eine Selbstverwirklichung geht, eine Art von Intervention, sich bemerkbar zu machen, sich einzumischen." Das solle, sagt Schorsch Kamerun, eine Gesellschaft tragen und aushalten können. Eine Debatte zu führen, die sich darum drehe, wo der Nächste in seinen Rechten unzulässig berührt sei, fände er unheimlich kompliziert. Als „weiterhin fröhlicher Vorgabenverachter" möchte er sie aber erst gar nicht führen: „Ich habe keinen Bock über Strafrecht zu diskutieren."

„Trotzdem bleibe ich auf seiner Seite und bin dafür, dass solche Dinge möglich sind und dass die nicht unterdrückt werden. Wenn man dafür sorgt, dass sich jemand mit seiner Ausdrucksart zurückzuhalten hat, halte ich dies schon für einen bekämpfenswerten autoritären Akt." Daher nehme er OZ mit rein in die „künstlerische Verwandtschaftsgruppe". Denn was OZ mache, habe etwas mit einer freiheitlichen Darstellungsweise zu tun und sei ein künstlerischer Ausdruck. Darüber wolle Schorsch Kamerun nicht streiten. „Über Kunst lässt sich objektiv nicht verhandeln, sie muss immer alle Optionen wahren."

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Streetart bzw. Graffiti stellt sich unweigerlich die Frage, ob diese Kunstform allein als Genre überhaupt noch über



Pressefoto: KP Flügel

ein irgendwie geartetes subversives Potential verfügt? Der immer wieder in diesem Zusammenhang zitierte Jean Baudrillard sprach gerade den scheinbar inhaltlosen Zeichen eine subversive Kraft zu. Das war 1977 und der nicht mehr zu übersehende Zeichen- bzw. Siegeszug von Streetart war noch gar nicht voraus zu sehen. Aber was sagt ein Graffiti à la OZ heute noch aus? „Ich erlebe das, was OZ macht, auch als eine Art von Einmischung in den öffentlichen Raum, und da bin ich prinzipiell dafür." Beim überzogenen Umgang mit OZ habe er das Gefühl, dass hier ein Exempel statuiert und jemand gebrochen werden solle. Dieser Fall werde deswegen so grundsätzlich wahrgenommen, weil sich hier jemand besonders zäh und unerschrocken gegen Autoritäten auflehne.

„... die vordergründig radikalste Kunst landet heutzutage am schnellsten im Museum"

Allerdings, betont Schorsch Kamerun, handele es sich bei dem, was OZ mache, um eine „scheinbar radikale Art von Gestaltung von Öffentlichkeit". Nur, ob solche Zeichensetzungen noch ihre gewünschte Wirkung haben, scheine ihm zweifelhaft, „denn die vordergründig radikalste Kunst landet heutzutage am schnellsten im Museum". Zudem empfinde er Graffiti, auch die von OZ, nicht mal mehr als Gegenkultur. „Überhaupt kann ich nur sagen, Graffiti nerven mich meist in ihrer überwiegenden Inhaltslosigkeit oder bloßen Markierung. Das ist wie ein klischeehafter Punksong, an den ich nicht mehr glauben kann, wie ein Irokesenschnitt



Pressefoto: KP Flügel

bzw. wie ein Che-T-Shirt." Heute bedürfe es anderer Auftritte und subtilerer Überlegungen. „Zum Beispiel gefallen mir die Ansätze der Occupy-Bewegung mit ihrer Verweigerung von zu greifbaren Oberflächen, die sich sonst sofort ‚vermedialisiert' hätten." Aber grundsätzlich sei ihm „ein OZ-Schnörkel schon lieber als ein Paragraphen-Kringel".

KP Flügel

Martin Baxmeyer - „Das ewige Spanien der Anarchie"

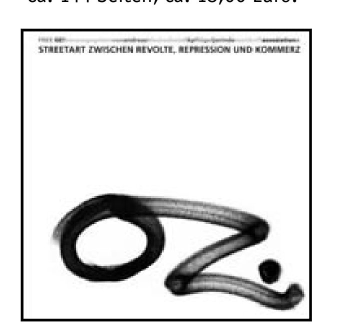
Nachdem mit Michael Seidmans Buch *Gegen die Arbeit* schon ein Werk erschienen ist, das für einige Diskussionen sorgte, liegt nun eine zweite Arbeit vor, die an den Mythen der spanischen Revolution kratzt. Und dies ist auch nicht schlecht, denn die Handelnden in der spanischen Revolution waren auch nur Menschen. Dies immer wieder vor Augen geführt zu bekommen, kann nicht schaden. Baxmeyer analysiert in seiner Dissertation das Spanienbild, sowie Produktion und Produktionsumfeld anarchistischer Literaten und Literatinnen der Bürgerkriegszeit. Er kommt zu Ergebnissen, die nicht allen gefallen werden. Denn auch die spanische anarchistische Literatur erlebte zu Beginn des Bürgerkrieges einen Bruch und bediente nationale Kollektivsymbolik. Dies war zwar mit Sicherheit den militärischen Zwängen des Bürgerkrieges geschuldet - schließlich sind Emotionen eine starke Triebfeder - widerspricht aber einem der Grundpfeiler der anarchistischen Schule, dem internationalistischen Anspruch. Nach dieser Feststellung ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn es, nach Baxmeyers Analyse, scheinbar auch zu keinem Schritt hin zu einer neuen revolutionären Produktion im Literaturbetrieb kam, der über das hinausging, was die anarchistische Bewegung schon vor dem Bürgerkrieg geleistet hatte.

Zu kritisieren ist an dieser Veröffentlichung vor allen Dingen, dass sich der Verlag nicht die Mühe gemacht hat, die Dissertation noch einmal zu überarbeiten. Denn so ist sie gerade für NichtakademikerInnen sehr schlecht zu lesen. Da z.B. Originalzitate nicht übersetzt wurden, muss man eigentlich etliche Wörterbücher zur Hand haben, um dem Text zu folgen und wer will das schon? Ansonsten empfinde ich das Buch als wichtige Arbeit gerade um den kollektiven Mythen der libertären Gemeinde in Bezug auf die spanische Revolution zu begegnen.

Markus Weise

Martin Baxmeyer.
Das ewige Spanien der Anarchie: Die anarchistische Literatur des Bürgerkriegs (1936-1939) und ihr Spanienbild.
Frey, Walter. 2012. 599 Seiten.
ISBN-10: 3938944641.
36,00 Euro.

Blechschmidt | Flügel | Reznikoff (Hg.)
Free OZ! Free OZ!
Streetart zwischen Revolte, Repression und Kommerz
Zahlreiche farbige Abbildungen.
Paperback, erscheint März 2013.
ISBN 978-3-86241-424-6.
Ca. 144 Seiten, ca. 18,00 Euro.



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Wie vor hundert Jahren

Des letzten Rätsels Lösung: Streik bei „Neupack"

Beschäftigt man sich mit der Analyse der aktuellen kapitalistischen Gesellschaftssituation wird schnell deutlich, dass die klassischen Klassengegensätze zwar noch mit gleicher Härte zuschlagen wie noch vor hundert Jahren, gleichzeitig aber undurchsichtiger werden und in dem Bewusstsein der Menschen verschwinden. Genauso wie es den klassischen Arbeiter nur noch als Auslaufmodell gibt, gibt es auch den klassischen Boss nicht mehr. Konzerne gehören Aktiengesellschaften, die wieder anderen Aktiengesellschaften gehören. Geleitet werden diese Konzerne von ManagerInnen, die streng genommen auch Angestellte, also Lohnabhängige sind. Adorno hat unter anderem für diese Situation den Begriff der „klassenlosen Klassengesellschaft" geprägt.

Bei der Firma Neupack allerdings, die ihren Hauptsitz in Hamburg und einen Ableger in Rotenburg bei Bremen hat, sind die Verhältnisse noch so wie zu der Zeit als Karl Marx noch über seine „Kritik der politischen Ökonomie" grübelte. Die Firma besteht seit 1995 und ist seitdem im Besitz der Familie Krüger. Und auch die Art und Weise wie Familie Krüger die Geschäftspraxis gestaltet, lässt darauf schließen, dass man bei Neupack von Konzepten der modernen Unternehmensführung, wie „flacher Hierarchie" und „interdisziplinärer Struktur", noch nichts gehört hat oder haben will. So sind regelmäßige Lohnerhöhungen für die einfachen Beschäftigten ein Fremdwort. Besonders problematisch ist, dass die KollegInnen scheinbar völlig willkürlich bezahlt werden. Die einzige Gemeinsamkeit der Löhne, die die KollegInnen für die gleiche Arbeit bekommen, ist, dass sie weit unter den gängigen Tarifverträgen liegen. Eine Ausnahme sind die Angestellten, die teilweise sogar über Tarif bezahlt werden.

Bei Neupack werden Kunststoffverpackungen produziert, die beispielsweise als Joghurtbecher genutzt werden. Die wichtigsten AbnehmerInnen sind die Deutsche Milchkontor GmbH, die die Marke MILRAM produziert und die Heideblume Molkerei.

Seit dem 1. November 2012 stehen nun ca. 70 % der etwa 200 KollegInnen an den beiden Standorten im Streik. Die Forderung ist simpel: „Wir wollen einen Tarifvertrag". Hauptverantwortlich für das Entstehen des Arbeitskampfes war Murat Günes. Dieser rüttelte seine KollegInnen wach und schaffte sich Gehör bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), die dem Streik den offiziellen Rahmen gibt. Ob dies die beste Entscheidung war, muss allerdings abgewartet werden. Denn die IG BCE ist die wohl am meisten auf Sozialpartnerschaft ausgerichtete Gewerkschaft im DGB. So sagte ein IG BCE Funktionär auf dem Jour Fixe, dem Treffen der Gewerkschaftslinken in Hamburg, dass seine Gewerkschaft bei dem Konflikt Neuland betritt, da sie kaum Streikerfahrung haben. Daher fordert die IG BCE auch einen Haustarifvertrag, der auf nur 82 % des üblichen Tarifniveaus liegt, denn dies hat sie als „sozialverträglich" für das Unternehmen errechnet.

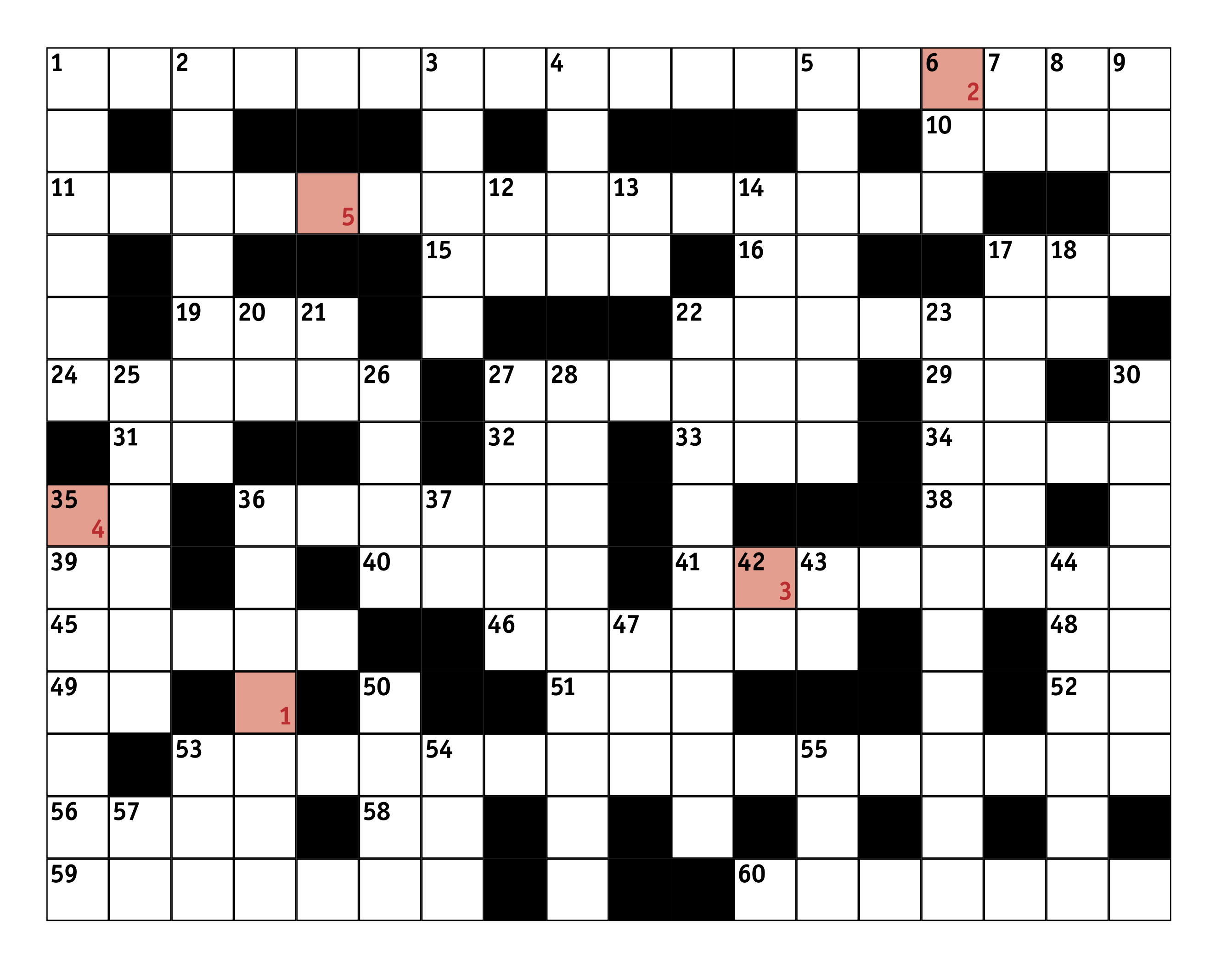
Die Geschäftsleitung hat allerdings schnell gezeigt, was sie für „sozialverträglich" hält: GewerkschaftsvertreterInnen wurden von Betriebsversammlungen ausgeschlossen, Sicherheitsleute patrouillieren mit Hunden auf dem Gelände, Gerichtsverfahren gegen Streikende und Gewerkschaft wurden eingereicht. Außerdem wurde eine polnische Leiharbeitsfirma beauftragt StreikbrecherInnen zu liefern. Die 29 StreikbrecherInnen halten zusammen mit den im Betrieb Verbliebenen einen Notbetrieb aufrecht. Darüber hinaus wurde mit Arne Höck (ehm. ROWA Group) ein erfahrener „Unionbuster" ins Team geholt.

Derweil haben die Streikenden ein enormes Maß an Solidarität erfahren. Ihr Streikzelt ist durchgehend besetzt, Besuch ist immer gerne gesehen. Und immerhin ist es der längste Streik in der Geschichte Hamburgs.

Helga Wein



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 81



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

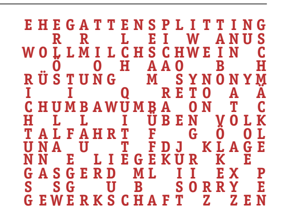
1. Jede Arbeiterbewegung, die diesen Namen verdient, ist gegen den Krieg und seine Ursachen <Adj.> 10. weibl. Vorname 11. an eine Naturerscheinung angelehnter Begriff aus dem Schröder verspottenden „Steuersong", der die Umverteilung von unten nach oben meint 15. indigene Kultur in Südamerika bis zur spanischen Eroberung 16. „Antwort" im E-Mail-Verkehr <Abk.> 17. ursprünglich deutscher Multi, der u.a. den Dieselmotor einführte und die Wuppertaler Schwebebahn baute 19. grünbürgerliche Hauspostille aus Berlin <Abk.> 22. Variante des Billards 24. Aufforderung zur Empörung: ~ mit dem Krieg! 27. Stadt in NRW mit einem seit 1988 stillgelegten AKW 29. einer der kommerziell erfolgreichsten Spielfilme: „~ – Der Außerirdische" 31. chem. Zeichen für ein radioaktives Edelgas 32. Universitätsbibliothek <Abk.> 33. Logistiktochter der Dt. Post, die wegen Verweigerung von Gewerkschaftsrechten (u.a. in der Türkei) am Pranger steht 34. etwas, wovon man nicht sprechen darf 35. engl. Abk. für „Herr" 36. Eierkuchen 38. zweitgrößter Staat der USA <Abk.> 39. Umschreibung für „ä", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 40. Haff (in einigen Ortsnamen in Schleswig-Holstein) <dänisch> 41. Stadt, Rotweinsorte und Bezeichnung für eine Fraktion der französischen CNT-AIT in den 90er Jahren 45. engl. für ungehobelt, ungezogen; auch der Name eines der weltweit größten Internetunternehmen 46. bekannte Figur aus der Comicserie „Die Peanuts": ein in seiner Fantasiewelt lebender Hund 48. gehen <engl.> 49. Länderkürzel für die Niederlande 51. Langschwanzpapagei 52. Trennzeichen innerhalb einer E-Mail-Adresse 53. neckender Name für den blassen Teint eines Computerbesessenen 56. Billigfluglinie, die auf europäischer Ebene Lobbyismus für Streikverbote betreibt: ~air 58. beliebte „Wurfwaffe" auf Demos 59. zwölf Stück 60. Ort in Südhessen, der als „rotes Dorf" und „Klein-Moskau" bezeichnet wurde

Senkrecht

1. Schuften, hart arbeiten 2. jdn. wieder zuversichtlich machen 3. häufiger engl. Vor- und Nachname 4. zugespitzte Bezeichnung für die Debatte um den Sinn und Unsinn von Biosprit: Teller oder ~ 5. sich besonders wohlfühlen: sich ~ fühlen <ugs.> 6. akademischer Grad wissenschaftlich ausgebildeter Fachkräfte auf techn. Gebiet: Dipl.-~ 7. leidenschaftliches, auch DDR-kritisches Lied, das Wolf Biermann kurz vor seiner Ausbürgerung sang: ~ oder ~, die Erde wird rot 8. chem. Zeichen für Chrom 9. niemand kümmert sich darum: kein ~ kräht danach 12. erste Hälfte eines Frauennamens, den man von vorne nach hinten, aber auch umgekehrt lesen ann 13. Kfz-Kennzeichen für Darmstadt 14. Viehfarm in Nordamerika 17. griechischer Weinbrand-Spirituose 18. Flächenmaß 20. von einem Beamten o.Ä.: nicht mehr im Dienst <Abk.> 21. portugiesische Kurzform des Namens José 22. niedriger, breiter Schrank, bes. für Geschirr <engl.> 23. von Greenpeace verliehener Negativpreis für Umweltzerstörung: goldene ~ 25. nicht der Wirklichkeit entsprechend 26. Zusammenbruch, Untergang 27. Kaderschmiede und quasilinker Gewissensträger der SPD <Kurzwort> 28. wenn ein Unternehmen von einem anderen ohne Absprachen „geschluckt" wird: feindliche ~ 30. Roman (und dessen Held) von Miguel de Cervantes: Don ~ 35. Ballade Theodor Fontanes über den Steuermann eines in Brand geratenen Passagierschiffs, der tapfer auf seinem Posten bleibt, bis das Schiff das Ufer erreicht: John ~ 36. kulturell rückständige Gegend <ugs.> 37. nein <engl.> 42. Medizinerjargon für „Operation" <Abk.> 43. US-amerikanischer Gitarrist und Komponist (*1947), der die Traditionen der Weltmusik weiterentwickelt: ~ Cooder 44. Binnenstaat in Ostafrika 47. Zwerg in Tolkiens „Der kleine Hobbit" 50. Hafenstadt im südl. Jemen 53. Tarifvertrag für Angestellte im öffentl. Dienst, inzwischen vom TVöD abgelöst 54. jung gestorbener engl. Punkrocker (1957-79): ~ Vicious 55. Rinderseuche, v.a. in den 80ern und 90ern in der Massentierhaltung <Abk.> 57. Länderkürzel für das ehem. Jugoslawien

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Gewinner#215: Jens K. aus Geesthacht

Auflösung # 80





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 217: 05. April 2013